05/2015

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Österreichischer Gemeindebund

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

WASSER

Unser Wasser ist Gold wert

Seite 36

STEIERMARK

Nur kleiner Dämpfer für Reformer

Seite 66

Wann wird es zu viel?

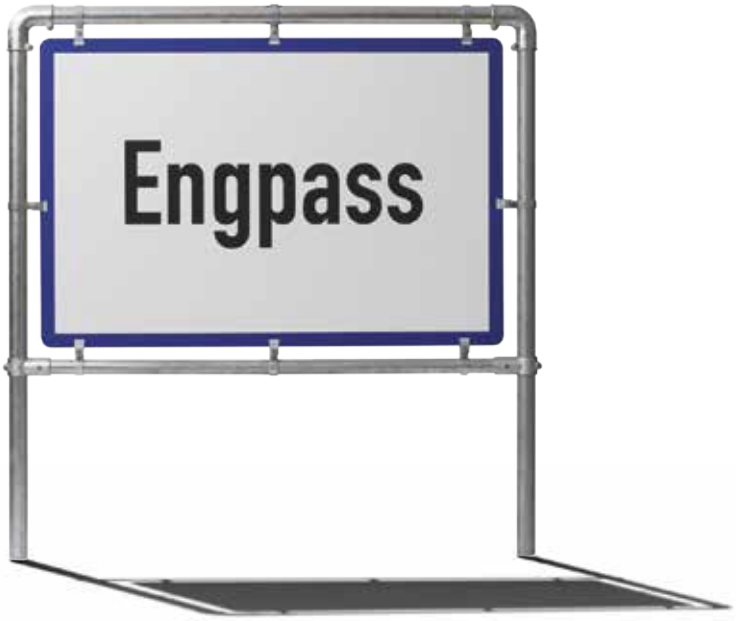
Nach der Steuerreform kommt wieder eine neue Belastung auf die Gemeinden zu: Das Diktat einer Haushaltsrechtsreform droht.

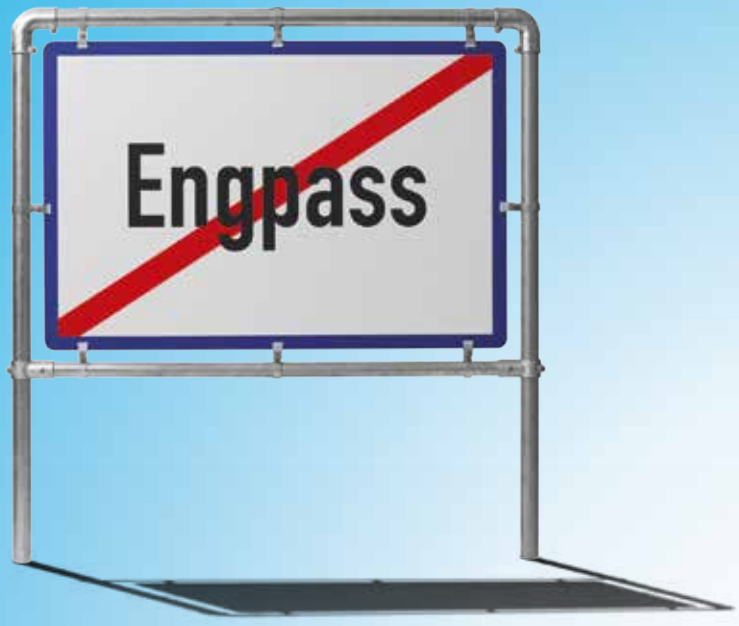
Seite 14

Einzelverkaufspreis: EUR 4,90

P.b.b. 02 Z 032903 M ISSN: 1605-1440 DVR: 0390 432
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

Viele Gemeinden haben ähnliche Probleme.





Wir helfen, sie zu meistern.

Die Bank Austria steht Ihnen zur Seite. Mit einem eigenen Beratungsteam, das sich auf die Anforderungen des öffentlichen Sektors spezialisiert hat. Deshalb kennen wir die aktuellen Herausforderungen genau und bieten Ihnen bedürfnisorientierte Lösungen und Finanzierungen.
publicsector.bankaustria.at

Das Leben ist voller Höhen und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der
Bank Austria
Member of UniCredit

KOMMENTAR

WER STOPPT DIE **BÜROKRATIE?**

„SOLLTEN TATSÄCHLICH BEI ÜBERGABEN NICHT MEHR DIE GÜNSTIGEN EINHEITSWERTE, SONDERN VERKEHRSWERTE HERANGEZOGEN WERDEN, **BRICHT EINE NEUE ‚GUTACHTERITIS' AUS.**"

Noch kennen wir die Details und Auswirkungen der Steuerreform nicht. Tatsache ist aber, dass es wieder eine ganze Menge neuer Gesetze und Regelungen geben wird, die das Leben nicht einfacher machen. So wird die Neuregelung der Grunderwerbssteuer nicht nur zu einer erheblichen Mehrbelastung für die Erben, sondern auch zu einem bürokratischen Hindernislauf führen. Sollten tatsächlich bei Übergaben nicht mehr die günstigen Einheitswerte, die derzeit klar von den Finanzämtern festgesetzt sind, sondern Verkehrswerte herangezogen werden, bricht eine neue „Gutachteritis" aus. Die Immobilien-Sachverständigen reiben sich schon die Hände. Welches Gutachten wird von der Finanz anerkannt? Oder sticht das Gegengutachten das Erstgutachten? Oder bleibt die Aufgabe bei den Bauämtern der Gemeinden hängen, die sich dann mit den Erben und Eintreiben der umstrittenen Steuer herumstreiten müssen, um diese Abgabe dann an den Bund abzuliefern?

Wenn hier nicht ganz klare und unumstrittene Regelungen geschaffen werden, wird es zum Chaos kommen.

Ähnlich ist es bei der Reform des Schulwesens, die sich die Bundesregierung als nächstes auf die Fahnen geschrieben hat. Da wird über Kompetenzen zwischen Bund und Ländern gefeilscht, während die Gemeinden als Erhalter der Pflichtschulen nicht einmal zu den Verhandlungen geladen werden. Dabei wissen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister am besten, mit welchen Unsinnigkeiten Lehrer, Eltern, Schüler und Schulerhalter zu kämpfen haben. Etwa, dass es an einer Schule Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt, die nicht nur mindestens zwei unterschiedliche Dienstgeber, sondern auch völlig andere Besoldungsmodelle und Dienstrechte haben. Da gibt es Lehrer, die vom Bund oder Land finanziert werden, Hilfspersonal und Betreuungspersonal, die von den Gemeinden angestellt und bezahlt werden, und dann vielleicht noch Freizeitpädagogen, die über einen Verein angestellt werden. Da wäre viel an Verwaltung und Geld einzusparen, doch das erscheint nicht sehr spektakulär, aber dafür umso effizienter.

HELMUT MÖDLHAMMER
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.
helmut.moedlhammer@gemeindebund.gv.at

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

Seit wenigen Tagen ist nicht nur unser neu gestalteter Internetauftritt **www.kommunalverlag.at** online, sondern auch das neue Portal **www.kommunal.at**.
Dort finden sich nicht nur Beiträge, Kommentare und Fachartikel der aktuellen Ausgabe von KOMMUNAL, sondern vor allem auch aktuelle News aus den österreichischen Gemeinden.

Bei den einzelnen Beiträgen gibt es die Möglichkeit, Kommentare zu verfassen. Damit können Sie nicht nur uns „die Meinung" sagen, sondern es wird dadurch auch möglich, dass die Leserinnen und Leser miteinander in Dialog treten und ihre Ansichten diskutieren. So wird KOMMUNAL seinem Ziel, eine Drehscheibe für die Kommunalpolitik zu sein, noch näher.

Ein wichtiger Baustein dieser Strategie ist auch der Gemeindeinnovationspreis IMPULS. Dieser Preis holt Best-Practice-Beispiele vor den Vorhang und ermöglicht es, den Gemeinden voneinander zu lernen. Über 100 Projekte wurden eingereicht. Die Jury steht jetzt vor der schwierigen Entscheidung, die besten davon zu prämieren. Wir freuen uns schon auf die Siegerehrung im Rahmen der KOMMUNALMESSE im September.

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunalverlag

/14
Wann wird es zu viel?
Nach der Steuerreform droht mit der Reform des Haushaltswesens eine neue Belastungswelle.

/20
Hans Jörg Schelling
Der Finanzminister im Interview zur Steuer-reform

INHALT

/38

Unser Wasser ist Gold wert

Über die Leistungen der Gemeinden bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung

/64

Reinhard Reisinger

„Ich hab' mir diesen Job Ausgesucht

FOTOS/shutterstock, BMF, R. Reisinger/Titelfoto: shutterstock

KOMMUNAL 05/2015

POLITIK & RECHT

Breitbandoffensive 24
Österreichs Gemeinden leiden unter der schlechten Anbindung

Harmonisierung oder Gigantismus 26
Die Europäische Union, EPSAS und ein Beschluss des deutschen Bundestags

Kommentar zu EPSAS: 28
Ein System für alle Gemeinden in Europa?

20 Jahre EU-Beitritt 29
Die EU hat viel Potenzial, wenn wir es nutzen

Altersgerechte Umwelt 30
Ein europäisches Projekt publiziert Projekte, damit wir „das Rad nicht immer neu erfinden müssen"

Siedlungswasserwirtschaft 32
Neue Förderrichtlinien sind in der Pipeline

GESTALTEN & ARBEITEN

„Unser Wasser" 42
Eine Infografik rund ums Wasser

Gemeindetag & Kommunalmesse 60
Anmeldung läuft auf vollen Touren

LAND & LEUTE

Gemeinderatswahl Steiermark 66
Nur ein kleiner Dämpfer ...

Auf die Bühne! 68
Der IMPULS-Preis holt Gemeinden und ihre Projekte vor den Vorhang

Bürgermeistertag 71
„Probleme lösen, die man sonst nicht hätte"

Verkehr 72
Sicherer Start in die Motorradsaison

Aus den Bundesländern 74

Personalia 78

Termine 80

Zu guter Letzt 82
Vorschau, Impressum

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

Bauernfeind GmbH.	46
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	34
Familie & Beruf Management GmbH	70
Gesundheit Österreich GmbH	48
GIS Gebühren Info Service GmbH	57
Maschinenring Österreich GmbH	52
Österreichische Post AG	56
Manfreds Perger „Abfallhai"	75
Pipelife Austria GmbH & Co KG	49
Reformwerke Wels	47

LEITARTIKEL

DIE POLITIK BRAUCHT MEHR **MUT ZUR SCHÖNHEIT**

Ist „Ästhetik“ ein Kriterium für Gemeinden? Darf eine Gemeinde für „eine schöne Optik“ mehr zahlen, als für reine Funktionalität nötig wäre?

Konrad Paul Liessmann hatte einen großen Auftritt beim Kommunalwirtschaftsforum Mitte März in Wien, als er die These aufstellte, dass „Ästhetik eine Investition in die Zukunft“ ist. Warum? Einfach, weil wir Menschen so gestrickt sind, dass wir „schön sein wollen“ und „schöne Dinge sehen wollen“. In einem schönen Umfeld fühlen wir uns wohler, es scheint, als hebe sich die Lebensqualität. Im nächsten Atemzug forderte Liessmann die Politiker und Politikerinnen folgerichtig auf, mehr „Mut zur Schönheit“ zu zeigen. Eine Forderung, der wir uns durchaus anschließen wollen, über die wir aber doch gerne ein bisschen eingehender – und vielleicht auch durch die „Kommunalbrille“ gesehen – nachdenken werden.

Gleich eingangs können wir festhalten, dass es mit „Mut zur Schönheit“ allein ganz sicher nicht getan sein wird. Das Thema hängt ganz wesentlich von der Kommunikationsfähigkeit und der Begeisterungsfähigkeit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ab. Und sicherlich ist nichts so subjektiv wie „Schönheit“. Was dem einen gefällt, empfindet ein anderer als abstoßend. Den Ortschefs mangelt es ganz sicher nicht an der Fähigkeit, mit ihren Bürgern zu kommunizieren, aber das zentrale Problem für die Ästhetik dürfte die moderne Medien-Demokratie sein, wie so mancher Diskutant anmerkte.

Und sie haben Recht. Man stelle sich nur vor, dass ein Bürgermeister, eine Bürgermeisterin ein architektonisch hochwertiges Bauwerk in eine Gemeinde stellen und das Geld nicht „für die Allgemeinheit“ verwenden will – so „schwamming“ das jetzt auch klingt. Der Tenor der Boulevardpresse ist absehbar, à la: „Bürgermeister baut sich eigenes Denkmal“. Gerade die bunten Kleinformate würden Gemeinde-Bashing aus der tiefsten Schublade liefern – der heiligen Kuh „Quote“ sei’s gedankt.

> **„Ohne „sanfte“ Modernisierung** ist keine Ortsbildgestaltung möglich, schon gar keine zukunftsorientierte.

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die nächste Frage ist ja, wie man in die historische Substanz einer Gemeinde eingreift. Liessmann nannte als Beispiel die Kombination Wiener Stephansdom und Haas-Haus, also den bewussten Eingriff in „die schöne alte“ Substanz der Innenstadt, wo „das Neue“ als Kontrapunkt aus Glas und Metall ins Ensemble hineingesetzt wurde. Ein Aufreger! Die Alternative wäre, einen bestehenden Zustand auf Dauer zu konservieren. Wer wissen will, was das bedeutet, sollte in Hallstatt nachfragen. Da gab es vor ein paar Jahren eine ziemlich heftige Diskussion, wie weit „Denkmalschutz“ in private Besitzrechte eingreifen darf und ob ein Ensemble geschützt werden muss – auch um den Preis des Stagnierens vor Ort. Die Hallstätter haben sich jedenfalls – und das zu Recht – ziemlich aufgeregt.

Dass so eine Strategie des „Konservierens um jeden Preis“ fast sicher zuerst die Jungen regelrecht vertreibt, liegt meiner Meinung nach auch auf der Hand. Nicht einmal „die Alten“ halten das aus, wie das Beispiel Venedig zeigt. Die Lagunenstadt leidet massiv am Bevölkerungsschwund, die Venezianer fliehen mit Kind und

Kegel vor den Massen von Touristen, verlassen die Stadt. Warum? Weil im historischen Venedig, so schön es auch sein mag, kein „Leben“ mehr möglich ist, wenn Tag und Nacht sämtliche Gassen und Plätze mit schwitzenden und dauerfotografierenden Menschen aus aller Herren Länder verstopft sind.

Selbst wenn das Beispiel Venedig nur bedingt auf österreichische Gemeinden anzuwenden ist, macht es eines doch überdeutlich klar: Ohne Neuerungen, ohne Neubauten oder Sanierungen, ohne eine „sanfte“ Modernisierung ist keine Ortsbildgestaltung möglich, schon gar keine zukunftsorientierte. Wenn wir dem zustimmen, dann stimmen wir im Wesentlichen auch zu, dass es legitim ist, ein altes Haus abzureißen und ein neues hinzubauen. Oder ein altes Gebäudeensemble mit moderner Architektur zu kombinieren. Es muss ja nicht so extrem sein wie beim „Centre Pompidou“ in Paris (Warum wohl der Volksmund das Gebäude „Raffinerie“ nennt?), das allen Bürgern und Gästen „freien Zugang zu Wissen und Bildung“ garantieren soll. Und so nebenbei hat sich hier tatsächlich ein Politiker, der französische Staatspräsident Georges Pompidou, ein Denkmal gesetzt. Eines, das ihm selbst angeblich gar nicht gefallen hat. Das Beispiel des Gemeindeamts im oberösterreichischen Ottensheim kann als Muster dienen, wie man als Gemeinde modern revitalisiert, ohne die alte Substanz zu verlieren.

Der Haken ist: Architektur kann ohne Vision, ohne Architekten, ohne Planer nicht gemacht werden. Das kostet meist viel Geld. Und in unseren „Geiz ist geil-Zeiten“ schreit jeder fürchterlich auf, wenn in etwas investiert wird, das nicht vordergründig einer „Allgemeinheit“ zugute kommt. Womit wir aber wieder bei Liessmanns Forderung nach „Mut zur Schönheit“ und der „Medien-Demokratie“ wären.

Aber die ganze Diskussion bleibt akademisch, solange den Gemeinden immer nur neue Aufgaben aufgebürdet werden, ohne gleichzeitig ihre Budgets anzupassen.

HANS BRAUN
Mag. Hans Braun ist Chefredakteur von KOMMUNAL
hans.braun@kommunal.at

KOMMENTAR

GEMEINDEKOOPERATIONEN MIT LEBEN ERFÜLLEN

Jeder kann einen Beitrag leisten

Leistungsstark, lebenswert und attraktiv zu sein (oder zu bleiben), ist für eine Gemeinde erstrebenswert. Die dafür notwendigen Ressourcen sind aber nicht immer vorhanden. Gemeindeübergreifende Kooperationen sind eine Möglichkeit, sich Spielräume für eine zukunftsweisende Gemeindeentwicklung zu schaffen. Trotzdem tun wir uns in der Praxis oftmals schwer, freiwillig neue Kooperationen einzugehen. Das mag viele Gründe haben und liegt wohl auch daran, dass mitunter das (kommunale) Hemd näher ist als der (regionale) Rock. Dennoch können auf allen Ebenen (Individuum, Gemeinde, übergeordnete Ebenen) Impulse gesetzt werden, die Zusammenarbeit fördern.

Verbindende Klammer und Fundament ist dabei die Kommunikation. Dadurch können (Verlust-)Ängste abgebaut, Beziehungen aufgebaut und Vertrauen geschaffen werden. Bestehende Kommunikationsplattformen (z. B. Bürgermeisterkonferenzen) sollten gezielt der Entwicklung eines Regionsverständnisses mit gemeinsamen Strategien und Zielsetzungen dienen.

Für diese Bewusstseinsbildung erscheint eine systematische Analyse für Potenziale der Zusammenarbeit notwendig. Gerade wenn Veränderungen in einer Gemeinde anstehen (personell, infrastrukturell etc.), wäre die Prüfung auf Kooperationsmöglichkeiten sinnvoll. Eine Selbstverpflichtung der Gemeinden wäre wünschenswert, denkbar ist aber auch die Einbindung übergeordneter Ebenen. Diese könnten zudem z. B. in Form von finanziellen Mitteln für Projektbegleitungen, systematischen Analysen oder praxisnahen Leitfäden unterstützen.

Ein wichtiges Signal wäre die Beseitigung der umsatzsteuerlichen Belastung von Kooperationen.

Letztlich kann jeder Einzelne, um Gemeindekooperationen mit Leben zu erfüllen, einen Beitrag leisten, mit der Bereitschaft kommunale Arbeit in einem gemeindeübergreifenden Kontext zu sehen und den ersten Schritt auf den anderen zu machen.

franziska.cecon@fh-linz.at
FH-Prof. MMag. Dr. Franziska Cecon ist Professorin für Public Management an der FH Oberösterreich

ANGESAGT

DAS WORT HAT ...

„Grundverkehr ist immer eine heikle Sache. Es ist zu befürchten, dass es in Ausnahmefällen zu Interventionen kommt."

FOTO: Gemeindebund/Schuller

Hans Hingsamer, Präsident des oö. Gemeindebundes und Bürgermeister der Gemeinde Eggerding nach Berichten der „Oberösterreichischen Nachrichten", wonach Finanzinvestoren vermehrt Geld zur Veranlagung in „Wald, Feld und Wiesen" stecken. Nach dem Bericht ist bereits ein Drittel der österreichischen Agrarfläche nicht mehr in bäuerlicher Hand, obwohl diese Flächen laut Grundverkehrsgesetz „ordnungsgemäß bewirtschaftet" werden müssen.

„Die Bevölkerung hat sich mich als Bürgermeisterin gewünscht."

Bianca Moosbrugger-Petter, neue Bürgermeisterin der Gemeinde Reuthe im Bregenzerwald. Reuthe ist eine von 16 Vorarlberger Gemeinden, in denen nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt wird. Bei der Mehrheitswahl können die Wahlberechtigten die Namen jener Gemeindebürger/innen auf den leeren Wahlzettel schreiben, die ihrer Meinung nach in der Gemeindevertretung sein sollten.

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

FOTO: shutterstock

Plastiksackerl: Weniger ist mehr

Nachdem sich der Rat bereits im November auf die Reduktion leichter Plastiksackerl verständigt hat, wurde diese Einigung nun auch vom zuständigen Umweltausschuss des EU-Parlaments bestätigt. Die Umsetzung der Bestimmungen wird zu einer weiteren Reduktion der Siedlungsabfälle beitragen und soll auch die Meeresverschmutzung eindämmen. Schätzungen zufolge landen jährlich Milliarden von Sackerln im Meer und dadurch in der Nahrungskette. Der nun vorliegende Kompromiss, dem das Plenum des Europaparlaments noch zustimmen muss, will den jährlichen Verbrauch von Einwegsackerln bis zum Jahr 2019 auf 90 Stück reduzieren. Bis 2025 wird angepeilt, dass jeder EU-Bürger nur noch 40 Sackerln pro Jahr verwendet. Alternativ können die Mitgliedstaaten ein Verbot der kostenlosen Abgabe beschließen.

Österreich gilt bei der Vermeidung von Einwegtaschen bereits jetzt als Best-Practice-Beispiel, lediglich vier andere Mitgliedstaaten schneiden besser ab.

www.europarl.europa.eu/news

IRE-GREEN MOBILITY-KONFERENZ IN TRIEST, ITALIEN

Triest ist die europäischste aller italienischen Städten, was auf seine tief verwurzelte Geschichte und enge Zusammenarbeit mit Österreich und dem Westbalkan zurückzuführen ist, erklärte der Bürgermeister von Triest, Roberto Cosolini, während der „Green Mobility"-Konferenz. Die Stadt habe immer eng mit den angrenzenden Regionen in wirtschaftlicher, geopolitischer und institutionelle Hinsicht kooperiert. Im Hinblick auf seine besondere geografische Lage sei Triest nicht nur im Straßen- und Eisenbahnverkehr gut mit den Nachbarregionen vernetzt, sondern auch der Seeweg stellt eine wichtige Art der Mobilität dar.
Die 4. IRE-Konferenz zum Thema „Smart Cities und Green Mobility" fand am 20. März 2015 in Triest statt. Ziel war, eine Analyse der gegenwärtigen Verkehrssituation in europäischen Städten vorzustellen, eine Darstellung von Problemen und Perspektiven, Best-Practice-Beispielen, innovativen Verkehrsplänen und technologischen Lösungsmöglichkeiten sowie Schaffung von Impulsen für neue Aktivitäten, Kooperationen und Projekte.

www.institut-ire.eu

KOMMUNAL VOR 25 JAHREN

AUS UNSEREM ARCHIV

1990: Gemeinde-Investitionsbedarfserhebung erregt Aufsehen

Die zweite Ausgabe des Kommunal-Journals im Jahr 1990 stand unter der Schlagzeile: „Gemeinden starten durch“. Grund für diese optimistische Headline war die brandneue Gemeinde-Investitionsbedarfserhebung, die die Rolle der Gemeinden als Motor der öffentlichen Investitionstätigkeit eindrucksvoll bestätigte.

Rund 100 Milliarden Schilling Investitionen inklusive der Mittel des Wasserwirtschaftsfonds – so lautete der Plan der Gemeinden für die Jahre 1989 bis 1992. Im Vergleich zum vorherigen Vierjahrsplan war das ein „nomineller Zuwachs von 20 Prozent im Vergleich zu den tatsächlichen Investitionen 1985 bis 1989“ – das entsprach einem realen Zuwachs von „immerhin noch fünf Prozent“. Die Schwerpunkte der kommunalen Investitionen lagen damals (unverändert) beim Schul- und Straßenbau sowie der Abwasserbeseitigung. Die höchste Steigerung wurde allerdings bei den Kultur- und Freizeiteinrichtungen, der Stadt- und Dorferneuerung sowie der Müllbeseitigung erwartet.

An reinem Investitionsbedarf erwartete die Erhebung eine Summe von rund 78,5 Milliarden Schilling, wovon 38,6 Milliarden auf die Gemeinden unter 5000 Einwohner entfielen, 13,8 Milliarden auf die Gemeinden zwischen 5000 und 20.000 Einwohnern und 26,1 Milliarden auf die Gemeinden über 20.000 Einwohnern.

Übrigens: Nach dem Umrechnungskurs von 0,0073 Euro pro Schilling wären 78,5 Milliarden Schilling heute knapp 5,7 Milliarden Euro. Kaufkraftbereinigt waren das – so der „Inflationsrechner Österreich“ – im Jahr 2008 stolze 8,49 Milliarden Euro.

EUROPA
FÄNGT IN DER GEMEINDE AN

Viele Entscheidungen der EU reichen weit in die österreichischen Gemeinden hinein. Mit der Initiative „Europa fängt in der Gemeinde an“ wollen das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres und die Vertretung der Europäischen Kommission BürgermeisterInnen und GemeindevertreterInnen als Europa-Beauftragte gewinnen und ihnen Wissen, Erfahrung und Kontakte vermitteln – damit die EU auch in den österreichischen Gemeinden (be)greifbarer wird.

Servicepaket für Europa-GemeinderätInnen
- EU-Helpline im Außenministerium
- E-Mail-Newsletter mit kompakten Informationen und Fakten zu aktuellen EU-Fragen
- Bildungs- und Informationsreisen zu den EU-Institutionen nach Brüssel
- maßgeschneiderte Aus- und Weiterbildung
- jährliches Netzwerktreffen der Europa-GemeinderätInnen

EUROPA
INTEGRATION
ÄUSSERES
BUNDESMINISTERIUM
REPUBLIK ÖSTERREICH

Nehmen Sie diese Serviceleistungen in Anspruch und beteiligen Sie sich an dieser Initiative!

KONTAKT: Tel.: +43 (0)50 11 50–3997 | E-Mail: abti3@bmeia.gv.at
www.bmeia.gv.at/europagemeinderaete

Europäische Kommission

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNIKATIONSFORSCHER.

Wasser – eine (un-)endliche Geschichte

Und täglich grüßt das Murmeltier: KOMMUNAL widmet sich wieder einmal dem versorgungstechnischen Kernthema „Wasser". In Privathaushalten werden pro Tag etwa 300 Liter Trinkwasser verbraucht – da verwundert es nicht, wenn die verschwenderische Umgangsweise mit Grundwasserressourcen kritisiert wird.

Ein Bericht der Vereinten Nationen zeigt, dass die Verknappung der Trinkwasserreserven in den nächsten Jahren zu immensen gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Belastungen führen wird. Die UNO-Experten riefen zu innovativen Lösungen auf, die das Problembewusstsein schärfen und einen sparsameren Umgang mit Wasser bewirken. Das weltweite Umdenken hat längst auch Österreichs Gemeinden erfasst. Von der Ungleichverteilung des Niederschlags – manche Regionen leiden zunehmend unter Dürrephasen, andere hingegen beklagen die Folgen von Überflutungen – sind hierzulande vor allem Landwirtschaft und Tourismus betroffen. Wie eine aktuelle Pitters® KOMMUNALTrend-Erhebung zeigt, investierten 46 Prozent der Gemeinden in den letzten Jahren überdurchschnittlich mehr in Bau & Erhaltung im Bereich Siedlungswasserwirtschaft. Der Bund förderte dabei jahrelang intensiv Maßnahmen zur kommunalen Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie Forschungsvorhaben. Die umfassenden Anstrengungen bewirkten, dass fast jeder Haushalt an öffentliche Wassernetze angeschlossen ist und die Wassergüte erheblich verbessert werden konnte. Die Kürzung dieser Förderungen, etwa im Zuge der jüngsten Steuerreform, erscheint problematisch, denn die kontinuierliche Bereitstellung hoher Wasserqualität ist von zentraler Bedeutung. Und auch die BürgerInnen müssen sich an Best-Practice-Vorbildern im rücksichtsvollen Umgang mit Wasser orientieren, um auch kommenden Generationen diese unverzichtbare Lebensgrundlage zu gewährleisten.

> **„Das weltweite Umdenken** hat längst auch Österreichs Gemeinden erfasst."

office@pitters.at
www.pitters.at

KOMMUNAL QUICK FINANZCHECK

GEMEINDEFINANZEN IN 100 SEKUNDEN

Startschuss zum FAG 2017 **erfolgt**

Die Vorzeichen für eine umfassende Reform hin zu einem aufgabenorientierten Finanzausgleich sind schwierig: Eine noch zu finanzierende Steuerreform trifft auf die weiterhin schwache Konjunktur und auf hohe Arbeitslosigkeit. Daneben wird der finanzielle Gestaltungsspielraum durch Kostentreiber wie HETA, Pensionslasten, Gesundheits- und Pflegebereich und ganz generell durch die Sucht der Ministerien und Gesetzgeber, in allen erdenklichen Bereichen immer höhere Qualitäts- und Mindeststandards zu setzen, eingeengt. Dass sich eine komplexe Kompetenzverteilung in einem überbürokratisierten Land auch in komplexen finanziellen Zusammenhängen abbildet, liegt in der Natur der Sache. Der Finanzausgleich soll also mit 1. Jänner 2017 grundsätzlich reformiert und vereinfacht werden. Und er soll gemäß dem Regierungsprogramm künftig aufgabenorientiert sein, die Mittelzuteilung soll sich also an den Aufgaben, die von der jeweiligen Gebietskörperschaft zu erledigen sind, orientieren.

Geht es nach den Aussagen von Finanzminister Schelling, steht aber nicht eine große Aufgabenreform im Vordergrund, sondern die Abbildung der aktuellen Aufgabensituation in unserem Land durch neue FAG-Verteilungsmechanismen, die weniger an der nackten Einwohnerzahl, denn an den tatsächlichen Aufgaben fußen sollen und darüber hinaus die Schaffung von mehr Einnahmenverantwortung (Abgabenautonomie) der Länder, die dadurch nicht mehr nur (wie gerne polemisch behauptet wird) fremdes Geld verprassen, sondern sparsamer haushalten würden. Ob das Ziel eines vereinfachten, transparenten Finanzausgleichs mit der aktuellen Kompetenzlage und einer Aufgabenorientierung kompatibel ist, wird sich in den nächsten eineinhalb Jahren zeigen.

Auch die 100 Sekunden werden sich immer wieder diesem Reformprozess widmen. Die Tabelle zeigt das Ergebnis der Einnahmen der staatlichen Ebenen aus dem Finanzausgleich. Die rund 87,1 Milliarden Euro im Jahr 2013 speisten sich zu etwa 86 Prozent aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben sowie aus Abgaben des Bundes (8,5 Prozent), der Länder (0,5 Prozent) und der Gemeinden (fünf Prozent).

ENTWICKLUNG DER EINNAHMEN AUS DEM FINANZAUSGLEICH

	2011*	2012*	%	2013*	%
BUND	47,6	50,1	5,3%	52,4	4,7%
LÄNDER (OHNE WIEN)	17,5	17,9	2,4%	19,0	5,9%
WIEN (LAND U. GEMEINDE)	7,1	7,4	4,7%	7,8	4,2%
GEMEINDEN (OHNE WIEN)	7,4	7,7	4,0%	7,9	3,0%
GESAMT **)	**79,6**	**83,2**	**4,5%**	**87,1**	**4,8%**

*) in Mrd. EUR bzw. % ggü. Vorjahr
**) exkl. Schulgemeinde- u. Sozialhilfeverbände sowie Überweisungsdifferenzen
Datenquelle: Statistik Austria - Gebarungsübersichten 2013

WER IST TONI SCHRUF?

ALS BESTER PARTNER DER SEMMERING-REGION ORGANISIERTE ER DIE ERSTEN SKIRENNEN MITTELEUROPAS.

SCHON MEHR ALS 1400 GEMEINDEN VERTRAUEN AUF DIE BAWAG P.S.K.

Vertrauen Sie auf Ihren besten Partner für Ihre Gemeinde.

Wer Großes vorhat, kann sich auf die Business Solution PartnerInnen der BAWAG P.S.K. verlassen. Mehr als 1400 Gemeinden vertrauen auf unsere Kompetenz und Erfahrung. Auch für die Weiterentwicklung Ihrer Gemeinde finden wir gemeinsam den besten Weg. Näheres dazu erfahren Sie unter www.bawagpsk.com/firmenkunden

Mitten im Leben. Mitten im Business.

BAWAG PSK

Bild: © WinterSport!Museum! Mürzzuschlag/picturedesk.com

KOMMENTAR

DER **FINANZAUSGLEICH** AB 2017

Die Verhandlungen zur Steuerreform sind abgeschlossen. Die Verhandlungen zum Finanzausgleich werden in den nächsten Monaten beginnen.

Der Gemeindebund hat sich mit der Thematik Finanzausgleich auch bei der Sitzung des Bundesvorstandes Ende März befasst und wichtige Eckpunkte formuliert. Der künftige Finanzausgleich und die damit verbundene Mittelausstattung der Gebietskörperschaften muss aufgabenorientiert erfolgen. Damit muss eine Entflechtung der Transferströme einhergehen. Es ist allseits bekannt, dass die Gemeinden wesentliche Mittel für das Gesundheits- & Sozialwesen sowie für die Jugendwohlfahrt aufbringen müssen, ohne dabei entsprechende Steuerungsmöglichkeiten zu haben.

Um ihre Kernaufgaben erfüllen zu können, bedürfen die Gemeinden einer entsprechenden finanziellen Ausstattung. Die Verteilung der Mittel innerhalb der Gemeinden, die derzeit nach den sogenannten abgestuften Bevölkerungsschlüssel erfolgt, ist nicht mehr zeitgemäß. Die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen muss für alle Bürger, egal ob sie in großen oder kleinen Gemeinden leben, ermöglicht werden. Der abgestufte Bevölkerungsschlüssel muss abgeschafft oder zumindest abgeflacht werden. Um die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen herzustellen, sind auch Stützungsmaßnahmen für jene Regionen und Gemeinden erforderlich, die durch Abwanderung und besondere Strukturschwäche gekennzeichnet sind. Dem Bekenntnis zur Erhaltung des ländlichen Raumes müssen auch entsprechende Taten folgen.

Ein Strukturfonds, gespeist aus Mitteln des Bundes, der Länder und der Gemeinden müsste daher geschaffen werden, um speziell diesen Regionen und Gemeinden helfen zu können.

> „Für die Grundsteuer ist es **ein Gebot der Stunde**, dass die Einheitswerte als Grundlage für die Bemessung reformiert werden."

Die Gemeinden sind jene Gebietskörperschaften, die neben dem Bund über wesentliche gemeindeeigene Abgaben verfügen. Hier wird dem viel geforderten Prinzip der Einnahmen- und Ausgabenverantwortung entsprochen. Die Kommunalsteuer, die Grundsteuer und die Erträge der Grunderwerbssteuer müssen daher weiterhin den Gemeinden zufließen. Für die Grundsteuer – die nicht Gegenstand der Steuerreform war – ist es ein Gebot der Stunde, dass die Einheitswerte als Grundlage für die Bemessung reformiert werden. Ein Modell wurde bereits vom Gemeindebund entwickelt und an den Bund herangetragen. Spätestens im Rahmen des Finanzausgleichs muss auch eine Umsetzung erfolgen.

Auch zum Haushaltswesen hat sich der Bundesvorstand geäußert. Die Regierung wird aufgefordert – wie das auch der deutsche Bundestag getan hat – sich gegen die flächendeckende Einführung der europäischen Haushaltsrechtsstandards (EPSAS) auszusprechen.

Die Gemeinden sind von der Steuerreform genauso betroffen wie die anderen Gebietskörperschaften. Das bedeutet weniger Einnahmen bei gleichzeitigem Anstieg der Aufgaben. Effizientes Verwalten – zum Beispiel durch Kooperationen – ist daher gefordert. Zum wiederholten Mal wurde daher gefordert, Gemeindekooperationen umsatzsteuerlich zu entlasten, genauso wie die Umsatzsteuerbefreiung bei Schulbauten wieder einzuführen.

WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes
walter.leiss@gemeindebund.gv.at

KOMMENTAR

FUNKTIONIERENDE BEZIEHUNGEN ALS „SCHMIERSTOFF“ IN BAUPROJEKTEN

Wir brauchen **mehr „Projektkultur“**

Die stärkste und beste Droge für den Menschen ist der andere Mensch.“ Auf den ersten Blick ist diese für soziale Beziehungen grundlegende Erkenntnis des Neurobiologen Joachim Bauer schwer mit der Bauwirtschaft in Zusammenhang zu bringen. Denn bei Bauprojekten richtet sich die meiste Aufmerksamkeit auf die sogenannten „hard facts“, wie fachliches Wissen, technische Kompetenz usw. Der Pflege des Faktors „zwischenmenschliche Zusammenarbeit“ wird jedoch kaum Bedeutung beigemessen, obwohl er wesentlich zum späteren Projekterfolg beiträgt.

Sind Sie in oder für eine Gemeinde tätig, steht das Wohl der Menschen für Sie an erster Stelle – ob durch die Errichtung von zeitgemäßen Schulen und Kindergärten oder Einrichtungen zur Betreuung älterer Menschen. Dabei ist für die Motivation des Einzelnen, der einen Beitrag in der Errichtung von Gebäuden leistet, die Gestaltung von Beziehungen ausschlaggebend.

Dies sehen wir uns 2015 bei der IG Lebenszyklus Hochbau ein wenig genauer an. In den Vorjahren haben wir durch entsprechende Prozesse und organisatorische Rahmenbedingungen das Fundament für ganzheitlich und lebenszyklusorientierte Bauprojekte geschaffen. Die Projektkultur ist jener Schmierstoff, den wir brauchen, um Gebäude zu schaffen, die unseren wirtschaftlichen, ökologischen und sozio-kulturellen Anforderungen auf lange Sicht entsprechen.

Eine eigene Arbeitsgruppe der IG Lebenszyklus Hochbau setzt sich 2015 mit diesem Thema auseinander. Ich lade Sie herzlich dazu ein, Ihre Erfahrungen hier mit einzubringen, und freue mich auf zahlreiche Anregungen zu dieser spannenden Diskussion.

kradischnig@delta.at
Wolfgang Kradischnig ist Vorstandsmitglied der IG Lebenszyklus Hochbau und Geschäftsführer von DELTA.

GIS
GEBÜHREN INFO SERVICE

Eine Gemeinde fragt:
Warum haben wir einen GIS-Aufsteller im Gemeindeamt?
Fernseher: Das Gemeindeamt ist bei allen Fragen rund um die An- und Abmeldung DIE Anlaufstelle für den Bürger. Das macht jedes Gemeindeamt zum Know-How-Träger darüber, wer gerade wo eingezogen ist, beziehungsweise wohin er seinen Wohnsitz verlegt hat. Der Aufsteller im Gemeindeamt erspart der Bürgerin und dem Bürger also einen Weg und somit Zeit.

Wie bekommt die Gemeinde aktuelle Formulare oder Kuverts?
Fernseher: Es gibt eine eigene E-Mailadresse die nur für diesen Zweck eingerichtet wurde.
Sie lautet: **gis.info@gis.at.** Sie bekommen die Formulare und Kuverts rasch und für das Gemeindeamt selbstverständlich kostenfrei zugesendet.

Soll die Gemeinde die Formulare entgegennehmen?
Fernseher: Nein, mit den Rückversandkuverts können Anträge, Formulare und Einzugsermächtigungen bequem von der Bürgerin und dem Bürger an die GIS gesendet werden.

Wo bekommt man mehr Informationen zur Gebührenpflicht?
Die GIS bietet auf ihrer Homepage **www.gis.at** und unter der Service-Hotline **0810 00 10 80** alle Informationen rund um die Rundfunkgebühren an.

Für die hervorragende Zusammenarbeit mit mehr als 2300 Gemeinden, Bezirksämtern, Sozialstellen und Bürgerdiensten in ganz Österreich, als Service an Ihren Bürgerinnen und Bürgern bedankt sich

Ihr GIS Team

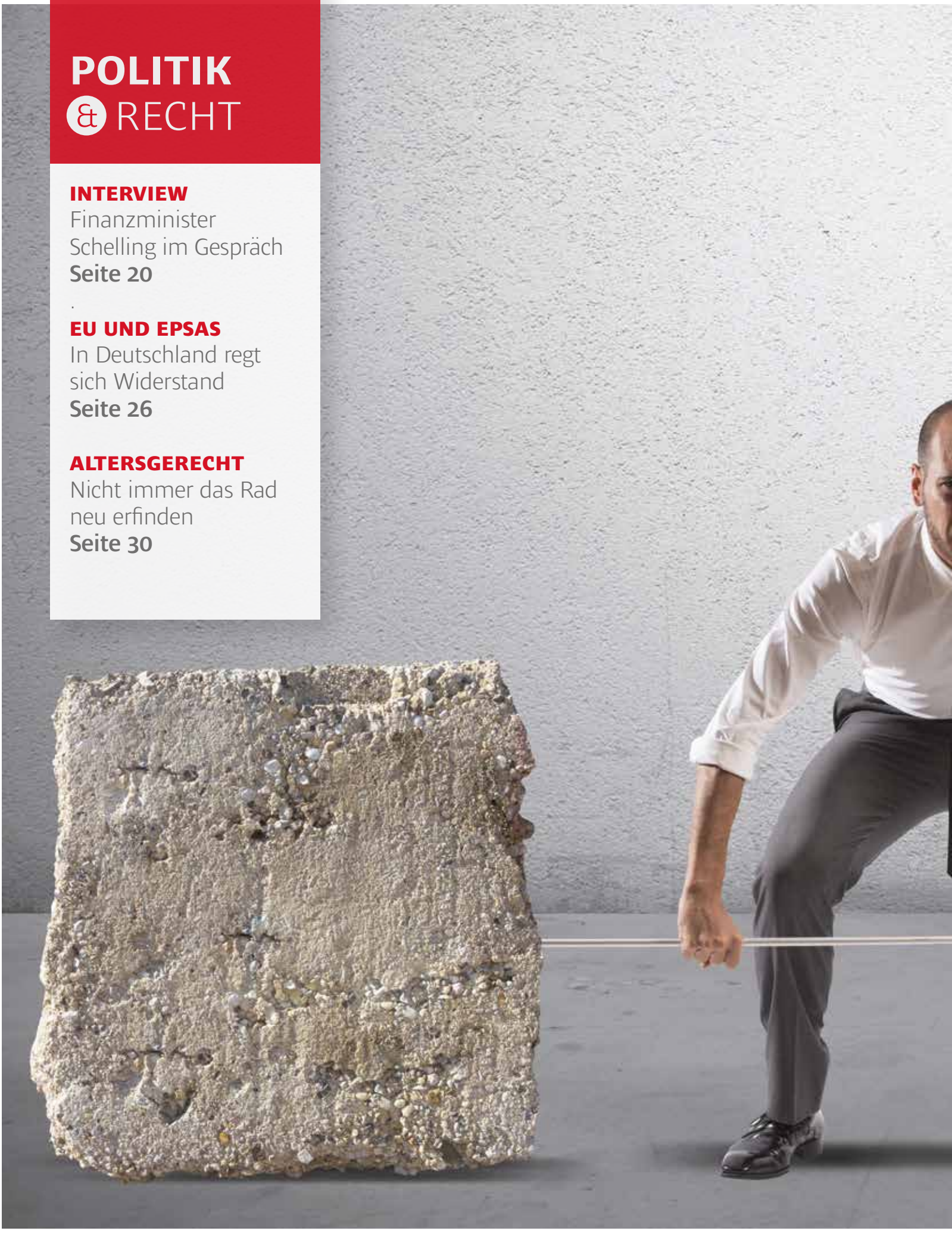
POLITIK & RECHT

INTERVIEW
Finanzminister Schelling im Gespräch
Seite 20

.

EU UND EPSAS
In Deutschland regt sich Widerstand
Seite 26

ALTERSGERECHT
Nicht immer das Rad neu erfinden
Seite 30



WANN WIRD ES **ZU VIEL?**

Verhaltenes Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitslosigkeit und der Drang zu einer Budgetkonsolidierung kennzeichnen derzeit das Umfeld, in dem die Gemeinden agieren müssen. Zudem kommen ständig – und unnötigerweise – noch andere Belastungen wie eine überzogene Haushaltsreform auf sie zu.

TEXT/Hans Braun

Das ist eines der Probleme, mit dem ein Monatsmagazin wie KOMMUNAL zu kämpfen hat. Manchmal gibt es zu überaus wichtigen Dingen nicht rechtzeitig eine Entscheidung, die Zeitung muss aber fertig werden, und so passiert es, dass, kaum gedruckt, die Hauptgeschichte korrigiert werden müsste – schlimmstenfalls ist sie überholt. So ein Fall liegt für diese Geschichte vor. Eigentlich gab es unmittelbar zum Redaktionsschluss einen Riesenwirbel wegen der Entscheidung des Bundes, sein Doppik-Haushaltswesen zu verordnen. Sprich, den Gemeinden aufzuwingen, obwohl diese ein Gegenmodell vorgelegt haben, mit dem sich jede Menge Geld sparen lassen würde.

Kommt es in dieser Härte wirklich? Müssen sich Kleingemeinden mit einem Rechnungswesen „herumschlagen", das für sie völlig überzogen ist? Wie reagiert man auf so ein Diktat? Wie weiter vorgehen? Das alles waren Fragen, die diskutiert wurden. Es ist damit zu rechnen, dass bei Erscheinen dieser Ausgabe bereits ein Konsultationsentwurf für die VRV 2015 in die vierwöchige Begutachtung geschickt wurde. Ziel des Österreichischen Gemeindebundes ist es, diese in drei bis vier Jahren stattfindende Reform verwaltungsökonomisch umzusetzen, und zwar, indem auf das Wissen des vorhandenen Personals und auf die bestehenden Buchhaltungssysteme und Rechnungswerke aufgebaut wird.

Die wirtschaftliche Situation im März. Ende März hatte es noch ausgesehen, als ob die Dinge nicht schlimmer werden könnten. Die Gemeinden müssen 2015 weiter eine gedämpfte Wirtschaftsentwicklung und eine Steuerreform verkraften, die deutliche Mindereinnahmen verursachen. Darüber hinaus ergeben sich laufend steigende Anforderungen der Gemeinden durch die dynamische Entwicklung von Transferverpflichtungen, etwa im Gesundheits-, oder Sozialbereich. Der Konjunkturausblick 2015 wirkte, nach den Jahre 2013 und 2014 mit Zuwächsen unter einem halben Prozent, mit einem prognostizierten realen BIP-Wachstum von plus 1,2 Prozent kurzzeitig ein wenig freundlicher. Ende Jänner 2015 wurde diese Zuversicht jedoch jäh durch eine WIFO-Mittelfristprognose enttäuscht, die für 2015 ein reales BIP-Wachstum von lediglich einem halben Prozent vorsieht. Neben dieser trüben Konjunkturaussicht stellt sich für die Gemeinden die Frage, in welchem Ausmaß die ohnehin geringen Ertragsanteils-Zuwächse (*siehe Tabelle*) noch von der Steuerreform reduziert werden, denn die Gegenfinanzierungsmaßnahmen (Begtrugsbekämpfungspaket, Konjunktureffekt etc.) sind bekanntlich sowohl zeitlich als auch der Höhe nach unsicher.

Zu Beginn des Steuerreform-Jahres 2015 prägten die öffentlichen Debatten um Verschuldung, Haftungen, Fremdwährungskredite,

ZUWÄCHSE BEI ERTRAGSANTEILEN UND GEMEINDEANTEILEN AN STEUERN

WESENTLICHE GEMEINSCHAFTL. BUNDESABGABEN	ERFOLG 2013	ERFOLG 2014
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN	(in Mio. €)	(in Mio. €)
Veranlagte Einkommensteuer	3.119,9	3.383,9
Lohnsteuer	24.597,1	25.942,3
Kapitalertragsteuer I	1.308,3	1.577,9
Kapitalertragsteuer II (Zinsen)	770,2	761,8
Köperschaftsteuer	6.018,0	5.906,1
Umsatzsteuer	24.866,7	25.471,5
Kunstförderungsbeitrag	17,3	17,5
VERBRAUCHSTEUERN		
Tabaksteuer	1.662,1	1.713,2
Biersteuer	193,1	195,2
Mineralölsteuer	4.165,5	4.135,0
Alkoholsteuer	129,5	171,6
VERKEHRSTEUERN		
Kapitalverkehrsteuern	67,4	78,5
Werbeabgabe	110,2	106,9
Energieabgabe	885,8	850,0
Normverbrauchsabgabe	457,4	437,5
Grunderwerbsteuer	790,3	866,8
Versicherungssteuer	1.055,9	1.101,1
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.641,1	1.965,4
Kraftfahrzeugsteuer	47,9	51,3
Konzessionsabgabe	251,0	247,4
Flugabgabe	97,9	100,0

+/- %	GEMEINDEANTEIL GEM. FAG 2008
8,5%	11,883%
5,5%	11,883%
20,6%	11,883%
-1,1%	11,883%
-1,9%	11,883%
2,4%	11,883%
1,0%	11,883%
3,1%	11,883%
1,1%	11,883%
-0,7%	11,883%
32,5%	11,883%
16,5%	11,883%
-3,0%	86,917%
-4,0%	11,883%
-4,4%	11,883%
9,7%	96,000%
4,3%	11,883%
19,8%	11,883%
7,1%	11,883%
-1,4%	11,883%
2,1%	11,883%

„FÜR DIE **BENACHTEILIGUNG** DER KLEINEN GEMEINDEN DURCH DIE BEIBEHALTUNG DES **ABGESTUFTEN BEVÖLKERUNGSSCHLÜSSELS (ABS)** GIBT ES KEINEN GRUND MEHR."

Ausgliederungen & Co. die mediale Berichterstattung. Was die Gemeinden – abseits der Landeshauptstädte, aber die sind ein eigenes Thema – betrifft, wird damit gerechnet, dass diese durch ihre hohe Haushaltsdisziplin und trotz der gegenüber 2013 weniger dynamischen Entwicklung der Ertragsanteile auch 2014 zumindest bundesweit gesehen keine Neuverschuldung der Gemeinden ohne Wien zugelassen haben.

Zum Österreichischen Stabilitätspakt ist anzumerken, dass die sogenannte Ausgaben(zuwachs)bremse, eine der im Stabilitätspakt verankerten EU-Fiskalregeln (neben Schuldenbremse und Schuldenabbau-Regel), bereits seit 2014 gilt. Derzeit wird noch an Richtlinien betreffend Umsetzung der Fiskalregeln des Österreichischen Stabilitätspakts gearbeitet. Damit soll Klarheit für die Gemeinden herrschen, welche Ziele zu erreichen sind, wie diese erreicht werden können und welche Meldeverpflichtungen auf die Gemeinden zukommen.

Die Dominanz der Volkszahl im Finanzausgleich und die Auswirkungen auf die Ertragsanteile. Die Debatte um den abgestuften Bevölkerungsschlüssel (aBS) und seine Auswirkungen auf den Finanzausgleich (FAG) geht schon seit Jahrzehnten. 1990 war so ein Jahr, in dem alles auf einen neuen Finanzausgleich zusteuerte und der „Abgestufte" für Wirbel sorgte – KOMMUNAL, damals noch Kommunal-Journal, berichtete ausführlich. Man wird sehen, wie sich das heuer entwickelt.

Die länderweise Entwicklung der Einwohnerzahlen von 2014 auf 2015 (siehe Grafik auf den Seiten 18 und 19) zeigt, dass nur Tirol, Vorarlberg und Wien über dem Durchschnitt von 0,55 Prozent liegen und somit die Gewinner sind. Kärnten verliert doppelt Ertragsanteile: Zum einen aufgrund der im Bundesland sinkenden Einwohnerzahl und zum anderen aufgrund des im aktuellen Finanzausgleich enthaltenen Effekts, wonach unterdurchschnittliches Bevölkerungswachstum (durch die FAG-Logik bedingt und verstärkt durch den aBS) zu Verlusten führt. Zahlen des Finanzministeriums belegen diesen Effekt (ohne Zuwächse der Ertragsanteile aufgrund von Abgabenwachstum) recht eindeutig. Mit einer Umverteilungswirkung von 11,78 Millionen Euro (davon fließen 10,17 Millionen nach Wien) nimmt er sich auf den ersten Blick (ein einzelnes Jahr betrachtend) relativ gering aus, doch diesen Effekt gibt es bereits seit vielen Jahren.

Der Bundesvorstand und seine Resolution. Ende März, bei der Tagung des Bundesvorstandes des Gemeindebundes, hatte es so ausgesehen, als ob in diesem Jahr lediglich eine gedämpfte Wirtschaftsentwicklung und eine Steuerreform zu verkraften seien, welche Mindereinnahmen verursachen. Aber darüber hinaus ergeben sich »

FOTOS/iStock/ Rawpixel/ patpitchaya/ Vibe Images

Schulterschluss zwischen Ländern und Gemeinden: Wolfgang Sobotka, nö. Landeshauptmannstellvertreter und Gemeindebund-Präsident Prof. Helmut Mödlhammer.

„Wenn nichts hilft, lösen wir den **Konsultationsmechnismus** aus“

Der Gemeindebund möchte, dass das von Finanzminister Schelling geforderte neue Haushaltsrecht nur für Gemeinden über 10.000 Einwohner gilt. Gemeinden darunter sollten ein eigenes – auf denselben Prinzipien beruhendes – System entwickeln. „Wenn auch die kleineren Gemeinden umstellen müssten, würde das in Summe 230 Millionen Euro kosten“, sagt Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. Das sei nicht tragbar. Der Rechnungshof will dagegen, dass schon Gemeinden ab 3000 Einwohner unter das neue Haushaltsrecht fallen. Sollte der Gemeindebund mit seiner Forderung nicht durchkommen, will man den Konsultationsmechanismus auslösen. Die Verhandlungen waren bei Redaktionsschluss im Laufen.

Bei einer gemeinsamen Tagung von Gemeindebund-Vertretern und den Finanzreferenten der Bundesländer in St. Pölten am 16. April stellten sich die Länder klar hinter die Forderung der Gemeinden. „Wir ziehen an einem Strang“, erklärte Niederösterreichs Finanzlandesrat Wolfgang Sobotka. Beide Gebietskörperschaften, so Sobotka, stünden zur Steuerreform und seien bereit, ihre Anteile in der Höhe von insgesamt 360 Millionen Euro zu tragen.

Allerdings seien die Gebietskörperschaften in der bisher schwierigsten Finanzsituation überhaupt, meinte Gemeindebund-Chef Mödlhammer. „Unter den derzeitigen Bedingungen wird das Nulldefizit 2016 nur äußerst schwierig zu erreichen sein.“ Zudem werde der Druck von oben nach unten immer größer, in den Vorarbeiten zum Finanzausgleich solle daher untersucht werden, was die Basisaufgaben der Gebietskörperschaften seien und welche Aufgaben von der Finanzierung bis zur Ausübung den einzelnen Gebietskörperschaften zuzuteilen seien. Eine Studie wurde dazu in Auftrag gegeben.

Insgesamt müsse der Finanzausgleich überschaubarer werden und das gesamte Regelwerk an Aufgaben und Finanzierungen klarstellen.

46.568

Soviel Einwohner gewann Österreich von 2013 auf 2014. Den stärksten Zuwachs an Einwohnern verzeichnete Wien. In der selben Zeitspanne „verlor“ Kärnten 43 Bewohner.

laufend steigende Anforderungen der Gemeinden durch die dynamische Entwicklung von Transferverpflichtungen, etwa im Gesundheits-, oder Sozialbereich, aber auch durch laufend steigenden Standards und Qualitätsanforderungen durch die Gesetzgebung auf Bundes- und Landesebene. Daraus ergaben sich einige Forderungen für die Bereiche „Gemeindefinanzen“ und „Finanzausgleich“ an die Bundesregierung, die der Bundesvorstand dieser in Form einer Resolution vorgelegt hat. Hier einige Auszüge:

- Aufgrund der Mehreinnahmen aus der Grunderwerbsteuer, die sich für die Gemeinden aus der Steuerreform ergeben, darf es keinen Anlass geben, die Ertragshoheit der Gemeinden bei der Grunderwerbsteuer (96 Prozent) in Frage zu stellen. Das Aufkommen dieser Steuer ist nachhaltig für die Gemeinden zu sichern.
- Eine Reform der ausschließlich den Gemeinden zukommenden Grundsteuer ist überfällig und ein Gebot der Verwaltungsvereinfachung. Ein reformtaugliches Modell des Gemeindebundes liegt bereits seit Monaten auf dem Tisch.

ENTWICKLUNG DER EINWOHNERZAHLEN UND DIE AUSWIRKUNG AUF DIE ERTRAGSANTEILE 2015

	EINWOHNERZAHLEN				ERTRAGSANTEILE	
	2014	2015	Differenz	in Prozent	in Mio. €	in Prozent
Burgenland	286.707	287.470	763	0,27%	-0,66	-0,27%
Kärnten	556.012	555.969	-43	-0,01%	-2,30	-0,39%
Niederösterreich	1.619.722	1.625.400	5.678	0,35%	-3,32	-0,21%
Oberösterreich	1.419.005	1.424.910	5.905	0,42%	-1,71	-0,11%
Salzburg	532.318	534.030	1.712	0,32%	-1,22	-0,19%
Steiermark.	1.211.822	1.214.945	3.117	0,26%	-2,57	-0,21%
Tirol	715.112	720.436	5.324	0,74%	1,07	0,13%
Vorarlberg	372.555	374.861	2.306	0,62%	0,54	0,12%
Wien	1.739.932	1.761.738	21.806	1,25%	10,17	0,41%
	8.453.185	**8.499.759**	**46.568**	**0,55%**		

- Für die Benachteiligung der kleinen Gemeinden durch die Beibehaltung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels (aBS) gibt es keinen Grund mehr. Ein moderner Finanzausgleich muss weitere Schritte zu einem Abbau dieser Regelung beinhalten.
- Mit einer Aufgabenorientierung eines neuen Finanzausgleichs muss auch eine Entflechtung der Transferströme einhergehen.

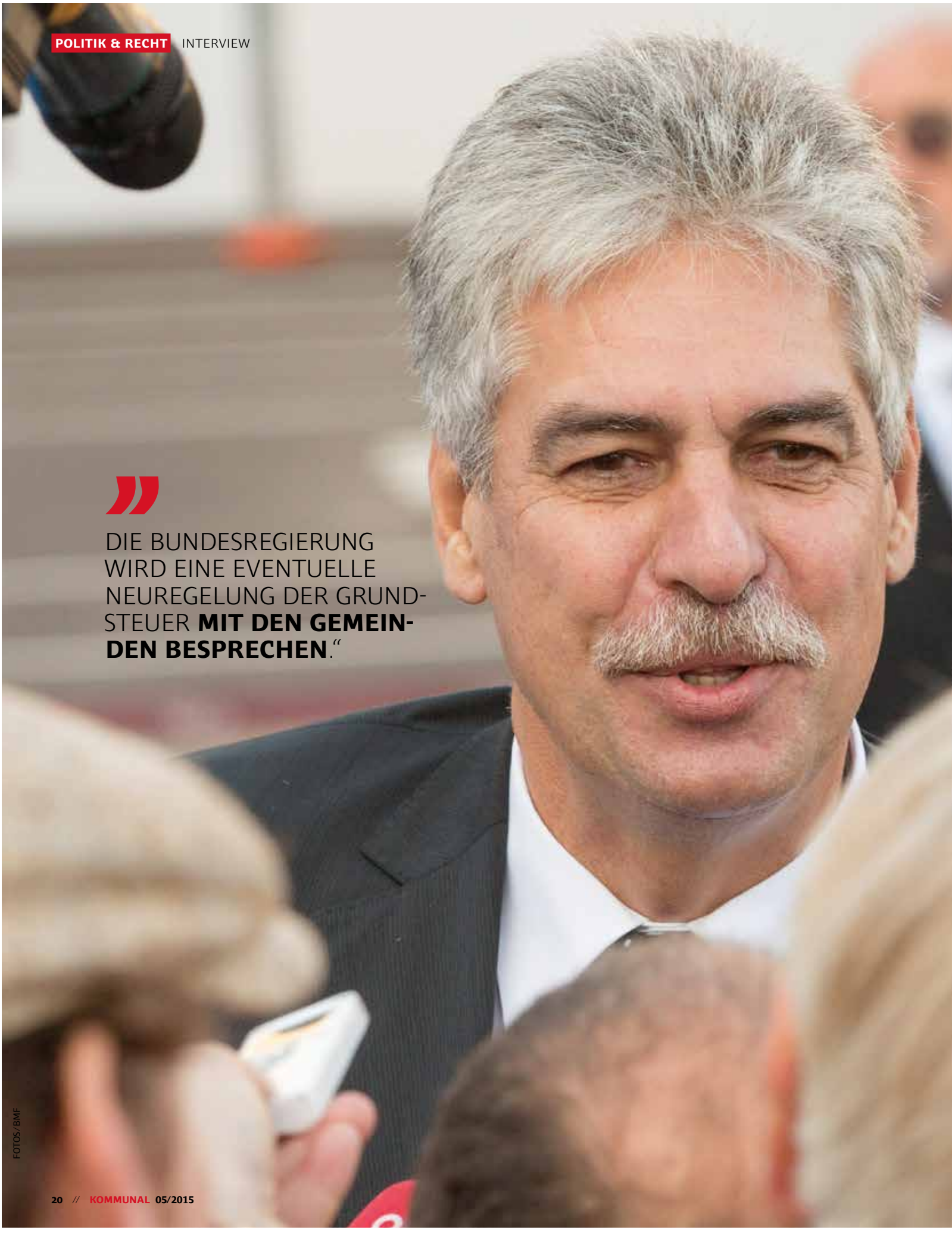
Zum wiederholten Mal wird auch eine umsatzsteuerliche Entlastung der Gemeinden (Gemeindekooperationen), eine Lösung der Vorsteuerproblematik bei der Errichtung von Schulbauten und – besonders eindringlich – die Schaffung eines Strukturfonds für finanzschwache und von der Abwanderung besonders betroffene Gemeinden gefordert.

Die Verfügbarkeit der Schlüsseltechnologie Breitband ist für die Gemeinden des ländlichen Raumes ein unverzichtbarer Standortfaktor, weshalb der Bundesvorstand diesem Punkt ein eigenens Kapitel widmete. Im Mai 2015 soll die Ausschüttung von Förderungen vor allem der passiven Breitband-Infrastruktur besonders in jenen Regionen des ländlichen Raums begonnen werden, wo eine Durchdringung mittels Marktmechanismen nicht zu erwarten ist. Der Österreichische Gemeindebund verlangt die ausreichende Bereitstellung von Mitteln auch für Gemeinden, die für diese Infrastruktur und die Standortqualität des gesamten österreichischen Wirtschaftsraumes sorgen wollen. Die Förderungen sollen ohne Zugangshürden und bürokratische Hindernisse möglich sein.

Was die Forderungen des höchsten Gemeinde-Gremiums in punkto „Haushaltswesen" betrifft: Mitte April hatte es dazu einen starken Auftritt gegeben, einen Schulterschluss zwischen Ländern und Gemeinden. Besonderen Sprengstoff bekam der Auftritt durch die Ankündigung von Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer, notfalls in Sachen „Haushaltswesen" den Konsultationsmechanismus auslösen zu wollen – siehe Beitrag links.

HANS BRAUN IST CHEFREDAKTEUR VON KOMMUNAL
hans.braun@kommunal.at

FOTOS/shutterstock



„DIE BUNDESREGIERUNG WIRD EINE EVENTUELLE NEUREGELUNG DER GRUNDSTEUER **MIT DEN GEMEINDEN BESPRECHEN**."

FOTOS/BMF

HANS JÖRG SCHELLING

„AM 1. JÄNNER 2016 SEHEN SIE'S **AM KONTO**"

Er ist derzeit einer der begehrtesten Interviewpartner Österreichs. Finanzminister Hans Jörg Schelling nimmt in KOMMUNAL Stellung zur Steuerreform und anderen Fragestellungen, die die Gemeinden bewegen.

Herr Minister, die von der Bundesregierung geplante Gegenfinanzierung der Steuerreform wird auch von namhaften Wirtschaftsforschern als unsicher bezeichnet. Was sagen Sie hier den Gemeinden, die ja die Tarifreform im Ausmaß des FAG-Schlüssels (von 11,883 Prozent also mit rund 600 Millionen Euro an geringeren Ertragsanteilen pro Jahr) **von Beginn an mittragen sollen?**

HANS JÖRG SCHELLING: Ich bin ja immer wieder erstaunt, wie sowas läuft. Da arbeiten Experten monatelang an der Ausgestaltung einer Steuerreform, teilweise in akribischer Kleinarbeit, und dann wissen zwei Stunden nach der Präsentation andere schon, dass sich das so nicht ausgehen wird. Und das, ohne die Details zu kennen. Entscheidend sind die Zahlen aus meinem Haus. Und sowohl WIFO als auch IHS haben uns bestätigt, dass die von uns angedachte Form der Gegenfinanzierung realistisch ist: Wir planen, Reformen in der Verwaltung und im Bereich der Förderungen sowie ein großes Maßnahmenpaket im Bereich der Betrugsbekämpfung. Durch eine treffsichere Tarifreform sollen alle Bürgerinnen und Bürger entlastet werden, sodass ihnen am Ende des Monats mehr im Börserl bleibt. Warten Sie den 1. Jänner 2016 ab, dann sieht man es auf dem Konto.

Wie zuversichtlich sind Sie, dass die veranschlagten Rückflüsse etwa aus der Betrugsbekämpfung oder auch aus dem sogenannten „Konjunktureffekt" (höherer Konsum, höhere Investitionen und damit auch höhere Steuereinnahmen) **auch wirklich hereinkommen? Und ab wann rechnen Sie mit signifikanten Einnahmen aus diesen Bereichen der Gegenfinanzierung?**

Das WIFO sieht den vollen Effekt bereits 2016, das IHS ab 2017 – ich bin also zu Recht zuversichtlich.

Thema Betrugsbekämpfung: Da die Gemeinden die Reform mitfinanzieren sollen, ist es nur fair, dass sie auch an allen Rückflüssen beteiligt werden. Wie kann das etwa im Bereich von eingegangenen Finanzstrafen oder Verzugszinsen erfolgen, die ja sonst grundsätzlich nur an den Bund gehen?

Einerseits habe ich, angesichts der budgetären Notwendigkeiten aller Gebietskörperschaften, Verständnis für Überlegungen auf Seiten der Gemeinden, Mehreinnahmen auch zu Lasten des Bundes anzusprechen. Andererseits bitte ich um Verständnis dafür, dass es die budgetäre Lage des Bundes nicht zulässt, über eine Beteiligung der Länder oder Gemeinden an seinen Einnahmen aus Strafen oder Verzugszinsen überhaupt nachzudenken. Denn sonst wären wir ja wieder bei der Situation, dass der Bund Kosten für die Gemeinden übernehmen würde.

Noch eine ergänzende Frage in dem Bereich: Es darf hoffentlich angenommen werden, dass die Gemeinden unabhängig von der Höhe ihrer »

Bar-Einnahmen nicht von der Registrierkassenpflicht umfasst sind.

Hier ist zwischen dem hoheitlichen und dem unternehmerischen Bereich der Gemeindeaktivitäten zu unterscheiden. Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften öffentlichen Rechts (z. B. Gemeinden) sind steuerrechtlich grundsätzlich wie Unternehmer zu behandeln. Sie sind demnach wie andere Unternehmer – (gegebenenfalls) aufzeichnungs-, belegerteilungs- und registrierkassenpflichtig. Eine „Sonderbehandlung" würde dem Prinzip der Gleichmäßigkeit der Besteuerung widersprechen und wäre somit verfassungswidrig.

Im Zusammenhang mit der Steuerreform 2015/2016 kamen von Ihrer Seite auch Aussagen, dass man am geplanten „strukturellen Nulldefizit" im Jahr 2016 festhalten wird. Nicht wenige, u. a. der Fiskalrat, sehen dies skeptisch. Wie wollen Sie dieses Ziel angesichts der Kosten dieser Steuerreform, der auch künftig unsicheren Situation rund um die Kärntner Landeshaftungen (das Schuldenmoratorium zur HETA endet ja im Mai 2016) sowie des weiterhin mäßigen Wirtschaftswachstums und der hohen Arbeitslosigkeit erreichen?

Das strukturelles Nulldefizit 2016 kommt, die Bundesregierung hat sich dazu bekannt und wir arbeiten an der Umsetzung. Es wird sicher kein leichter Weg, alle Ressorts sind davon betroffen. Niemand kann sich hinstellen und sagen: Die anderen sollen was tun, aber ich kann nicht. So ist kein Staat zu machen. Wir tragen immerhin Verantwortung für nachfolgende Generationen. Das Budget ist die Basis für unser bestens ausgebautes Sozial- und Gesundheitssystem. Für den Straßenbau, Infrastruktur, Pflege, Pensionen und und und. Wir können nicht so tun, als ob das Geld auf Bäumen wächst. Wir müssen damit so haushalten, wie es sich gehört. Wir haben die Erde nicht von unseren Vorfahren geerbt, sondern sie von unseren Kindern und Enkelkindern geliehen!

Sie haben im Zuge der Präsentation der Steuerreform auch festgehalten, dass eine Grundsteuerreform Teil der Verhandlungen zum neuen Finanzausgleich werden wird. Denken Sie dabei an eine Reform und künftig laufende Aktualisierung der Einheitswerte, wie dies von den Gemeinden seit vielen Jahren gefordert wird? Oder tendieren Sie dazu, den Gemeinden diese eigene Abgabe wegzunehmen, um bei den Ländern eine höhere Steuerautonomie und somit mehr Einnahmenverantwortung und Spargedanken herbeizuführen?

Die Bundesregierung bekennt sich dazu, eine etwaige Neuregelung der Grundsteuer im Rahmen der Finanzausgleichsgespräche mit den Ländern und Gemeinden zu thematisieren. Wir werden das gemeinsam besprechen, und zwar am Verhandlungstisch.

Die Verhandlungen für einen grundsätzlich reformierten Finanzausgleich ab 1. Jänner 2017 sollen Ende April starten. Welche Erwartungen haben Sie und welche Erfolgschancen geben Sie einer mehr als nur punktuellen Reform? Auch weil Sie ja bereits vor Monaten klargestellt haben, dass Sie einen aufgabenorientierten Finanzausgleich auch ohne Kompetenz- und Aufgabenreform umsetzen wollen.

Ich bin überzeugt davon, dass die Chancen für eine grundsätzliche Reform des Finanzausgleichs höher sind als je zuvor. Ich erwarte mir von einer Reform jedenfalls einen ersten wesentlichen Schritt in Richtung einer stärkeren Finanzierungsverantwortung insbesondere der Länder, eine radikale Vereinfachung der Transferbeziehungen zwischen den Ländern und Gemeinden sowie eine stärkere Orientierung des Finanzausgleichs an den Aufgaben der Gebietskörperschaften als bisher.

Im Begriff Finanzausgleich steckt das Wort Ausgleich und für viele auch das Wort Gerechtigkeit. Für den Österreichischen Gemeindebund sind Pflichtaufgaben gleichwertig je Einwohner abzugelten und es ist genau zwischen Pflicht und Kür zu unterscheiden. Weiters sollen veraltete und nicht mehr gerechtfertigte Verteilungskriterien abgeschafft und Verbesserungen für strukturschwache und Abwanderungsgemeinden herbeigeführt werden. Was sind Ihre zentralen Zielsetzungen für den neuen Finanzausgleich?

Es liegt in der Natur der Sache, dass jeder Verhandlungspartner eine andere Sichtweise dazu hat, wann ein Finanzausgleich gerecht ist und wann nicht; der Österreichische Städtebund wird Ihren Ausführungen wohl nicht uneingeschränkt zustimmen. Die Eigenverantwortung

ECKDATEN ZU DEN ÖFFENTLICHEN FINANZEN

1,55

Milliarden Euro darf das um Einmaleffekte bereinigte Defizit Österreichs 2016 maximal betragen, um ein „strukturelles Nulldefizit" zu erreichen Aber das Wifo rechnet 2016 mit einem Maastricht-Defizit von über sechs Milliarden Euro.

0,36%

der heimischen Abgaben (insgesamt 83,6 Milliarden Euro) wurden 2012 von den Ländern, 5,11 Prozent von den Gemeinden mit Wien eingehoben.

87,3

Milliarden Euro wurden 2013 über den Finanzausgleich verteilt. Davon gingen rund 60 Prozent an den Bund, 22 Prozent an die Länder sowie je neun Prozent an die Bundeshauptstadt (Land und Gemeinde) und an die Gemeinden ohne Wien.

Quelle / WIFO / BMF - Beilage „Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften" aus dem Budget 2015

„NIEMAND KANN SICH HINSTELLEN UND SAGEN: DIE ANDEREN SOLLEN WAS TUN, ABER ICH KANN NICHT. **SO IST KEIN STAAT ZU MACHEN.**“

der Länder, aber auch der Gemeinden wird für die Finanzierung ihrer Aufgaben eine der zentralen Zielsetzungen für den neuen Finanzausgleich sein.

Gemeindekooperation wird derzeit mit Umsatzsteuer belastet und damit konterkariert. Das Finanzministerium verweist hierbei seit Jahren darauf, dass dem nationalen Gesetzgeber aufgrund des EU-Rechts die Hände gebunden wären und hat versprochen, sich im aktuellen Reformprozess zum europäischen Mehrwertsteuerrecht für die Gemeinden einzusetzen. Wie steht es um dieses Versprechen?

Die EU-Kommission hat im Rahmen der Konsultation „Überprüfung bestehender MwSt-Rechtsvorschriften zu öffentlichen Einrichtungen und Steuerbefreiungen für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten“ alle interessierten Kreise zur öffentlichen Stellungnahme aufgefordert. Im Rahmen dieser Konsultation hat das BMF den Österreichischen Gemeindebund bei der Erstellung seiner Stellungnahme unterstützt und wird auch im weiteren Prozess auf EU-Ebene versuchen, auf eine zufriedenstellende Lösung hinzuwirken.

Wenn Sie eine Bilanz nach Ihren ersten acht Monaten als Finanzminister ziehen müssten, wie würde die aussehen?

Mich beeindruckt vor allem die Qualität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzverwaltung. Die Expertinnen und Experten im Finanzministerium arbeiten wirklich hervorragend. In dieser kurzen Zeit ist es uns gelungen, die Steuerreform auf die Beine zu stellen, wir haben einen beachtlichen Fortschritt für das Problem der ehemaligen Hypo Alpe-Adria erzielt und es ist uns gelungen, Österreich mit Initiativen wie der Finanz-transaktionssteuer oder dem gemeinsamen Kampf gegen den Mehrwertsteuerbetrug auch auf europäischer Ebene gut zu positionieren. Projekte wie die antragslose Familienbeihilfe sind auf Schiene, viele weitere Projekte sind in Arbeit. Wir haben die Türen wieder geöffnet, internationale Experten an Bord geholt, Fachpublikum geht im BMF wieder ein und aus.

Es gibt noch viel zu tun, wir müssen den Reformelan am Leben halten. Ziel muss sein, Österreich aus dem Mittelfeld zurück an die Spitze zu bringen.

BREITBAND

GEMEINDEN LEIDEN UNTER **SCHLECHTER ANBINDUNG**

Die Förderung für den Breitband-Ausbau ist gestartet. Ein Blick in die Gemeinden zeigt: Es ist höchste Zeit.

TEXT/ Helmut Reindl

82 von 119 Salzburger Gemeinden sind mit der Internetversorgung nicht zufrieden. Das hat eine Umfrage des Landes ergeben. „Die Ortskerne sind meist zufriedenstellend versorgt, Defizite gibt es vor allem außerhalb der Zentren“, weiß der Breitband-Beauftragte des Landes Salzburg, Dietmar Bendel.

Johann Schnitzhofer, Landtagsabgeordneter und Bürgermeister von Abtenau, kann das bestätigen. „Wir sind eine große Gemeinde mit 187 km² Fläche und haben in den entlegeneren Ortsteilen enorme Schwierigkeiten mit der Internetversorgung. Dabei leben dort drei Viertel unserer Bevölkerung.“

Eine derart schlechte Vernetzung sei heutzutage nicht mehr akzeptabel. Nicht nur Unternehmen leiden unter dem Zustand. „Auch Schülerinnen und Schüler von mittleren und höheren Schulen brauchen heute einen Internetanschluss“, sagt Schnitzhofer, der derzeit Gespräche mit A1 sowie mit dem Land Salzburg führt, um die Situation rasch zu verbessern. „Wir haben uns auch im Breitband-Atlas eintragen lassen, damit man weiß, wo es Lücken gibt.“

30

Prozent der Bevölkerung sind derzeit nicht mit ultraschnellem Breitband versorgt.

Das Problem sei nicht nur die schlechte Internetanbindung. „In vielen Ortsteilen funktionieren nicht einmal Handys“, weist Schnitzhofer auf generelle Probleme in der Infrastruktur hin.

Auch in Weißpriach im Lungau ist man mit der Anbindung ans World Wide Web nicht glücklich. „Wir haben nur eine Datenübertragungsrate von 0,8 bis 1 Mbit/s. Da geht nicht viel weiter“, beklagt Bürgermeister Peter Bogensperger.

Dabei wäre eine Verbesserung keine Hexerei, denn im oberhalb des Ortes gelegenen Schigebiet Fanningberg gibt es bereits eine leistungsfähige Leitung, die man nur ins Tal verlängern müsste. Für den Großteil der Strecke gibt es auch bereits eine Leerverrohrung, lediglich 300 Meter müssten noch gegraben werden. „Das werden wir gerne machen. Wir warten lediglich auf grünes Licht von A1“, so Bogensperger.

„AUCH **SCHÜLER** BRAUCHEN HEUTE EINEN INTERNETANSCHLUSS.“

Johann Schnitzhofer, Bürgermeister von Abtenau

Auch in der Steiermark ist es oft so, dass die Ortszentren gut mit Breitband versorgt sind, es aber Probleme in den entlegeneren Gebieten gibt.

Walter Ganser, früherer Amtsleiter der Anfang des Jahres mit der Stadt Mariazell fusionierten Gemeinde Gußwerk: „Im Ortsgebiet von Gußwerk ist die Anbindung gut, aber je weiter man vom Zentrum wegkommt, desto schlechter wird es. Das sind oft Dörfer mit rund 100 Einwohnern, aber gerade dort wäre es wichtig, eine leistungsfähige Anbindung zu bekommen, um diese Orte attraktiv zu machen. Das gilt auch für die ehemalige Gemeinde Halltal, wo die Breitband-Versorgung generell schlecht ist.“ Dabei sei in den letzten Jahren durchaus einiges passiert: „Wir haben zwei örtliche Anbieter, die Glasfaserkabel verlegen, und auch A1 hat in den letzten Jahren investiert. Allerdings liegen in den Häusern oft noch alte Leitungen, sodass die Anwender kein Breitband nutzen können.“

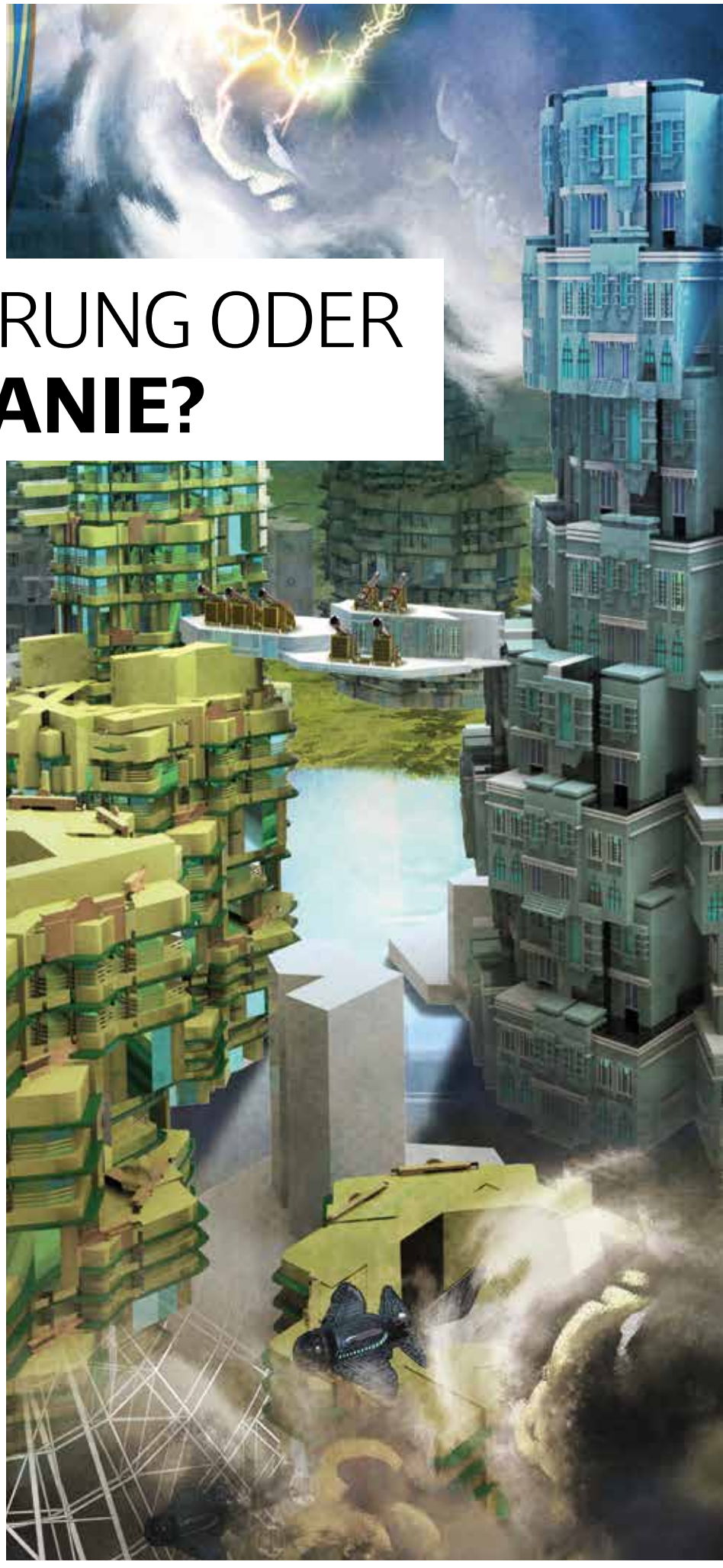
In Tirol sind 62 der 279 Städte und Gemeinden gut mit Breitband versorgt. Weitere 117 Kommunen sind derzeit dabei, die nötige Infrastruktur zu schaffen. Die restlichen 100 leiden noch unter schlechten Auffahrten auf die Datenautobahn. Auch hier sind vor allem Orte in ländlichen Regionen betroffen. „Diesen Gemeinden stehen zwei Möglichkeiten offen“, erklärt Bernhard Mühlegger vom Amt der Tiroler Landesregierung. „Entweder sie entscheiden sich für das Tiroler Fördermodell, zu dem im nächsten Jahr noch Bundesförderungen dazukommen, oder sie tätigen den Breitband-Ausbau über Telekom-Unternehmen im Rahmen des neuen Bundes-Förderprogramms.“

85

Millionen Euro an Fördergeldern stehen für den Bau von Leerverrohrungen zur Verfügung. Weitere 200 Millionen für den Flächenausbau und die Modernisierung bestehender Technik sollen noch heuer folgen, wenn die EU grünes Licht gibt. 15 Millionen sind für Forschungs- und Bildungsinitiativen vorgesehen, etwa wenn eine Schule an schnelles Internet angebunden wird.

DIE ECKPUNKTE DER BREITBANDOFFENSIVE

- **Gefördert wird der Ausbau** und/oder die Modernisierung bestehender Netze nur in jenen Gebieten, die aufgrund von Unwirtschaftlichkeit von den Netzbetreibern nicht oder kaum betreut werden.
- **Die Ausschreibung** erfolgt technologieneutral, Glasfaser- und Kabelnetzbetreiber sollen also die gleichen Chancen haben wie Mobilfunkanbieter. Des Weiteren sollen kleine wie große Unternehmen bedient werden. Hintergrund: Die Mitbewerber der teilstaatlichen Telekom Austria hatten sich beschwert, dass in der Vergangenheit fast drei Viertel der Aufträge an die Telekom Austria gegangen seien.
- **Vorhandene Infrastruktur** soll genutzt und nicht überbaut werden. Bei Leerverrohrungen behält sich der Bund ein Vorkaufsrecht vor – so soll vermieden werden, dass der Staat fördert und dann die Gemeinden das Netz an Privatfirmen weiterverkaufen.
- Für die **Förderung des Flächenausbaus** und der Erneuerung der Netze wird zuvor das OK der EU eingeholt, damit Rechtssicherheit gegeben ist. Dies soll demnächst erfolgen, damit noch heuer 200 Millionen Euro fließen können.
- Heuer gibt das Ministerium **300 Millionen Euro** aus (zu den 200 Mio. kommen noch 85 Millionen für Leerverrohrungen und 15 Millionen Euro für Technologie- und Bildungsförderung). Kommendes Jahr, 2017, 2018 und 2019 werden je 200 Millionen Euro vergeben, 2020 sind es dann 100 Millionen Euro.
- Das **Burgenland** hat bereits ein Breitbandpaket angekündigt, 30 Millionen wollen dafür die drei Handynetzbetreiber A1, T-Mobile Austria und „3“ in die Hand nehmen. Nachdem der Staat maximal 50 Prozent dazuschießt, wären das also – ohne Landesförderungen – bis zu 60 Millionen Euro.
- Überlegungen der **niederösterreichischen Landesregierung**, ein eigenes Netz aufzubauen und dieses dann zu vermieten, seien mit den Förderrichtlinien grundsätzlich vereinbar, so das Infrastrukturministerium. Allerdings sprechen sich die Netzbetreiber dagegen aus. Vor allem gibt es unter den Branchenexperten Zweifel, dass die Mieteinnahmen die Kosten für das Land decken. Denn wenn das Netz wirtschaftlich zu betreiben wäre, würden es ohnehin die Netzbetreiber ausbauen, so die Branche.



EPSAS

HARMONISIERUNG ODER **GIGANTOMANIE?**

TEXT / Christian Erhardt-Maciejewski

Das System basiert – ähnlich wie die Doppik – auf dem Prinzip der doppelten Buchführung. Grundsätzlich für die Kommunen in Deutschland also eigentlich kein großes Problem, da fast alle Kommunen bereits auf die Doppik umgestellt haben. Anders sieht es jedoch auf Landesebene aus. Hauptknackpunkt für die Kommunen ist daher vor allem das Geld. 2,7 Milliarden Euro würde die Umstellung allein in Deutschland kosten, hat der Bundesrechnungshof ermittelt. Europaweit wären es fast sieben Milliarden Euro.

„Für die öffentliche Verwaltung würde das einen enormen Anpassungsbedarf nach sich ziehen“, heißt es aus der Behörde. Von einem „Großprojekt mit erheblichen finanziellen Auswirkungen für die Haushalte von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen“ spricht die Bundesregierung.

„Erhebliche Bedenken.“ Das Thema ist in Deutschland nicht ganz neu. Schon vor über einem Jahr hatte der Bundesrat sich mit einem Beschluss gegen die EU-Pläne gewandt. „Es bestehen erhebliche Bedenken, was die Notwendigkeit, die Verhältnismäßigkeit, die Subsidarität und das Kosten-Nutzen-Verhältnis eines Vorhabens in dieser Größenordnung abverlangt“, formulierte es damals der rheinland-pfälzische Finanzminister Carsten Kühl. Rheinland-Pfalz hatte die Bundesratsinitiative seinerzeit gemeinsam mit den Ländern Baden-Württemberg und Niedersachsen ins Rollen gebracht.

Deutscher Bundestag fasst kritischen Beschluss. Vor wenigen Wochen hat sich nun auch der Haushaltsausschuss des Bundestages einen kritischen Beschluss zur EPSAS-Initiative verfasst. Zwar teilt der Deutsche Bundestag das An-

Brüssel will in den nächsten Jahren die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen, dass alle öffentlichen Haushalte nach dem neuen „European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) abgerechnet werden. Doch es regt sich Widerstand.

GUTE GRÜNDE GEGEN DIE VERPFLICHTENDE EINFÜHRUNG VON EPSAS

1 **Die Umstellungskosten** betragen allein für Deutschlands Kommunen geschätzte 200 Millionen Euro.

2 **Im Gegensatz zu den Kosten** wurde der Nutzen der EPSAS-Einführung bisher in Studien nicht flächendeckend quantifiziert.

3 EPSAS erhöht nicht automatisch **die Transparenz der Haushalte**.

4 **Die große Mehrheit der Kommunen** in Deutschland lehnt die Einführung ab.

5 **Die Entscheidungsfreiheit der Kommunen** bei der Buchführung würde erheblich eingeschränkt.

„EPSAS WÄRE EUROPAWEIT MIT **EINFÜHRUNGSKOSTEN VON FAST 7 MRD. EURO** VERBUNDEN.“

liegen der Europäischen Kommission, die hohe Qualität finanzstatistischer Daten der Mitgliedstaaten langfristig zu sichern. Er hält aber das selbstformulierte Ziel, qualitativ hochwertige, vergleichbare Daten zur Prävention von Finanz- und Wirtschaftskrisen zu erfassen, für realistisch nicht erreichbar. Der Ausschuss fordert die Bundesregierung zudem auf, „dafür Sorge zu tragen, dass die in Deutschland bestehende Entscheidungsfreiheit bezüglich der kameralistischen und doppischen Systeme bestehen bleibt“.

Auch positive Stimmen. Doch zum drohenden Systemwechsel gibt es in Deutschland auch positive Stimmen. So hält Prof. Dietrich Budäus, Emeritus der Universität Hamburg, die Umstellung für unumgänglich. „Die notwendige Harmonisierung kann auf Dauer nur funktionieren, wenn die EU-Kommission bzw. Eurostat Treiber des Themas ist“, so der Professor.

Er hält auch die Kosten – im Vergleich zu den Kosten durch Intransparenz öffentlicher Haushalte – für überschaubar. „Diese Intransparenz im öffentlichen Haushaltswesen, etwa über die tatsächliche Höhe der Staatsverschuldung, hat ganz wesentlich mit zur Eurokrise beigetragen. Die Schaffung einer institutionellen Transparenz ist eine notwendige Voraussetzung, um in Zukunft eine erneute existenzielle Gefährdung des Euroraums zu vermeiden“, so Budäus.

CHRISTIAN ERHARDT-MACIEJEWSKI IST REDAKTEUR BEI KOMMUNAL-DEUTSCHLAND
christian.erhardt@kommunal.de

KOMMENTAR

UWE ZIMMERMANN, STELLV. HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES, BERLIN, ZUR AKTUELLEN RECHNUNGSSYTEMDEBATTE

EPSAS: **Eines für alle in Europa?**

In Europa tobt ein bisher eher lautloser Kampf um die öffentliche Rechnungslegung. Übertönt vom Getöse um die Troika, die Einhaltung von Sparauflagen oder deren Umgehung. Aber halt, es tobt ein Kampf um die Rechnungslegung?! Ja, richtig. Das Statistisches Amt (EUROSTAT) möchte eine EU-Verordnung, die europaweit eine einheitliche Rechnungslegung einführt, für alle EU-Mitgliedstaaten und öffentlichen Kassen, Länder, Regionen, Gemeinden und Städte. Dieses Projekt läuft unter dem Namen EPSAS – European Public Sector Accounting Standards.

Der bisherigen Rechnungslegung soll ein Ende gesetzt werden, die man in der Eurostat-Behörde wohl als Grund und Übel der öffentlichen Haushaltskrise sieht, als Ursprung des Finanzdesasters Griechenlands, von dessen Entwicklung und Dimension man in der EU vorher nichts gewusst haben will. EPSAS soll es nun richten: überall dieselbe öffentliche Rechnungslegung und so transparente und vergleichbare Zahlen, die „periodengerecht" zeigen, was der Staat sich schon so alles geleistet hat, sich noch leisten kann – und nicht mehr kann. „Periodengerecht", das heißt, dass öffentliche Verbindlichkeiten in einem doppischen System mit Blick in die Zukunft abgebildet und sodann auch erwirtschaftet werden müssen.

Die kaufmännische Buchführung bietet Vorteile. Viele deutsche Gemeinden haben die Doppik bereits; deren Einführung dauerte Jahre und verursachte erhebliche Kosten. Neben den Vorteilen sind Grenzen und Fragen der Doppik im öffentlichen Sektor deutlich geworden. Befürworter von EPSAS sagen, es sei sinnvoll, Beamtenpensionsverpflichtungen in den Haushalten abzubilden. Dazu kann ich nur sagen: das ist nicht sinnvoll, sondern unverzichtbar. Denn diese Verpflichtungen bestehen, egal, in welchem Rechnungslegungssystem. Rechnungslegungssysteme lösen aber keine Haushaltsprobleme. Die öffentlichen Haushalte müssen dem Anspruch der Generationengerechtigkeit genügen.

> „Rechnungslegungssysteme **lösen keine Haushaltsprobleme**."
>
> **Uwe Zimmermann,**
> Deutscher Städte- und Gemeindebund

EPSAS ist bis heute die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, warum es für ganz Europa einheitlich das beste System sein sollte. Klar ist aber, dass es enorme Einführungskosten verursachen wird. Die EU-Kommission selbst schätzt diese allein für Deutschland auf 2,7 Milliarden Euro. Und diese Summe halte ich noch für zu optimistisch. Der Deutsche Bundestag hat am 5. März 2015 in einer Entschließung deutliche Worte gefunden: Er hält das EPSAS-Ziel, qualitativ hochwertige, vergleichbare Daten zu Finanzkrisen zu erfassen, für realistisch nicht erreichbar und einen Dateninput in gleicher Qualität, nach gleichen Kriterien und Maßstäben angesichts der unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen in den EU-Mitgliedstaaten für kaum umsetzbar. Der Deutsche Bundestag betont die immensen Kosten einer EPSAS-Einführung und bezweifelt, dass der Nutzen von EPSAS in einem verantwortbaren Verhältnis zu den erforderlichen Kosten steht.

EPSAS würde überall in Europa die Rechnungslegung reglementieren. Nach Standards, die in einem Ausschuss der Europäischen Kommission in Brüssel definiert würden, fernab der weit über 100.000 Gemeinden in Europa, die diese umzusetzen hätten – ungeachtet der unterschiedlichen Verwaltungstraditionen, örtlichen Zuständigkeiten und Hoheiten. Und fernab der demokratischen Legitimation in diesen Gemeinden. Die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität müssen gewahrt und die Wahlfreiheit zwischen verschiedenen doppischen und kameralen Systemen der Haushaltsführung und Rechnungslegung in den Mitgliedstaaten erhalten bleiben.

Und was das Thema Haushaltsehrlichkeit angeht, mag dahinstehen, ob es schöner ist, über diese auf kamerale oder doppische Art und Weise hinters Licht geführt zu werden, wenn man darüber nur täuschen will. Haushaltsehrlichkeit ist eine demokratische, nicht nur administrative Verantwortung. In den Gemeinden wird diese Verantwortung anerkannt und getragen.

UWE ZIMMERMANN
ist stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in Berlin.
uwe.zimmermann@dstgb.de

20 JAHRE EU-BEITRITT

DIE EU HAT VIEL POTENZIAL **WENN WIR ES NUTZEN**

Seit Jahresbeginn stehen zahlreiche Veranstaltungen im Zeichen des 20-Jahr Jubiläums des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union.

Die EU-Mitgliedschaft prägte Österreichs Außen- und Europapolitik der vergangenen 20 Jahre mit. Gleichzeitig ermöglichte die Einbindung in die EU-Entscheidungsstrukturen, sich mit Erfolg für österreichische Anliegen auf europäischer Ebene einzusetzen, sei es im Umwelt- und Konsumentenschutz, bei der Begrenzung des Transitverkehrs oder bei der Förderung der ländlichen Entwicklung und der nuklearen Sicherheit.

Zahlreiche Vorteile und Erleichterungen, die die EU-Mitgliedschaft jedem Einzelnen von uns brachte, sind heute nicht mehr wegzudenken. So ist für viele ÖsterreicherInnen die Möglichkeit, in einem anderen EU-Mitgliedsland arbeiten und studieren zu können, eine der wichtigsten Errungenschaften der EU, ebenso die gemeinsame Währung, die breitere Auswahl an Produkten für KonsumentInnen sowie die europaweit geltenden hohen Standards etwa für Lebensmittel, Konsumentenschutz und Produktsicherheit.

Rückblickend konnte Österreich als exportorientiertes Land im Herzen Europas wie kein anderes Land von den wirtschaftlichen Möglichkeiten und Vorteilen des EU-Binnenmarktes profitieren und den Außenhandel mit den Mitgliedstaaten wesentlich ausbauen. Die europäische Integration und die Erweiterung bewirkten eine jährliche zusätzliche Steigerung des realen Bruttoinlandsprodukts von 0,9 Prozent und die Schaffung von rund 18.500 Arbeitsplätzen pro Jahr.

20 JAHRE ÖSTERREICH IN DER EU

Auch die Bundesländer profitierten vom regionalen Außenhandel sowie von der Teilnahme an EU-Förderprogrammen. Die EU hat wesentlich dazu beigetragen, regionale Ungleichgewichte abzubauen und Infrastrukturmaßnahmen sowie Investitionen in benachteiligten Regionen zu fördern. Mit der EU-Erweiterung 2004 rückte Österreich auch geografisch ins Zentrum, und für die Bundesländer, Städte und Gemeinden eröffneten sich auch durch die Beteiligung an von der EU ko-finanzierten Projekten neue Möglichkeiten grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen.

Die EU ist ein Projekt, das viel Potenzial in sich trägt, wenn wir es nutzen. Die Interessen von Ländern und Gemeinden kommen auf europäischer Ebene über die österreichischen Mitglieder des Ausschusses der Regionen sowie auf österreichischer Ebene über die Mitwirkungsmöglichkeiten beim Verhandlungsprozess geplanter EU-Rechtsakte zur Geltung.

Gerade den Gemeinden kommt eine entscheidende Rolle zu, Bedeutung und Mehrwert der EU-Mitgliedschaft zu vermitteln und die europäische Idee vor Ort zu leben. Die vor fünf Jahren vom Außenministerium gemeinsam mit der Europäischen Kommission gestartete EU-Gemeinderäteinitiative leistet dazu österreichweit einen wichtigen Beitrag. Länder und Gemeinden bilden ein starkes Netzwerk, das es unbedingt zu nutzen gilt, wenn wir Europa akzeptiert, bürgernahe und erlebbar machen wollen.

NETZWERK AFE-INNOVENT

NICHT IMMER DAS **RAD NEU ERFINDEN**

Ein europäisches Projekt verbindet Erfahrungen und hilft, Entscheidungen schon früh zu verifizieren. Vor allem die Gestaltung altersgerechtere Umwelt steht im Mittelpunkt, ein Thema, das auf die Gemeinden mit Riesenschritten zukommt.

TEXT / Daniela Fraiss

Eine Erkenntnis einer langjährigen Arbeit in Brüssel ist, dass es für fast jedes Problem und jeden Plan irgendwo bereits eine Lösung gibt. Im Brüssel-Sprech nennt man das dann „Best-Practice". Man ist quasi umspült von Best-Practices aller Art, viele davon auch für die kommunale Ebene nicht uninteressant. Würden sich Projektplaner und politische Entscheidungsträger öfter umschauen, Sprachbarrieren überwinden und sich trauen, von fremden Erfahrungen zu lernen, könnte vieles womöglich schneller und sparsamer erledigt werden. Dass dies aber nicht einfach ist, zeigt ein Projekt des europäischen Dachverbands RGRE. Dieser ist seit Anfang 2014 Teil eines europäischen Konsortiums, das sich mit der Frage altersgerechter Lebensraumgestaltung befasst. Das aus europäischen Mitteln geförderte Netzwerk AFE-INNOVNET richtet sich sowohl an Praktiker wie Gemeinden, Kommunalverbände und Sozialverbände als auch an Wissenschaft und Technik.

Das bis 2016 laufende Projekt dient unter anderem dem Austausch lokaler Erfolgsgeschichten und dem Zugang zu technischer Hilfe für Kommunen, die altersgerecht planen wollen. Grundsätzlich also ein Thema, das derzeit viele Gemeinden interessieren muss. Die geringe direkte Beteiligung der lokalen Ebene sticht aber ins Auge. Dies kann daran liegen, dass Netzwerke auf europäischer Ebene vor allem auf Englisch kommunizieren und es gerade für kleinere Gemeinden schwierig ist, Personal abzustellen. Gemeinden können die Ergebnisse aber auch nutzen, ohne Partner zu sein. Moderate Englischkenntnisse sind ausreichend, um sich von anderen inspirieren zu lassen. Etwa vom Wohnbauprogramm der Stadt Nantes, der Umkehrung von Essen auf Rädern in Genf oder der Demenzoffensive im belgischen Brügge. Interessant erscheint auch die Folgenabschätzung regionaler und lokaler Planungsprozesse. Dabei handelt es sich um ein Projekt, das anhand einer Reihe von sozio-ökonomischen Indikatoren ex-ante die möglichen Auswirkungen von Planungsentscheidungen analysiert. Das heißt, Entscheidungsträger können nicht nur die unmittelbaren Kosten eines geplanten Projekts, sondern auch zahlreiche mittelbare Folgen abschätzen und unterschiedliche Planungsoptionen durchspielen.

Im Zentrum steht die Gestaltung altersgerechter Lebensräume. Die Modellrechnung berücksichtigt aber nicht nur die Lebensqualität älterer Bürger, sondern die Auswirkungen unterschiedlicher Planungsoptionen auf die Gesamtbevölkerung. Es bleibt den Anwendern vorbehalten, ob das Modell für die

Berechnung eines allgemeinen Überblicks oder für detaillierte Planungsprozesse verwendet wird.

Anwendung der Folgenabschätzung. Gemeinden und Regionen, die sich an dem Projekt beteiligen und das Folgenabschätzungstool testen wollen, erwartet zwar ein nicht unerheblicher Anfangsaufwand, zieht man ins Kalkül, dass damit Fehlentscheidungen vermieden werden können, dürfte sich dieser aber lohnen.

In Phase 1 muss man sich der Problemanalyse stellen und festlegen, welches konkrete Projekt den Test durchlaufen soll. Auch ist zu definieren, ob lediglich die Auswirkungen auf die ältere Bevölkerung oder auf die Gesamtbevölkerung dargestellt werden sollen. Die Zieldefinition sollte neben dem erhofften Nutzen auch darstellen, wie sich das geplante Projekt auf andere kommunale Projekte auswirken wird.

In Phase 2 sind ein Projektplan zu entwerfen, eine Fülle von Projektgrenzen (örtlich, zeitlich, Bevölkerungsgruppen etc.) festzulegen sowie der Status quo den Zukunftsszenarien gegenüberzustellen.

In Phase 3 werden die möglichen Auswirkungen des Projekts unter die Lupe genommen. Sowohl im Hinblick auf die Zielgruppe ältere Bevölkerung, auf die Gesamtbevölkerung als auch finanziell (Gegenüberstellung von business as usual und Projektumsetzung). Dafür steht eine Tabelle mit Indikatoren zu sozialen, wirtschaftlichen und Umweltauswirkungen zur Verfügung, aus welcher sich eine Gesamtbewertung des Projekts bzw. mehrerer Alternativen ergibt.

Bewertung. Diese durchaus komplexe Modellrechnung kann für Gemeinden, die größere Investitionen planen oder besonders vom demografischen Wandel betroffen sind, Entscheidungshilfe im Planungsprozess sein. Spannend ist die Ex-ante-Bewertung, die durchaus zu Überraschungen führen kann und gängige Lösungsmodelle als vielleicht nicht mehr zeitgemäß oder für den jeweiligen Ort unbrauchbar enttarnt. Hinzuweisen ist aber darauf, dass auch für die Modellrechnung und das Erfassen der notwendigen statistischen Daten genügend Personal zur Verfügung stehen muss.

Übrigens: Auch KOMMUNAL ist eine hervorragende Best-Practice-Quelle. Der Bericht über Barrierefreiheit in St. Georgen bei Salzburg wird sicher auch die europäischen Partner des Gemeindebundes interessieren.

www.afeinnovnet.eu

21 %

der europäischen Bevölkerung sind derzeit **über 60 Jahre** alt.

39,3

Jahre ist das derzeitige europäische Durchschnittsalter. 2050 wird der durchschnittliche EU-Bürger (jetzige EU) zwischen 41 und 52 Jahre alt sein.

MAG. DANIELA FRAISS IST LEITERIN DES GEMEINDEBUND-BÜROS IN BRÜSSEL
oegemeindebund@skynet.be

KOMMENTAR

EINE NEUE GROSSE HERAUSFORDERUNG FÜR KOMMUNEN

Altersgerechte Umwelt

Der demografische Wandel findet unaufhaltsam statt: So kommt die Vervierfachung der über 85-Jährigen und eine Verdoppelung der über 65-Jährigen bis 2050! Die Baby-Boomer Generation kommt jetzt in Pension. Verschärft wird das Problem durch Wegzug der Jungen und überproportionale Steigerung bei Älteren in ländlichen Abwanderungsgemeinden auftreten.

Altersgerechte Kommunen werden neben höherer Lebensqualität für Ältere auch niedrigere Systemkosten haben. Warum? Weil der Wunsch der Menschen, so lange wie möglich selbstbestimmt Leben zu können, unterstützt wird zum Beispiel durch barrierefreie und leistbare Wohnungen, neue Wohnformen mit Jung und Alt, gut organisierte und leistbare ambulante Dienste, Modelle aktiver Nachbarschaftshilfe, Tagesbetreuungs-Einrichtungen, Demenzfreundliche Umwelt und vieles mehr.

Es gibt europaweit, also auch in Österreich, bereits zahlreiche innovative Projekte. Manche Kommunen sind hier echte Vorreiter, von deren Erfahrungen wir profitieren können. Die Plattform AFE-Age friendly environment (altersgerechte Umwelt) bietet ausgezeichnete Informationen zu den relevanten Themen. Wichtig scheint mir, nicht einfach irgend etwas zu tun, sondern das Richtige (Kosten-Nutzen Betrachtung). Dazu gibt es Anleitungen und Bewertungs-Instrumente, die hilfreich sind.

Derzeit sind die Kommunen heftig mit der Umsetzung „Kinderbetreuung" gefordert. Die nächste, meines Erachtens noch größere Herausforderung „altersgerechte Gemeinde" ist schon da. Wer hier früh und langfristig plant, muss nicht gleich zusätzliches Geld in die Hand nehmen, sondern bei der Realisierung von Gemeindeprojekten den Aspekt „Alter" berücksichtigen.

mohr.wolfurt@vol.at
Bürgermeister a. D. Erwin Mohr ist Präsident der „Senioren-Plattform Bodensee" und war langjähriger Delegeierte des Gemeindebundes im AdR und im RGRE.

SIEDLUNGSWASSERWIRTSCHAFT

„FÖRDERUNGSRICHTLINIEN NEU“ IN DER PIPELINE

Seit einigen Jahren finden Gespräche und Verhandlungen über die Erstellung neuer Förderungsrichtlinien in der Siedlungswasserwirtschaft statt. Wie die Mittel zukünftig verteilt werden, ist von ebenso großer Bedeutung wie die Höhe der bereitgestellten Mittel selbst.

TEXT / Bernhard Haubenberger

Allein die Tatsache, dass der Initiativantrag zur Änderung des Umweltförderungsgesetzes im Parlament einstimmig angenommen wurde, zeigt über alle Parteigrenzen hinweg die Bedeutung der Siedlungswasserwirtschaft und deren Wertschätzung. Damit stehen in den Jahren 2015 und 2016 je 100 Millionen Euro an Zusagerahmen für die Förderung der Siedlungswasserwirtschaft bereit – in Zeiten, in denen Begriffe wie „Konsolidierungspfad“ und „Maastricht“ das politische Tagesgeschehen prägen, freilich keine Selbstverständlichkeit.

Und doch handelt es sich bei den nunmehr beschlossenen 100 Millionen Euro in den Jahren 2015 und 2016 nur um jenen Betrag, der notwendig ist, um den aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgerufenen Investitionsrückstau allenfalls abzufedern bzw. nicht weiter anwachsen zu lassen. Die im Jahr 2012 durchgeführte Investitionskostenerhebung ergab allein in den Jahren 2015 und 2016 einen Investitionsbedarf in Höhe von mehr als 1,6 Milliarden Euro.

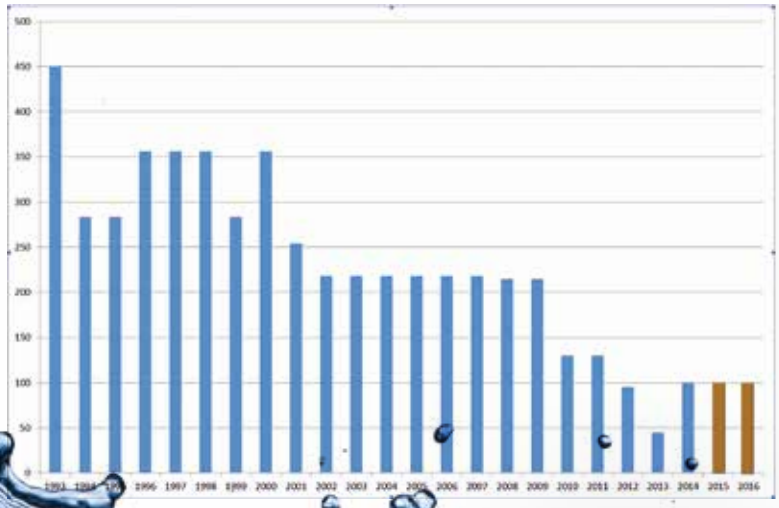
„Als **gemeinsame Aufgabe ist es die gemeinsame Pflicht**, für eine nachhaltige Wasserver- und Abwasserentsorgung zu sorgen.“

Ist weniger mehr? Ursprünglich sollte die parallel zur Fortschreibung des Finanzausgleichs bis Ende 2016 beschlossene Festlegung des Förderzusagerahmens gemeinsam mit neuen Förderungsrichtlinien erfolgen.

Intention neuer Richtlinien ist, die Effizienz und die Treffsicherheit der eingesetzten Förderungsmittel zu erhöhen und gleichzeitig zu gewährleisten, dass die Bevölkerung langfristig, nachhaltig und zu sozial verträglichen Gebühren mit Trinkwasser versorgt und das Abwasser geordnet entsorgt wird. Da bislang noch keine Einigung über neue Richtlinien erzielt werden konnte, werden Förderzusagen weiterhin auf Basis der bestehenden Richtlinien ausgesprochen.

Wenngleich man sich über die Eckpunkte neuer Förderungsrichtlinien einig ist (einfachere Verwaltungsabläufe bei der Förderabwicklung, Konzentration auf wasserwirtschaftlich relevan-

UFG – ZUSAGERAHMEN IN DER SWW SEIT 1993 IN MIO. EURO



Bis einschließlich des Jahres 2011 lag der Förderzusagerahmen in der Siedlungswasserwirtschaft noch bei deutlich über 100 Millionen Euro im Jahr.

Am Ende eines Tages sollte nicht mit weniger Mitteln dasselbe, sondern mit zumindest denselben Mitteln mehr erreicht werden. Neue Förderungsrichtlinien sollten nicht Gegenstand von Einsparungsmaßnahmen sein.

QUELLE: Kommunalkredit Public Consulting (ergänzt um die Jahre 2015 und 2016)

te Aspekte, stärkerer Fokus auf Sanierungsmaßnahmen, Treffsicherheit), steckt wie sooft der Teufel im Detail. So gehen die Vorstellungen darüber, wie man diese Ziele erreichen kann bzw. was, wo, in welcher Höhe und unter welchen Voraussetzungen zukünftig gefördert werden soll, noch weit auseinander.

Wo immer es Potenziale zu heben gibt, sei es im zielgerichteten Einsatz der Förderung, in der kostenschonenden Sanierung, in der Erhöhung der Nutzungsdauer von Anlagen, in der konkreten Abbildung der bestehenden Infrastruktur (digitaler Leitungskataster als Steuerungsinstrument), werden die Gemeinden ihre Unterstützung und ihren Beitrag leisten.

Vorsicht ist – auch vor dem Hintergrund des Investitionsrückstaus und der Ergebnisse der Investitionskostenerhebung – insofern angebracht, als am Ende eines Tages nicht mit *weniger* Mitteln *dasselbe*, sondern mit zumindest *denselben* Mitteln *mehr* erreicht werden sollte. Neue Förderungsrichtlinien sollten nicht Gegenstand von Einsparungsmaßnahmen sein.

Alles über Gebühr? Zukünftig wird der Schwerpunkt der Investitionen in der Erneuerung, in der Sanierung liegen. Zu bedenken ist, dass die Sanierung der Anlagen nicht minder teuer ist als die Ersterrichtung. Erschwerend kommt hinzu, dass bei Sanierungen anders als bei der Ersterrichtung keine Anschlussgebühr eingehoben wird.

Nicht vergessen sollte man jedoch, dass der Erstausbau gerade im ländlichen Raum noch lange nicht abgeschlossen ist und zudem auch neue Siedlungsgebiete (Neubauten, Siedlungserweiterungen etc.) aufgeschlossen werden müssen. Diese Kosten alleine den Gemeinden bzw. den betroffenen Bürgern aufzubürden, wäre finanziell untragbar.

Besonders problematisch wird es überall dort, wo wenige Bürger die notwendige Infrastruktur finanzieren müssen. Gerade in Gebieten mit Abwanderungstendenzen bedeutet eine sinkende Bevölkerungszahl keineswegs rückläufige Kosten, denn die Infrastruktur muss in jedem Fall erhalten werden. Jeglichem Ansinnen, über Gebühren selbsttragende Systeme *flächendeckend* schaffen zu wollen, ist allein aus diesem Grund entschieden entgegenzutreten.

Aufgabe der öffentlichen Hand. Die Wasserver- und die Abwasserentsorgung sind Leistungen der Daseinsvorsorge und damit Aufgaben der öffentlichen Hand. Bund, Länder und Gemeinden haben daher dafür Sorge zu tragen, dass die Bürger einer entlegenen Gemeinde unter denselben Bedingungen und im selben Ausmaß diese Leistungen in Anspruch nehmen können wie die Bürger einer Großstadt.

Als gemeinsame Aufgabe ist es auch die gemeinsame Verantwortung und letztlich die gemeinsame Pflicht, für eine nachhaltige Wasserver- und Abwasserentsorgung zu sorgen. Eine gemeinsame Aufgabe bedingt freilich auch eine gemeinsame Finanzierung. Es sollte daher das Thema Siedlungswasserwirtschaft künftig weniger von einer Bittsteller-Haltung der Gemeinden, sondern vielmehr von der Selbstverständlichkeit einer gemeinsamen Finanzierungsverantwortung geprägt sein.

MAG. BERNHARD HAUBENBERGER IST FACHREFERENT IN DER ABTEILUNG RECHT UND INTERNATIONALES DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
bernhard.haubenberger@gemeindebund.gv.at

FOTO: iStock/Tatiana Popova GRAFIK/ ???

FÖRDERUNG

200 MILLIONEN FÜR SIEDLUNGSWASSER-WIRTSCHAFT

2015 und 2016 stehen jeweils 100 Millionen Euro für die Siedlungswasserwirtschaft bereit. Das macht das novellierte Umweltfördergesetz möglich. Die Fördergelder werden nicht nur für den Gesundheits-, Umwelt- und Gewässerschutz verwendet, sondern tragen auch zur Konjunkturbelebung bei und schaffen neue Arbeitsplätze.

Seit 1959 wurden in Österreich 55 Milliarden Euro in die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung investiert.

Die Fördergelder werden vom BMLFUW nicht nur für den Gesundheits-, Umwelt- und Gewässerschutz verwendet, sondern tragen auch zur Konjunkturbelebung bei und schaffen neue Arbeitsplätze. Durch die Bereitstellung von Förderungsmitteln für die Siedlungswasserwirtschaft in den Jahren 2015 und 2016 im Umfang von je 100 Millionen Euro können die anstehenden Investitionen in Österreichs Gemeinden und Städten zügig in Angriff genommen werden. Dadurch wird sichergestellt, dass die Bevölkerung auch weiterhin mit hygienisch einwandfreiem Trinkwasser versorgt wird und dass Abwässer gereinigt werden können.

Aktuell warten in der Siedlungswasserwirtschaft 2240 baureife Projekte mit einem Förderbarwert von 155 Millionen Euro und einem Investitionsvolumen von rund 775 Millionen Euro auf eine Förderzusage.
Die Bereitstellung dieser Förderungsmittel hat nicht nur positive Auswirkungen auf den Gesundheits-, Umwelt- und Gewässerschutz und die Attraktivität Österreichs als Tourismusland; sie trägt auch ganz maßgeblich zur Konjunkturbelebung, zur Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei. Alleine durch die 2015 und 2016 vom BMLFUW zur Verfügung gestellen Förderungen für die Siedlungswasserwirtschaft werden 8800 neue Jobs – vor allem im ländlichen Raum – geschaffen.
Seit 1959 wurden in Österreich 55 Milliarden Euro in die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung investiert. Damit kann die Qualität unserer Flüsse und Seen verbessert und eine sichere Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser erreicht werden. Aus Umfragen ist bekannt, dass die Österreicherinnen und Österreicher mit dieser Situation und mit den Leistungen der Städte und Gemeinde als Wasserversorger höchst zufrieden sind.

Auch wenn der Ausbau dieser Infrastruktureinrichtungen in Österreich bereits weit fortgeschritten ist, besteht nach wie vor ein umfangreicher Handlungsbedarf, der mit erheblichen Kosten verbunden ist. Die Herausforderung der kommenden Jahre und Jahrzehnte wird es sein, den hohen Standard der Trinkwasserversorgung und Abwasserreinigung durch einen effizienten Anlagenbetrieb nachhaltig zu sichern und die Infrastruktur vorausschauend und effizient zu bewirtschaften. Der Klimawandel macht es notwendig, in den von Trockenheit bedrohten Regionen die Versorgungssicherheit sicherzustellen. Hier gilt es, die zentrale Leitungsinfrastruktur weiter auszubauen, wenn möglich zusätzliche Wasserspender zu erschließen und eine bessere Vernetzung der Leitungssysteme miteinander zu erreichen.

Um die Wichtigkeit funktionierender Trink- und Abwassersysteme verstärkt ins Bewusstsein der Österreicher und Österreicherinnen zu rücken, unterstützen das BMLFUW, die österreichischen Bundesländer, der Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaftsverband, die Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach sowie der Gemeinde- und der Städtebund zudem die Initiative VOR SORGEN – für unsere Trink- und Abwassernetze.

Informationen dazu auf
www.wasseraktiv.at/vorsorgen

FACTS & FIGURES

In Österreich gibt es rund

1,4
Millionen Hausanschlüsse,

77.000
km Wasserleitungen,

90.000
km öffentliche Kanäle und

1840
kommunale Kläranlagen.

Mehr als 90 Prozent der Bevölkerung sind an eine kommunale Kläranlage angeschlossen.

GENERATION BLUE

Wasserwissen für Jugendliche

Der Umgang mit unserer wichtigsten Naturressource verlangt Verantwortung, Schutz und nachhaltigen Umgang. Dies bedingt ein unbedingtes Verständnis, Bewusstsein und Wissen in der Generation, die als nächstes die Zukunft des Wassers in Österreich bestimmen und formen wird – unseren Jugendlichen.

FOTO/Andi Bruckner

Generation Blue bietet den Jugendlichen über innovative Projekte und Kommunikationsmittel die Möglichkeit, dass Jugendliche sich zum Thema Wasser informieren und beteiligen. Ziel dieser Bildungsinitiative ist die nachhaltige Bewusstseinsbildung zum Lebensmittel Nr. 1 unter aktiver Beteiligung der LehrerInnen und SchülerInnen.

Zentrales Element ist die eigens für die Ansprüche der jungen Zielgruppe gestaltete Webseite **www.generation-blue.at** mit einem zugehörigen aktiven Facebook-Channel, der von Jugendlichen intensiv genützt wird. Aktuelle Projekte der Generation Blue sind

- Trinkpass
- Danube Challenge
- Wassertipps

FOLDER
Ein neuer Folder zum Projekt kann kostenlos (auch in größeren Stückzahlen) unter **susanne.brandstetter@bmlfuw.gv.at** angefordert werden.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMLFUW

GESTALTEN & ARBEITEN

WASSERWIRTSCHAFT
Neue Förderungsrichtlinien in der Pipeline
Seite 32

INFOGRAFIK
Das alles hängt an „Wasser und Abwasser“
Seite 42

GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE
Anmeldungen laufen auf vollen Touren
Seite 60

UNSER WASSER IST **GOLD** WERT

Österreichs Gemeinden befinden sich, was Wasserqualität und Versorgung angeht, weltweit im Spitzenfeld. Damit das so bleibt, sind permanente Investitionen notwendig. KOMMUNAL zeigt, in welchen Bereichen noch Verbesserungspotenzial liegt und woher Gefahr droht.

TEXT / Andreas Hussak

Wasser ist das wichtigste Lebensmittel überhaupt. Kein Mensch kann darauf verzichten. Ganz im Gegenteil – jeder Einzelne braucht es. Und das täglich. Die Verfügbarkeit und Qualität des Wassers besitzt einen enorm hohen Stellenwert, auch wenn wir uns das im Alltag nicht sonderlich vor Augen führen. Wir sind eine funktionierende Wasserversorgung gewöhnt und nehmen sie als selbstverständlich an. Zu verdanken ist diese Erwartungshaltung einerseits den günstigen geografischen Gegebenheiten in Österreich, die grundsätzlich reichlich Wasser in guter Qualität gewährleisten, und andererseits denen, die verlässlich dafür sorgen, dass der Zugang dazu problemlos möglich ist, und in Österreich sind das in der Regel die Gemeinden.

Direkt danach gefragt, ist sich die Bevölkerung dieser glücklichen Rahmenbedingungen durchaus bewusst. Das zeigt der Wasserreport 2014, die größte repräsentative Umfrage zu diesem Thema im Auftrag der ÖVGW (Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach). Der Report offenbart aber noch weit mehr: Wenig überraschend lehnen die Österreicher eine Privatisierung der Wasserversorgung vehementest ab. Dass in etlichen Fällen bereits eine Teilprivatisierung besteht, wurde dabei augenscheinlich kaum wahrgenommen. Schon überraschender ist die Erkenntnis, dass 15 Prozent der Bürger das Trinkwasser als zu billig einstufen, während zwei Drittel dessen Preis als angemessen bezeichnen. Besonders interessant für Kommunen ist das Urteil, das über die Wasserversorger gefällt wird: Für Service, Zuverlässigkeit und Verantwortungsbewusstsein geschätzt, attestiert man ihnen allerdings auch ein verstaubtes Image und sieht vor allem Aufholbedarf in punkto Innovation, und auch hinsichtlich der Kommunikation, denn vier von zehn Bürgern fühlen sich nicht ausreichend über ihr Trinkwasser informiert.

Decken sich diese wahrgenommenen Problemfelder in ihrer Dringlichkeit aber auch mit den tatsächlichen Herausforderungen, denen sich die kommunalen Entscheidungsträger gegenübersehen?

Nur bedingt. Natürlich ist es wichtig, den Wünschen der Bevölkerung Rechnung zu tragen – und die gegenwärtig vorwiegend gesetzten Initiativen bedienen zu einem Großteil diese Bürgerforderungen. Allerdings sind in zahlreichen Gemeinden ganz fundamentale Probleme anzugehen, die in der Öffentlichkeit weit weniger wahrgenommen werden. Zum Beispiel der Schutz von Gebäuden und Infrastruktur vor Gefährdung durch Hoch- und Hangwässer, aber auch durch Grundwasser. Die gehäuft auftretenden Wetterextreme der vergangenen Jahre sowie die Bautätigkeiten in Überschwemmungsgebieten machen dieses Problemfeld aktuell.

Ebenso akut ist die Erneuerung der bestehenden Leitungssysteme, deren anstehende Notwendigkeit von der Bevölkerung so lange nicht erkannt wird, bis ein Versorgungsausfall eintritt. In den 60er- und 70er-Jahren gab es einen markanten Schub im Anlagenbau, der eine Erneuerung der zahlreichen damals neuen Einrichtungen in den kommenden fünf bis zehn Jahren erfordert. Am dringendsten betrifft das die Abwasserkanäle, doch auch in der Frischwasserzuleitung gibt es bundesweit einen Wasserverlust von elf Prozent aufgrund undichter Leitungen.

Somit stehen insbesondere gewählte Gemeindevertreter vor der undankbaren Aufgabe, die Prioritäten auf den Erhalt und nach Möglichkeit auch auf eine Effizienzsteigerung hinsichtlich Kosten und Verbrauch zu legen, die jedoch verglichen mit Initiativen in andern Politikfeldern von der Bevölkerung kaum wahrgenommen und honoriert werden. Zudem dauert es verhältnis-

70 %
des weltweit entnommenen Grundwassers verbraucht die Landwirtschaft. In Österreich sind es nur rund vier Prozent.

50 %
der bei Hochwasser auftretenden Sachschäden werden nicht durch das Ausufern von Gewässern verursacht, sondern durch Oberflächenabfluss, Grundwasseranstieg und Kanalisationsrückstau.

78 %
der österreichischen Gemeinden haben akuten Investitionsbedarf in die Erneuerung der bestehenden Leitungssysteme.

FOTO: shutterstock

mäßig lange, bis vorausschauende Investitionen im Bereich Wasserwirtschaft Früchte tragen, die auch in der Bevölkerung spürbar sind, mitunter über Legislaturperioden hinweg. Das macht eine Schwerpunktsetzung für die Politik unattraktiv. Wer sich dennoch daran wagt, muss für gewöhnlich einen erheblichen Teil des Budgets dafür einkalkulieren, denn Investitionen im Bereich Siedlungswasserwirtschaft sind meist kostspielig.

Im Schnitt entfällt schon jetzt knapp die Hälfte aller Investitionen einer Gemeinde auf den Bereich Wasserwirtschaft mitsamt der dazugehörigen Dienstleistungen. Der bei zusätzlichen Investitionen nochmals gesteigerte Anteil fehlt naturgemäß an mehreren anderer Stellen und muss sorgsam argumentiert und kommuniziert werden. Doch gerade weil die Umsetzung und Auswirkungen in der Wasserwirtschaftsplanung viel Zeit brauchen, ist es notwendig darauf zu achten, bevor Probleme evident werden. Fehler in der Wasserwirtschaft haben zumeist jahre- oder gar jahrzehntelange Folgen. Man denke nur zum Beispiel an die Mitterndorfer Senke oder aktuell an den Fall Kwizda, einer alarmierenden Grundwasserkontamination infolge eines Störfalls auf dem Gelände des Pharma- und Pestizidherstellers in Korneuburg.

Das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft hat im März 2013 die Initiative Vorsorgen ins Leben gerufen, um die Kommunen beim Abschätzen ihrer Investitionskosten in die Siedlungswasserwirtschaft zu unterstützen. Mittels Online-Schnelltest kann man den kommenden Investitionsbedarf für das Leitungsnetz der eigenen Gemeinde in einer ersten groben Analyse für die kommenden zehn Jahre ermitteln. Bis heute, zwei Jahre später, hat knapp die Hälfte der Gemeinden dieses Angebot wahrgenommen. Das ist grundsätzlich gut. Allerdings bedeutet es auch, dass die Mehrheit auf dieses Angebot bisher verzichtet hat, dabei wären eigentlich nur in jeder fünften Gemeinde dringende Instandhaltungsarbeiten weiterhin aufschiebbar.

Ein Großteil der Investitionen fließt nämlich in Netzerweiterungen infolge neu errichteter Siedlungen samt neuer Hausanschlüsse und Hydranten. Bei vielen älteren Versorgungsanlagen wird zu wenig in Erneuerung investiert und das führte zu einer Überalterung der Anlagen und zu einem Reinvestitionsstau.

Diesen abzubauen ist gegenwärtig das dringendste Problem, das sich in der Siedlungswasserwirtschaft stellt. Davon abgesehen steht Österreich im internationalen Vergleich sehr gut da. So weit so gut. Die eigentliche Messlatte legen allerdings nicht unsere europäischen Nachbarstaaten, sondern die einheimische Bevölkerung, und die legt sie hoch. Sie erwartet sich einwandfreie Qualität und tadellose Versorgung mit bestem Trinkwasser. Damit aber nicht genug, wollen die Bürger aufgeklärt werden: über die Herkunft ihres Wassers, über dessen Zusammensetzung, über das für sie unsichtbare System, das dahinter steht und es schafft, dass stetig frisches Nass aus dem Wasserhahn sprudelt, und sie wollen Wasser regelrecht erleben. Einige Gemeinden haben es geschafft, diesem Wunsch in besonderem Maße Rechnung zu tragen.

Die Marktgemeinde Telfs in Tirol beispielsweise konzipierte eine Offensive zur Bewusstseinsbildung über „das wertvolle Wasser“. Dazu wurde den Gemeindewerken Telfs zunächst ein ansprechender, neuer Online-Auftritt spendiert. Weiters passte man im vergangenen Jahr sämtliche Gebäude dem neuen, optisch einheitlichen Auftritt an. Viel Mühe machten sich die Verantwortlichen mit einer 40 Seiten umfassenden Broschüre zum Thema Wasser, die den Einwohnern detailliert über die Herkunft ihres Wassers und das Versorgungssystem Auskunft gibt. Telfs hat nämlich eines der komplexesten Trinkwassernetze Tirols. Aus nicht weniger als 34 ver- »

schiedenen Quellen speist sich das Wassernetz mit einer Länge von über 100.000 Metern. Aus 14 Hochbehältern wird das Wasser ohne jegliche Nachbehandlung zu den Haushalten geleitet. Die Broschüre umfasst unter anderem einen Plan, anhand dessen es für jeden Haushalt möglich ist, exakt festzustellen, aus welcher der Quellen er sein Trinkwasser bezieht.

Im Oktober 2014 konnte die Bevölkerung darüber hinaus an einem Tag der offenen Tür die Einrichtungen der Gemeindewerke besuchen. Der rege Zuspruch der Telferinnen und Telfer ließ das große Bedürfnis deutlich werden, darüber Bescheid zu wissen, wie es um die wohl einzige Substanz bestellt ist, die man täglich an, über und in seinen Körper lässt, ohne dabei einen Blick auf deren Inhaltsstoffangabe, Nährwerttabelle oder Gütesiegel werfen zu können. Bei dieser Gelegenheit warb man im Kontakt mit der Bevölkerung zugleich für einen sparsamen Umgang mit der wertvollen Ressource. „Die Bürgerinnen und Bürger zeigten großes Interesse daran, woher ihr Wasser kommt und was technisch alles dahinter steckt. Wir gaben ihnen die Möglichkeit, alles zu besichtigen und zu hinterfragen. Der Tag der offenen Tür war ein voller Erfolg und wir werden ihn sicherlich wiederholen“, freut sich Christian Mader, Chef der Telfer Gemeindewerke.

Die steirische Umweltbildungsgemeinde Übelbach fokussiert sich bei ihrer Umweltbildungsinitiative weniger auf das Versorgungssystem, sondern auf die Bedeutung des Wassers mit seinen besonderen chemisch-physikalischen Eigenschaften für alles Leben auf der Erde. Am gleichnamigen Übelbach wurde in Zusammenarbeit mit der Umweltbildungsplattform AquaStud ein Wasserthemenweg installiert. Vierzehn Stationen entlang des Baches erklären die vielfältigen Interaktionen zwischen Mensch und Wasser. Die praxisnahe Wissensvermittlung kommt bei Kindergartenkindern und Schulklassen bestens an und gibt ein wunderbares Beispiel für eine nachhaltige Bewusstseinsbildung. Abgerundet wird das vielseitge Angebot durch Exkursionen, Bachwanderungen und Umweltbildungscamps entlang des Übelbachs.

Den direkten Kontakt mit dem Wasser nutzt auch Zemendorf-Stöttera im Burgenland geschickt, um den Stellenwert des Wassers vor allem Kindern nachhaltig näher zu bringen. Dabei machte man aus der Not(-wendigkeit) eine Tugend, denn die Wasserrahmenrichtlinie der EU schreibt vor, dass Flüsse baulich und ökologisch dahingehend gestaltet werden müssen, dass Fische ohne Hindernisse von der Quelle bis zur Mündung gelangen können. In Zemendorf-Stöttera war dies nicht der Fall. Die hier verlaufende Wulka besaß auf dem Gemeindegebiet mehrere Wehranlagen. Die Relikte des ehemaligen Mühlenbetriebs mit Fallhöhen zwischen 1,30 m und 2,60 m mussten unter Beteiligung des Bundes und des Landes von der Gemeinde baulich umgestaltet werden. Geschaffen hat man ein naturnahes Umgehungsgerinne, das nicht nur eine Verbesserung des ökologischen Zustands und der Wasserqualität zur Folge hatte, sondern auch ein zusätzliches Naherholungsgebiet entstehen ließ. Dadurch ergaben sich wiederum neue Möglichkeiten der Bewusstseinsbildung. Die Volksschulkinder erarbeiteten Informationsmappen, die nun wetterfest für jeden zugänglich vor Ort bereitliegen. Diverse Veranstaltungen, bei denen Kinder die Flora und Fauna rund um die Wulka entdecken und schätzen lernen, finden stets großen Anklang.

Diese drei Beispiele aus dem gesamten Bundesgebiet zeigen einerseits, dass das Thema Wasser der Bevölkerung überaus wichtig ist und das Befassen damit zu einer Steigerung des heimatlichen Wohlfühlfaktors beiträgt, und das ist immhin das angestrebte Ziel jeder Gemeinde. Andererseits legen sie auch den Schluss nahe, dass die Sensibilisierung auf das Thema Wasser von Generation zu Generation wächst. Gera-

Die Gemeindewerke Telfs bieten ihren Kunden umfassendste Informationen über die Herkunft ihres Wassers.

„Die Bürger zeigen großes Interesse daran, woher ihr Wasser kommt.“

Mag. Christian Mader, Geschäftsführer der Gemeindewerke Telfs

de deshalb ist es umso wichtiger vorzusorgen und schon jetzt notwendige Maßnahmen in der Wasserwirtschaft anzugehen, um den hohen österreichischen Standard auch in Zukunft zu gewährleisten, selbst wenn sie kostspielig, nicht besonders plakativ und unmittelbar womöglich nicht prioritär erscheinen mögen.

Österreich besitzt im internationalen Vergleich ein überaus starkes Förderungssystem. Fast ein Drittel der Investitionsausgaben in der Wasserwirtschaft wird durch Subventionen gedeckt. Daher sollte man diese Möglichkeit auf alle Fälle ausschöpfen. Über den aktuellen Stand der Förderungsmöglichkeiten findet sich ein Bericht auf Seite 32. Und wer weiß? Vielleicht kommt bald eine neue Finanzierungsquelle hinzu. Amerikanische Wissenschaftler haben große Mengen an Edelmetallen und seltenen Erden in Klärschlamm entdeckt. Gegenwärtig wird eine Methode erforscht, um diese kostengünstig zu extrahieren. Gelingt das erst einmal, ist nicht nur unser Wasser, sondern auch unser Abwasser im wahrsten Sinne des Wortes Gold wert.

ANDREAS HUSSAK IST REDAKTEUR BEI KOMMUNAL
andreas.hussak@kommunal.at

KOMMENTAR

VON GERHARD POSCHACHER

Wasserreiches Österreich

Das Land ist nicht nur rinderreich (zwei Millionen Stück, 12 Rassen), sondern auch waldreich (42 Prozent der Gesamtfläche entfallen auf die Forstwirtschaft) und vor allem wasserreich. Flüsse mit einem Einzugsgebiet von zehn Quadratkilometer bilden ein Gewässernetz von 31.000 km Länge. 62 Seen weisen eine Fläche von mehr als 50 Hektar auf. Rund 90 Prozent der Bevölkerung beziehen Trinkwasser aus zentralen Versorgungseinrichtungen.

Der durchschnittliche Wasserverbrauch in Österreich beträgt 135 Liter pro Person und Tag. Fast 60 Prozent der heimischen Stromproduktion stammen von Wasserkraftwerken. Das Abwasser von 92 Prozent der Bevölkerung wird bereits öffentlichen Reinigungsanlagen zugeleitet. Das Trinkwasser, einmalig in Europa, wird zu 100 Prozent aus Grund- und Quellwasser gewonnen. Der gute Zustand von Flüssen, Seen und Grundwasser rückt seit der Verabschiedung der EU-Wasserrahmenrichtlinie als gemeinsames Anliegen ins Zentrum europäischer Interessen. In Österreich wurde in den letzten Jahrzehnten viel und erfolgreich in die Verbesserung der Qualität der Flüsse, Seen und des Grundwassers investiert.

Wasser ist ein wertvolles Gut und zusammen mit dem Boden unverzichtbare Lebensgrundlage für Menschen, Pflanzen und Tiere. Schon vor mehr als 30 Jahren legte das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft die Ergebnisse der großen internationalen Enquete „Ökologie und Ökonomie“ vor, die heute noch aktuelle und gültige Forderungen für die Wasservorsorge, den Gewässer- und Hochwasserschutz und für die Ausarbeitung ökologisch verträglicher Planungsvorhaben für Kraftwerke enthalten. Ähnliche Vorschläge enthält die „Biodiversitäts-Strategie 2020+“ des Agrar- und Umweltressorts, in der Maßnahmen für die Gewässerökologie auch im Zusammenhang mit dem Bau von Klein- und Flusskraftwerken einen besonderen Stellenwert haben. In der österreichischen Raumordnungskonferenz haben auch die Arbeiten für ein Landnutzungssystem begonnen.

gerhard.poschacher@aon.at
Prof. Dr. Gerhard Poschacher war langjähriger Leiter der Agrarpolitischen Abteilung des BMLFUW

WASSER IN ÖSTERREICH /ZAHLEN /DATEN /FAKTEN

92 km³
Jährliche **Niederschlagsmenge** in Österreich (entspricht dem doppelten Volumen des Bodensees).

5500
Wasserversorgungsunternehmen:
- ca. 165 Wasserverbände
- ca. 3400 Genossenschaften
- ca. 1900 kommunale Anlagen

3000
Beschäftigte
in der Wasserwirtschaft:
2100 Arbeiter, 900 Angestellte, sowie Ehrenamtliche

4700
Betriebsgebäude

1,56 Mio
Hausanschlüsse, davon 0,95 Mio in ländlich strukturierten Netzen und 0,61 Mio in Städten.
- 7,4 Mio Österreicher (90%) werden zentral mit Wasser versorgt
- 10% beziehen es über Hausbrunnen und eigene Anlagen.

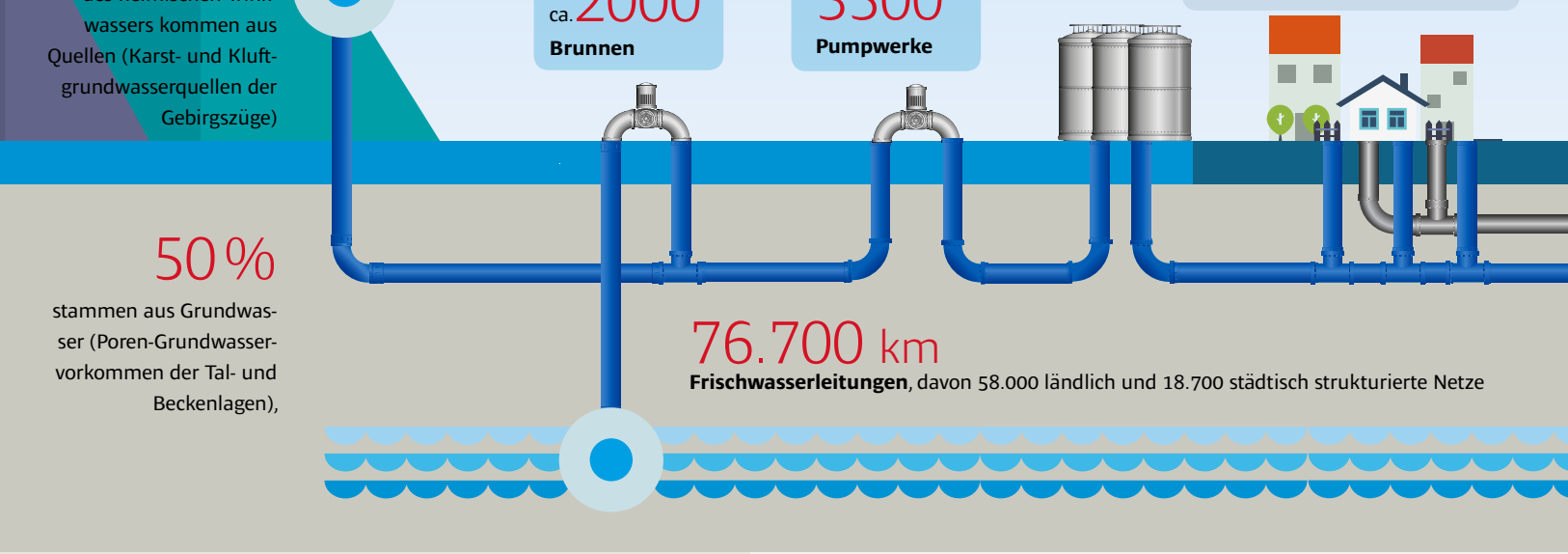
4,2 Mio m³
gespeichertes Wasser in 7300 Speichern

ca. **2600**
Quellfassungen

50 %
des heimischen Trinkwassers kommen aus Quellen (Karst- und Kluftgrundwasserquellen der Gebirgszüge)

ca. **2000**
Brunnen

3500
Pumpwerke



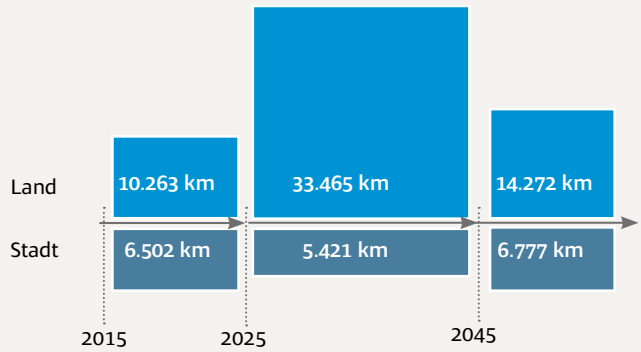
50 %
stammen aus Grundwasser (Poren-Grundwasservorkommen der Tal- und Beckenlagen),

76.700 km
Frischwasserleitungen, davon 58.000 ländlich und 18.700 städtisch strukturierte Netze

KOSTEN UND INVESTITIONEN

57,5 Mrd €
Kosten / Investitionen seit 1959:
- 12,5 Milliarden Euro in Gewinnung, Aufbereitung, Speicherung und Verteilung
- 45 Mrd. in die Abwasserentsorgung

ERNEUERUNGSBEDARF LEITUNGSNETZ



GESAMTWASSERBEDARF IN ÖSTERREICH:

Landwirtschaftliche Bewässerung
0,2 Mrd. m³

Brauchwasser Gewerbe & Industrie
1,6 Mrd. m³

Trinkwasserversorgung
0,8 Mrd. m³

2,2 Mrd m³ (3% der Gesamtmenge)

78 Mrd m³ **Jährliches Wasserdargebot** in Österreich

23 m³
Wasser pro Sekunde benötigt die gesamte öffentliche Wasserversorgung

2200
Fließgewässer mit zusammen über 100.000 km Länge und ca. 25.000 stehende Gewässer in Österreichs Gemeinden.

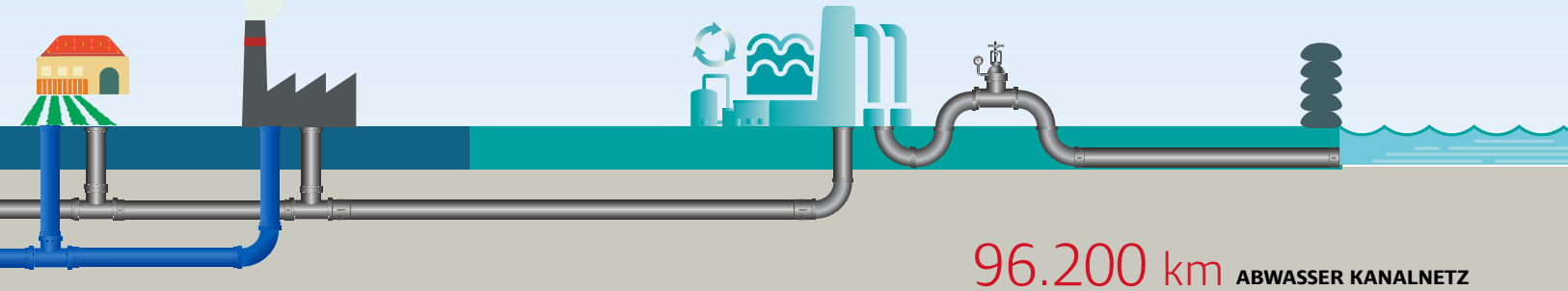
4,2 %
Landwirtschaft Wasserbedarf aus öffentlichen Netzen

9,8 %
des Wassers aus öffentlichen Netzen verbrauchen **Industrie und Gewerbe**

1900
kommunale Abwasserreinigungsanlagen
- 94,5% der Bevölkerung sind an kommunale Kläranlagen angeschlossen.
- 5,5% entsorgen über Senkgruben und Hauskläranlagen.

18.100
Abwasserpumpstationen in Österreich

330 Mio €
Investitionen in Hochwasserschutz pro Jahr (60% Bund, 23% Land, 17% Gemeinden)



96.200 km ABWASSER KANALNETZ

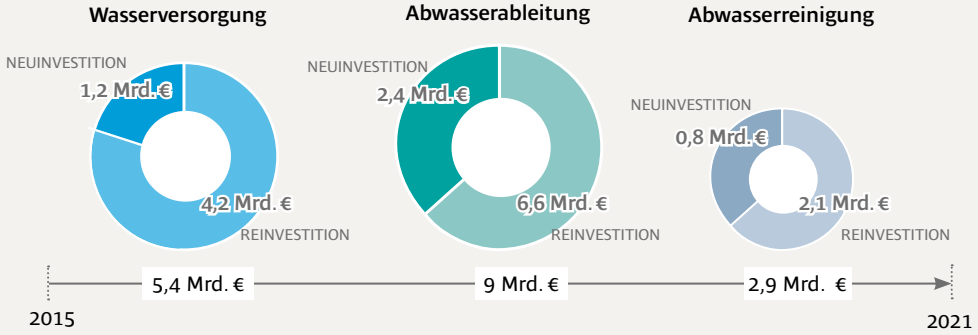
SCHMUTZWASSERKANAL 57.500km

MISCHWASSERKANAL 27.400km

REGENWASSERKANAL 11.300km

136
einzelne Grundwasserkörper in Österreich

INVESTITIONSKOSTENBEDARF BIS 2021



17,3 Mrd €
Investitionen bis 2021

Grafik: Thomas Max Datenrecherche: Andreas Hussak

Die Verdreifachung der Mittel stellt sicher, dass alle Kinder, die einen Förderbedarf aufweisen, im Kindergarten bestmöglich betreut und unterrichtet werden können.

FRÜHKINDLICHE SPRACHFÖRDERUNG

VERLÄNGERT UND VERDREIFACHT

Bund und Länder verlängern sprachliche Frühförderung in Kindergärten bis 2017 und verdreifachen das Budget.

Es ist besonders wichtig, schon früh in die Sprachförderung zu investieren, um so den Schuleintritt und damit den Verlauf des weiteren Lebens für jedes Kind zu erleichtern", so Integrationsminister Sebastian Kurz.

Bund und Länder verlängern die 15a-Vereinbarung zur frühkindlichen Sprachförderung in Kindergärten bis 2017. Das Ziel der Initiative ist es, drei- bis sechsjährige Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, so zu fördern, dass sie mit Volksschuleintritt die Unterrichtssprache Deutsch möglichst gut beherrschen. Die neue Vereinbarung zur sprachlichen Frühförderung gilt ab dem nächsten Schuljahr für insgesamt drei weitere Jahre – eine Umstellung zur alten Regelung, die jeweils nach Kalenderjahren lief, dadurch ist eine bessere und durchgängige Erfassung der Kinder möglich. Weiters ist eine genauere Erhebung aussagekräftiger Daten zu den geförderten Kindern möglich und so der Fortschritt der Förderung besser evaluierbar.

> „Eine **gemeinsame Sprache ist das Werkzeug,** das die Integration erleichtert."
>
> **Sebastian Kurz,** Integrationsminister

Erfolg der Sprachförderung groß. Die Verdreifachung der Mittel stellt sicher, dass alle Kinder, die einen Förderbedarf aufweisen, im Kindergarten bestmöglich betreut und unterrichtet werden können. Dazu wurde spezielles altersgerechtes Lehrmaterial entwickelt und eigenes Förderpersonal eingestellt. Weitere mobile SprachberaterInnen sollen das Förderpersonal unterstützten, so können die Gruppen kleiner und der Unterricht effizienter gestaltet werden. Damit alle Kinder bei Volkschuleintritt die Unterrichtssprache Deutsch möglichst gut beherrschen und so dieselben Chancen für einen erfolgreichen Bildungsweg erhalten.

www.bmeia.gv.at/integration/

KOMMUNALBEDARF.AT

Die KOMMUNAL-Einkaufsplattform

KOMMUNAL-Kompetenz heißt: Sie treffen für Ihre Gemeinde die beste Wahl.

Die nächste Wahl kommt bestimmt. Deshalb entscheiden Sie sich jetzt für unsere praktische mobile Wahlkabine.

Damit haben Sie **im Handumdrehen 4 Wahlplätze – einen davon behindertengerecht und barrierefrei**.

Weitere Vorteile unseres Wahlhits:

- Zusammenklappbar, platzsparend
- Höchste Qualität
- Professionelle Optik
- Inklusive individuell bedruckbarem Vorhang
- Leicht und handlich zu transportieren

Im Handumdrehen **4 Wahlplätze** ✓

Wo KOMMUNAL-Kompetenz zu Hause ist.

www.kommunalbedarf.at

BAUERNFEIND

ÖSTERREICHISCHE QUALITÄTSROHRE

Ob für den Straßenbau, Regen-, Schmutz- und Mischwasserkanäle oder Hangentwässerung – Bauernfeind bietet alles aus einer Hand: Rohre, Dränagen und Formstücke.

Das PP-MEGA-Rohr und Drän, ein Doppelverbundwellrohr aus reinem Polypropylen ist von DN/ID 100 bis 1200 mm in SN8, SN12 und SN16 erhältlich.

Das Önorm EN 13476-3 zertifizierte Rohr ist durch das geringe Gewichte sehr einfach zu verlegen. Aufgrund des einheitlichen Muffensystems können selbst Rohre und Dränagen miteinander verbunden werden.

Die neueste Innovation von Bauernfeind, das **PP-GLATT-Rohr und PP-GLATT-Drän**, ein einschichtiges Vollwandrohr aus reinem Polypropylen, ist von DN/OD 110 – 630 mm in den Ringsteifigkeitsklassen SN8, SN12 und SN16 erhältlich. Das Önorm EN 1852-1 zertifizierte Rohre entspricht den „Richtlinien der Ausbildung und Instandhaltung von Tunnelentwässerungen" sowie den „österreichischen Güteanforderungen für Erzeugnisse im Siedlungswasserbau".

Bauernfeind bietet alles aus einer Hand: Rohre, Dränagen und Formstücke.

Es hält selbst sehr hohen Beanspruchungen wie z. B. im Tunnel- und Bahnbau stand und ist das qualitativ hochwertigste Rohr für den Kanalbau. Schächte, Großtankanlagen und Spezialformstücke fertigt Bauernfeind individuell nach den Wünschen der Kunden. Dabei sind Anzahl, Durchmesser sowie die Position der Zu- und Abläufe frei wählbar.

KONTAKT
Bauernfeind GmbH
4730 Waizenkirchen
Tel.: 07277/2598
office@bauernfeind.at
www.bauernfeind.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

BEST-2-TRUST-STUDIE

hollu erzielt Bestwerte beim Kundenvertrauen

Das Fachmagazin HGV Praxis befragte Entscheider aus Hotellerie, Gastronomie und der Gemeinschaftsverpflegung zum Thema Markenvertrauen. Die Kernfrage lautete: Wie vertrauenswürdig sind Anbieter in den Bereichen Catering, Mietwäsche, Reinigung & Hygiene sowie Cash & Carry? Das Ergebnis: Alle B2B-Anbieter erhielten gute Vertrauenswerte, doch der Bereich Reinigung und Hygiene ist von einer überdurchschnittlich hohen Vertrauensbasis geprägt. Mit dem ausgezeichneten Wert von 69,9 Prozent belegte hollu in der Kategorie Hygiene und Reinigung souverän den 1. Platz und verdiente sich so den Best2Trust Award 2015.

FOTO © Axel Schimmel

KONTAKT
hollu
Julius Holluschek GmbH
Salzstraße 6, 6170 Zirl
Telefon: 0800 / 100 76 10
www.hollu.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

BUCH-TIPP

Einführung in das EU-Recht

Dieses Kurzlehrbuch bietet eine Einführung in die rechtlichen Grundlagen der EU. Die Struktur, Institutionen und Rechtsprinzipien der EU werden kompakt und übersichtlich dargestellt. Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt wird auf Aspekte des EU-Rechts gelegt, die auch für Nichtjuristen interessant sind, wie Bürgerrechte, Entscheidungsprozesse und die vielfältigen Aktivitäten der EU im Rahmen der verschiedenen Politikfelder. Das Buch wendet sich vor allem an Studierende, die sich grundlegende Kenntnisse des EU-Rechts aneignen wollen, und an alle an der EU Interessierten

Von Christian Ranacher; Fritz Staudigl; Markus Frischhut, ISBN 9783825243739 facultas Verlag Wien Erhältlich auch via **www.utb-shop.de**

REFORM PRÄSENTIERT NEUES GERÄTETRÄGERMODELL MOUNTY 110 V

KRAFTVOLL UND UMWELT-FREUNDLICH ZUGLEICH

Mit dem neuen Mounty 110 V bietet REFORM einen Geräteträger für den Ganzjahreseinsatz in zahlreichen Bereichen.

Wirtschaftlichkeit, zunehmendes Umweltbewusstsein, Sicherheit und Bedienerfreundlichkeit – all dies sind Faktoren, die, unabhängig von der Branche, mehr denn je die Kaufentscheidung beeinflussen.

Für Landwirte, Kommunen und Lohnunternehmer bietet REFORM mit dem neuen Mounty 110 V samt den dazu passenden Anbaugeräten Lösungen für den Ganzjahreseinsatz in den Bereichen Grünflächenpflege und -bewirtschaftung, Straßenunterhalt und Arealpflege, Belade- und Transportarbeiten sowie Winterdiensteinsätze.

Umweltfreundlich. Die Emissionsstufe 3A ist Vergangenheit, aktuell sind Systeme wie Ladeluftkühlung, Abgasrückführung und Dieselpartikelfilter notwendig, um die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen.
Ein neuer umweltfreundlicher Motor der Abgasstufe 3B, mit noch mehr Motorleistung und mehr Drehmoment – hiermit wird künftig der neue Mounty 110 V beeindrucken.

Wendig. REFORM setzt beim Mounty 110 V weiterhin auf die bewährte Technik und die Besonderheiten dieses Fahrzeuges. Überragende Wendigkeit aufgrund der vier Lenkungsarten. Einmalig ist hierbei die Spiegelung des Hinterachseinschlagwinkels. Ganz einfach kann nach dem Wendemanöver die Hinterradstellung gespiegelt werden und mit demselben vordefinierten Einschlagwinkel geht's wieder retour am Hang.

Robust. Auf den ersten Blick nicht wirklich sichtbar, aber mit enorm positiver Auswirkung: die **stabile durchgehende Stahlrahmenkonstruktion** mit integriertem Front- und Heckhubwerk.
Hohe Festigkeit und Stabilität sind garantiert. Die Rahmenkonstruktion ermöglicht eine kompakte Bauweise, ideale Gewichtsverteilung und geringes Eigengewicht. Dadurch wird wiederum die Hangtauglichkeit erhöht. Ein sicheres Gefühl und komfortables Arbeiten im Steilhang gewährten der hydrostatische Fahrantrieb, das serienmäßige Inchpedal sowie der Hillholder.
Diese Rahmenbauweise ist besonders vorteilhaft bei Anwendungen, wo viel Kraft aufgewendet werden muss, z. B. beim Frontladerbetrieb oder beim Schneeräumen. Der Mounty ausgestattet mit Frontlader ist EINE Gerätekombination, welche in vielen Fällen Standardtraktor und Hoflader ersetzen kann.

Die Rahmenbauweise ist besonders vorteilhaft bei Anwendungen, wo viel Kraft aufgewendet werden muss z. B. beim Frontladerbetrieb oder beim Schneeräumen.

Neben den oben erwähnten Besonderheiten und den weiteren überzeugenden Merkmalen wie Seitenverschub am Fronthubwerk, Motordrehzahlregulierung bei Straßenfahrt, Schwingungsdämpfung front- und heckseitig wurden beim neuen Mounty 110 V noch ein paar zusätzliche Features eingearbeitet. Erhöhte Einsatztauglichkeit durch Steigerungen im Bereich der Lichtmaschine und beim Kaltstartstrom.

Nicht zuletzt zeigt sich der Mounty 110 V mit einem neuen Motorhaubendesign samt integriertem Tagfahrlicht.

Seien Sie gerüstet für Ihre Arbeiten im Frühling, Sommer, Herbst und Winter mit dem neuen Mounty 110 V.

MEHR INFOS
REFORM-WERKE
Bauer & Co Gesellschaft m.b.H
Haidestraße 40
4600 Wels

Tel.: 07462/232-0
info@reform.at

www.reform.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

DER FONDS GESUNDES ÖSTERREICH FÖRDERT GESUNDHEITSFÖRDERUNGSPROJEKTE IN GEMEINDEN

AUF GESUNDE NACHBARSCHAFT!

Funktionierende Nachbarschaften können viel zur Lebensqualität und zum Wohlbefinden beitragen. Dies wiederum wirkt sich positiv auf die (psychosoziale) Gesundheit aus. Nachbarschaften brauchen geeignete Rahmenbedingungen und manchmal auch einen Impuls oder etwas Unterstützung von außen, um richtig gedeihen zu können.

Die **Förderschiene „Gemeinsam gesund in …“** will Gemeinden und Städte dazu motivieren, mit einem Gesundheitsförderungsprojekt die Rahmenbedingungen für ein gutes nachbarschaftliches Zusammenleben zu verbessern.

Kofinanziert werden Projekte

- mit mehreren aufeinander abgestimmten Maßnahmen zum Thema „Auf gesunde Nachbarschaft!“
- mit dem Ziel, das Zusammenleben in der Gemeinde zu verbessern
- mit einer Laufzeit von 12 bis 24 Monaten.

Der FGÖ übernimmt 50 Prozent der Kosten. Die maximale Gesamtprojektkostensumme richtet sich nach der Einwohner/innenzahl.

Unter www.gesunde-nachbarschaft.at finden Sie vielzählige Projektbeispiele und weiterführende Informationen zur Förderschiene „Gemeinsam gesund in …“

Eine Hilfestellung für die Projektplanung bietet der Leitfaden für Gesundheitsförderung in Gemeinden, Stadtteilen und Regionen (Bestellung kostenfrei per Mail an fgoe@goeg.at).

Sie sind neugierig geworden?

Besuchen Sie uns in unserem **Nachbarschaftscafé** und erfahren Sie mehr über die Fördermöglichkeiten und Tätigkeiten des Fonds Gesundes Österreich:

- 65. Österreichischer Städtetag, 10. – 12.6., Wien
- 17. Österreichische Gesundheitsförderungskonferenz, 22. 6., Salzburg
- 62. Österreichischer Gemeindetag, 10. – 11.9., Wien

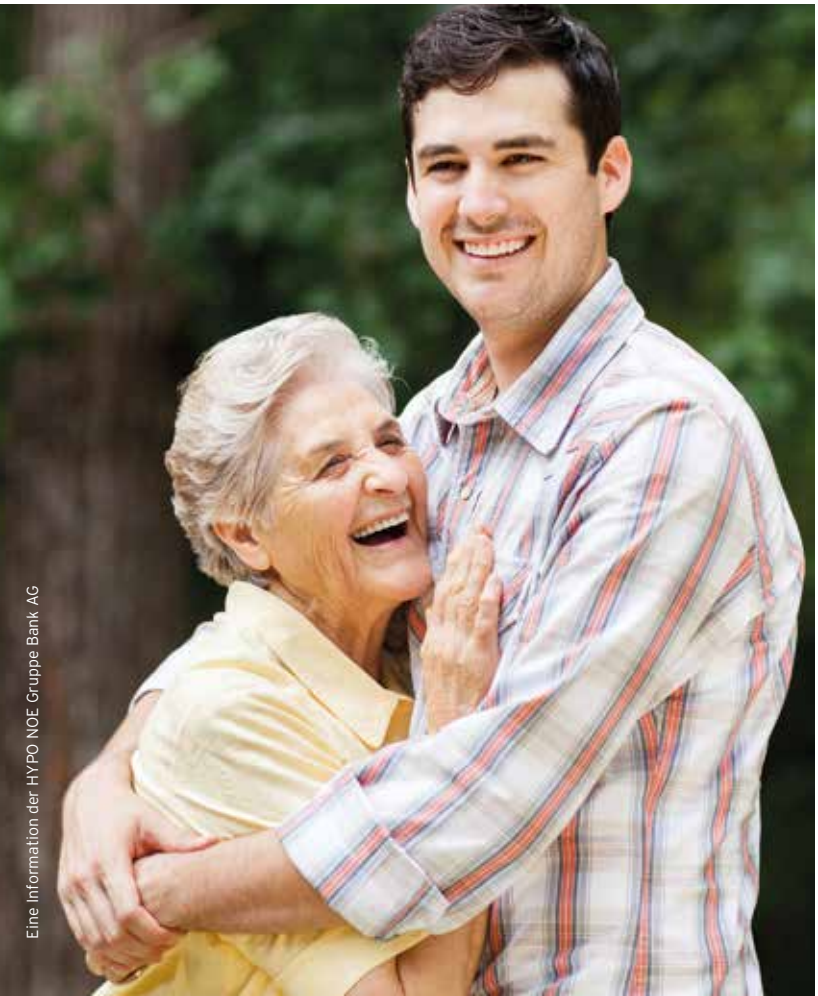
Auf gesunde Nachbarschaft!

Fonds Gesundes Österreich

KONTAKT
Gesundheit Österreich GmbH
Fonds Gesundes Österreich
Aspernbrückengasse 2,
1020 Wien

Anna Krappinger, MA
(Förderschiene „Gemeinsam gesund in!“)
anna.krappinger@goeg.at
www.fgoe.org
www.gesunde-nachbarschaft.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



Eine Information der HYPO NOE Gruppe Bank AG

www.hyponoe.at

WER VERSTEHT UNSERE KOMMUNALEN PROJEKTE? UND NICHT NUR BAHNHOF.
EINE BANK.

Feuerwehrhäuser. Amtshäuser. Festspielhäuser. Als Bank des Landes Niederösterreich sind wir der Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand. Weil wir wissen, was hinter Ihren Projekten steckt, sind Lösungen nach Maß für uns selbstverständlich. Unsere ganzheitliche Begleitung reicht von der Bedarfsanalyse bis zur professionellen Abwicklung und Umsetzung Ihres Projektes.

Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand informiert Sie gerne der **Leiter Public Finance, Wolfgang Viehauser, +43(0)5 90 910-1551, wolfgang.viehauser@hyponoe.at.**

Ihre HYPO NOE. Daheim, wo Sie es sind.

HYPO NOE
NIEDERÖSTERREICHS LANDESBANK

ENORME SICHERHEIT UND LANGE NUTZUNGSDAUER DURCH GEPRÜFTE QUALITÄT

ROHRSYSTEME IN TOP-QUALITÄT

Unter dem Motto „Starke Lebensadern für unser Land“ produziert Pipelife Austria Kunststoffrohrsysteme, die höchsten Anforderungen gerecht werden. Beste Performance kennzeichnet sämtliche Prozesse des Unternehmens.

Alle Rohrsysteme für den Bereich Siedlungswasserbau verfügen über Qualitätszeichen, welche die hohen Anforderungen der ÖGA (Österreichische Güteanforderungen für Erzeugnisse im Siedlungswasserbau) erfüllen: ÖVGW (Österreichische Vereinigung für das Gas- und Wasserfach) für den Trinkwasserbereich und GRIS (Güteschutzverband Rohre im Siedlungswasserbau) für den Trinkwasser- und Abwasserbereich.

Von den hohen Anforderungen an Produkt und Hersteller profitieren alle Beteiligten. Die Kombination der Bestimmungen ergibt eine einzigartige Sicherheit für Auftraggeber, Planer und Verleger. Die Produkte erfüllen höchste technische Ansprüche, die deutlich über bestehende Normen hinausgehen.

Guter Service und hohe Umweltstandards. Neben den technischen existieren auch umfangreiche kundenspezifische Anforderungen – wie Verfügbarkeit der Produkte, Kundenberatung, Baustellenbetreuung, Versicherungsnachweis, Qualitätsmanagementsystem, Materialrücknahme, Vertretung in Österreich sowie Entsorgung und Recycling.

Pipelife PP MASTER für den Kanal. Als Qualitätsprodukt schlechthin für den österreichischen Kanalbau gilt das Pipelife PP MASTER Mehrschicht-Vollwandrohr. Das bewährte 3-Schicht-System wird permanent weiterentwickelt – immer auch mit Rücksicht auf die Wünsche der Kunden.

GRIS-Gütezeichen: Erstprüfung – Fremdüberwachung – Eigenüberwachung. Das Pipelife PP MASTER System beispielsweise erfüllt die Anforderungen der ONR 20513 und die erhöhten Anforderungen der GRIS Gütevorschrift GV15. Um das GRIS-Gütezeichen zu erlangen, ist eine umfangreiche Erstprüfung zur Bestätigung der Konformität mit dem Regelwerk durch eine für die Prüfung von Kunststoffrohren akkreditierte Prüfstelle notwendig.
In der Folge finden zweimal jährlich Fremdüberwachungen durch Auditoren einer akkreditierten Prüfstelle im Werk statt.
Die Eigenüberwachung umfasst schließlich die regelmäßige Kontrolle durch die Qualitätssicherung und Prüfungen zur Freigabe einer Charge.

Pipelife Austria – 3-fach zertifiziert:
Vor rund einem Jahr wurde Pipelife Austria für 20 Jahre durchgängig erfolgreiche ISO 9001-Zertifizierung von Quality Austria als Qualitäts-Pionier ausgezeichnet. Damit ist der größte österreichische Kunststoffrohrhersteller in der Branche ein Vorreiter in puncto Qualitätsmanagement.
Mit der nunmehrigen Zertifizierung nach ISO 14001 (Umweltmanagement) und OHSAS 18001 (Sicherheit) beweist das Unternehmen, wie wichtig ihm auch die Bereiche Umwelt und Sicherheit sind. Aus dem Qualitätsmanagementsystem nach ISO 9001 wurde damit ein umfangreiches „Integriertes Managementsystem“.

IMAGE industry

Pipelife-Austria Geschäftsführer Karl Aigner: „Als verantwortungsvoller Partner der Gemeinden produzieren wir Rohrsysteme für Generationen in geprüfter Top-Qualität.“

Pipelife PP MASTER: Die bestmögliche Auslegung der Wandstärke lässt eine Nutzungsdauer von 100 Jahren und mehr – bei fachmännischer Planung und Verlegung – erwarten.

MEHR INFOS
Pipelife Austria GmbH & Co KG

- Tel. 02236/67 02- 0
- **office@pipelife.at**

www.pipelife.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

KOMMUNALE SOMMERGESPRÄCHE 2015

„**Ländlicher Raum** – Strategien, Herausforderungen“

Vom 22. bis 24. Juli finden im steirischen Bad Aussee die zehnten Kommunalen Sommergespräche statt. Sie stehen ganz im Zeichen „Ländlicher Raum – Strategien & Herausforderungen“.

Gemeinden werden sich künftig intensiver und professioneller um ihre Standortentwicklung kümmern müssen. Die schwierige wirtschaftliche Lage der Gemeinden des ländlichen Raumes macht eine zielorientierte Aktion von Ländern, Gemeinden und Regionen immer wichtiger. Daher ist es notwendig, die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums zu planen und sicherzustellen. Dazu gehören Unternehmensgründungen und Ansiedlungen, die Erhöhung der Gründungsfertilität, die Schaffung von kreativen unternehmerischen Milieus, die Sicherung der Entwicklung bestehender Betriebe und ein damit verbundenes professionelles Flächenmanagement.

Instrumente für eine erfolgreiche Standort- und Wirtschaftsentwicklung für Länder, Regionen und Kommunen sind gefragt. Um dieses Thema abzudecken, werden mehrere Schwerpunkte an diesen drei Tagen behandelt, unter anderem: Was gehört alles dazu, um ein Zusammenleben unter Berücksichtigung einer strategischen Planung des ländlichen Raums zu ermöglichen? Versorgung, Gesundheit, Lebenswelt ...

Moderiert werden die Sommergepräche von Hans Bürger, dem Innenpolitikchef des ORF.

Als Vortragende haben bereits der Präsident des Fiskalrates, Univ.-Prof. Dr. **Bernhard Felderer**, und der Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg, **Roger Kehle**, zugesagt.

Am 24. 7. findet dann die schon traditionelle politische Diskussion zum Thema „Was braucht der ländliche Raum?“ statt. Eine Spurensuche im ländlichen Raum, zu der unter anderem Familien- und Jugendministerin **Sophie Karmasin**, Tirols Landeshauptmann-Stellvertreterin **Ingrid Felipe** und der Politik- und Kommunikationswissenschaftler **Peter Filzmaier** diskutieren werden.

www.sommergespraeche.at

Ein Markenzeichen Österreichs:

ÖVGW GEPRÜFT

DIE ÖVGW ZERTIFIZIERUNG IN DER WASSERVERSORGUNG:

- Leitungs- und Rohrsysteme
- Armaturen
- UV Desinfektionsanlagen
- Messeinrichtungen
- Aufbereitungsgeräte

Sauberes Wasser.

ÖVGW
ÖSTERREICHISCHE VEREINIGUNG FÜR DAS GAS- UND WASSERFACH
www.ovgw.at

STEUER

Tracht als **Arbeitskleidung**?

Unter gewissen Voraussetzungen kann ein Dirndl bzw. ein Trachtenanzug abgesetzt werden, und zwar entweder als Betriebsausgabe oder Werbungskosten, wie die Steuerberatungskanzlei LBG Österreich in einem Newsletter vermeldet.

Nur typische Berufskleidung oder bloße Arbeitsschutzkleidung kann als Werbungskosten bzw. Betriebsausgaben berücksichtigt werden. Sie muss überwiegend beruflich verwendet werden (nicht ausschließlich). Unter Arbeitskleidung in diesem Sinn fallen, z. B. Uniformen und Arbeitsmäntel. Nicht dazu zählt Kleidung, die auch außerhalb der beruflichen Tätigkeit getragen wird, auch wenn die Kleidung tatsächlich nur während der Arbeitszeit getragen wird, oder wenn die Verwendung der Kleidungsstücke im Interesse des Arbeitgebers liegt oder diese Bekleidung angeordnet wird.

Aus diesen Gründen ist ein Dirndl grundsätzlich nicht als typische Berufskleidung anzusehen, außer es kommt ihm ein allgemein erkennbarer Uniformcharakter zu, sodass eine private Nutzung praktisch ausgeschlossen werden kann. Diesen Uniformcharakter hat ein Dirndl oder der Trachtenanzug dann, wenn eine Einheitskleidung im Betrieb getragen wird und der Mitarbeiter durch eine Aufschrift (und/oder die Art der Kleidung) somit eindeutig zum Hotel bzw. Gasthaus zugeordnet werden kann.

Mehr auf www.lbg.at/

Ein Dirndl ist grundsätzlich keine Berufskleidfung, es sei denn, es ist eine „Einheitskleidung" im Betrieb.

STARKER PARTNER MASCHINENRING

IM EINSATZ FÜR GEMEINDEN

Der Gemeindepartner Maschinenring steht für Leistung & Verlässlichkeit – 365 Tage im Jahr. Bereits jede dritte Gemeinde in Österreich vertraut auf die Profis vom Land. Ein neuer Folder gibt Überblick über das Angebot des Maschinenrings speziell für Kommunen.

Knappe Budgets, aber immer mehr Aufgaben, rechtliche Verpflichtungen und die hohen Erwartungen der Gemeindebürgerinnen und -bürger – Kommunen sind täglich mit einem herausfordernden Spannungsfeld konfrontiert. Geschicktes Handeln ist gefragt: Durch vorausschauende Planung und Auslagerung bestimmter Arbeiten an externe Partner können Gemeinden nicht nur Kosten senken, sondern sparen sich auch die Anschaffung und Wartung von Gerätschaften und sind zudem bei Haftungsfragen auf der sicheren Seite. Der Maschinenring unterstützt Gemeinden seit mehr als 20 Jahren mit einer breiten Palette an Dienstleistungen.

Service und Personal für Gemeinden. Im Servicebereich bietet der Maschinenring Leistungen wie Grünraum-, Baumpflege oder Winterdienst an. Dabei kümmern sich Landwirte aus der Region um die kommunalen Außenräume; die notwendigen Geräte und Maschinen bringen sie gleich mit. „Damit bleibt auch die Wertschöpfung in der Region und die Gemeinden haben einige Sorgen weniger", erklärt Maschinenring-Vertriebsleiter Günter Wohlgenannt.

Für saisonale Arbeitsspitzen, Urlaubs- oder Karenzvertretungen bietet Maschinenring-Personal Gemeinden maßgeschneiderte Lösungen. Landwirte oder Fachkräfte unterstützen den Bauhof oder

Im Servicebereich bietet der Maschinenring Leistungen wie Grünraum-, Baumpflege oder Winterdienst an.

Franz Karlhuber, Bürgermeister von Wartberg an der Krems: „Wir beziehen Personal vom Maschinenring in unsere Planungen ein. Mit den Arbeitskräften aus der Region bleiben wir flexibel und können ohne großen bürokratischen Aufwand Arbeitsspitzen abdecken."

das Gemeindebüro, flexibel und zuverlässig. „Wir beziehen Personal vom Maschinenring – manchmal sehr kurzfristig – in unsere Planungen ein. Mit den Arbeitskräften aus der Region bleiben wir flexibel und können ohne großen bürokratischen Aufwand Arbeitsspitzen abdecken", so Franz Karlhuber, Bürgermeister von Wartberg an der Krems, über die Vorteile.

Auf der sicheren Seite: Wildbachmanagement und Baummonitoring vom Maschinenring. Unfälle und Naturkatastrophen haben dazu geführt, dass Gemeinden in punkto Sorgfaltspflicht stärker gefordert sind als früher. Doch oft mangelt es an fachlich versiertem Personal oder an den nötigen Ressourcen, um für die Sicherheit von Bäumen und Gewässern zu sorgen. Der Maschinenring bietet Gemeinden proaktives Wildbachmanagement an: Fachleute begehen Bäche und Flüsse und setzen im Bedarfsfall die notwendigen Maßnahmen, um Verklausungen zu verhindern. Damit werden auch Haftungsfragen hintangehalten. Auch Baummonitoring erfordert ausgebildete Fachkräfte, die in einer Gemeinde aber nicht ganzjährig beschäftigt werden müssen: Profis vom Maschinenring sorgen für Erfassung und Analyse des gemeindeeigenen Baumbestandes, führen Pflegemaßnahmen und regelmäßige Kontrollen durch.

BROSCHÜRE
Einen Überblick über das gesamte Angebot des Maschinenrings für Gemeinden bietet die neue Broschüre „Kommunale Dienstleistungen". Sie kann gratis unter **gemeinden@maschinenring.at** angefordert werden.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Bestens ausge*STADT*et: **Spielgeräte und Spielanlagen**
Wir führen das umfangreiche Angebot von HAGS und anderen Herstellern
Stausberg Stadtmöbel GmbH | 4531 Kematen a. d. Krems | Telefon +43 (0)7258/5711

STAUSBERG
STADTMÖBEL

GROSSES KUNDENINTERESSE BEI DER MAWEV SHOW 2015

NEUE MASCHINEN FÜR DEN EINSATZ IN DER GEMEINDE

Die Zeppelin Österreich GmbH und Zeppelin Rental Österreich GmbH konnten auf der Mawev-Show 2015 in Enns ein umfangreiches Produktprogramm auf dem 3500 m² großen Messestandplatz präsentieren.

Viele Innovationen und zwei neue Marken waren zu bestaunen: Thwaites mit ihren Allrad-Dumpern und Schäffer mit den Bau-Radladern, die seit März exklusiv von Zeppelin Österreich GmbH vertrieben werden. Das große Sortiment konnte von den Messebesuchern vor Ort besichtigt werden.

Aber nicht nur die neuen Produkte fanden großes Interesse, auch bei Caterpillar gab es viele neue Innovationen zu bestaunen. So etwa die Hydraulikbagger E-Serie in der 20- bis 24-Tonnen-Gewichtsklasse, der 336F-Bagger, welcher auch als Hybridvariante verfügbar ist, sowie die neue Radlader M-Serie.
Auf dem Vorführgelände führten professionelle Caterpillar-Fahrer vor, wie sich der Cat-Radlader 966M, der Muldenkipper 730C und der Hydraulikbagger 320E LRR im Einsatz auf engstem Raum bewegen lassen.
Auch Messebesucher mit speziellen Sicherheitspässen konnten die Geräte probieren und bewegen.

Weiters konnten sich die Besucher von den vielfältigen Mietlösungen für Bauprojekte aller Art und den Produkt-Highlights aus den Bereichen Strom, Beleuchtung, Verdichtung, Höhenzugang, Transport und vielem mehr von der Zeppelin Rental Österreich GmbH überzeugen. Modernste Geräte wie beispielweise die Flutlichtanlage HT PK07-LED mit leistungsstarker energiesparender LED-Technik und den praktischen Powermoon Slider sowie eine Auswahl an Bauaufzügen mit verschiedenen Traglasten und Lastbühnenabmessungen wurden gezeigt. Auch verschiedenste Bodenverdichter, Flutlichtanlagen, Stromerzeuger, Kompressoren, Fugenschneider, Förderbänder bis hin zu Lufterhitzern, Bautrocknern und Pumpen fanden sich im präsentierten Mietangebot.

MEHR INFOS

www.zeppelin-cat.at

Auf der Zeppelin Österreich GmbH-Ausstellungsfläche wurde ein umfangreiches Produktprogramm präsentiert.

Die neuen Marken Schäffer und Thwaites fanden großen Anklang.

Die Zeppelin Österreich GmbH
Die Zeppelin Österreich GmbH ist seit 1947 in Österreich der exklusive Vertriebs- und Servicepartner von Caterpillar Inc., dem weltgrößten Hersteller von Baumaschinen. Mit über 240 Mitarbeitern und einem 2013 erwirtschafteten Umsatz von 83,4 Millionen Euro ist die Zeppelin Österreich GmbH eine erfolgreiche Gesellschaft des Zeppelin-Konzerns. Zum Produktportfolio zählen neben dem Vertrieb von neuen und gebrauchten Caterpillar-Baumaschinen und Motoren der Service, welcher österreichweit flächendeckend in fünf Niederlassungen erfolgt, die Beratung und die Finanzierung der Geräte. Die Zentrale und der juristische Sitz der Zeppelin Österreich GmbH befinden sich in Fischamend bei Wien.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

KOMMENTAR

RUDI MAISRIML: SCHRITT FÜR SCHRITT ZUR BARRIEREFREIHEIT

FOTO © ÖZIV

Tipp: **Zugänglichkeit** von Gebäuden

Die schönste Behindertentoilette im Gemeindeamt ist sinnlos, wenn das Gebäude nicht für RollstuhlfahrerInnen zugänglich ist. Was wie ein Schildbürgerstreich klingt, kommt leider relativ häufig vor. Bevor Sie also zu überlegen beginnen, welche Maßnahmen Sie IN einem Gebäude setzen wollen, sollten Sie sich über die Zugänglichkeit Gedanken machen.

Da sind zum ersten häufig Stufen, die für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und ganz besonders für Rollstuhlfahrer unüberwindlich sind. Ist der Höhenunterscheid zwischen Gehsteig und Eingang gering, kann hier eine Rampe beste Dienste leisten. Die Neigung sollte jedoch maximal sechs Prozent betragen, da sie ein Rollifahrer sonst nicht ohne fremde Hilfe bewältigen kann. Ist es nicht möglich, eine Rampe zu legen, muss ein Plattformlift installiert werden. Bedenken Sie: das Gemeindeamt ist ein öffentliches Gebäude und verschiedene darin befindliche Einrichtungen wie das Meldeamt müssen FÜR ALLE Menschen zugänglich sein. So sieht es das Gesetz vor.

Ein weiterer Ausschließungsgrund sind schwergängige Türen, die von Menschen im Rollstuhl oder mit Krücken nicht geöffnet werden können. Automatische Schiebetüren sind hier die beste Alternative. Wenn das baulich nicht möglich ist, sollte zumindest eine Klingel vorhanden sein, damit man jemanden zur Unterstützung rufen kann. Dasselbe gilt bei der Überwindung steilerer Rampen. Auch hier muss geschultes Personal zur Stelle sein, wenn jemand Hilfe benötigt.

Und noch ein ganz wichtiger Tipp: Respektieren Sie behinderte Menschen als ExpertInnen in eigener Sache! Wenn Sie Barrierefreiheit ernst nehmen und in Ihrer Gemeinde leben wollen, fragen Sie die Betroffenen um ihre Meinung. Sie werden erstaunt sein, wie viele gute Tipps Sie von ihnen bekommen werden.

rudi.maisriml@oeziv.org
Rudi Maisriml ist Experte für Barrierefreiheit beim ÖZIV – Interessensvertretung für Menschen mit Behinderung

IHR KOMPETENTER PARTNER ZUM THEMA ASYLBEWERBERUNTERKÜNFTE

CTX CONTAINEX

Der führende Anbieter für mobile Raumsysteme!

Kindergarten mit attraktiver Außenverkleidung

Asylbewerberunterkunft

Schule zweistöckig mit Sekundärdach

Ihre Vorteile:
- Spezielle Ausstattungen für Asylbewerberunterkünfte
- Flexible Raumlösungen für Kindergärten/Schulen
- Attraktives Preis-Leistungsverhältnis
- Beratung vor Ort

Das Produktprogramm:
- Bürocontainer
- Sanitärcontainer
- Lagercontainer

Kontaktieren Sie uns
Telefon: +43 2236 601-0 • E-Mail: ctx@containex.com
www.containex.com

RAUM sofort CONTAINEX www.containex.com

INNOVATIVE LÖSUNGEN DER POST FÜR HÖCHSTE WAHLBETEILIGUNG

WAHLEN EFFIZIENT ORGANISIEREN

Von einer effizient organisierten und durchgeführten Wahl profitieren Sie genauso wie Ihre Wählerinnen und Wähler.

Neben dem bewährten Selfmailer, dem Wahlservice über das lokale Melderegister oder unterstützende Kommunikation mittels KUVERT gibt es jetzt neu die Versandart Regionalmedium Wahlen und den Zusatzservice Track & Trace.

Die Post bietet Ihnen eine Vielzahl an Services, um Sie rund um den Wahltag zu unterstützen. Neben dem bewährten Selfmailer, dem Wahlservice über das lokale Melderegister oder ergänzender Kommunikation mittels KUVERT gibt es jetzt neu die Versandart Regionalmedium Wahlen und den Zusatzservice Track & Trace.

Das KUVERT informiert zur Wahl. Der Zugang zum Thema Wahl soll für Ihre Wähler so einfach wie möglich sein. Als unterstützende Kommunikationsmaßnahme eignet sich daher das KUVERT, der Werbeumschlag der Post. Hier nutzen Sie ein reichweitenstarkes und erfolgreiches Werbemedium, welches auch regional eingesetzt werden kann, zur Information und Bewerbung.

Regionalmedium Wahlen. Nutzen Sie jetzt als Wahlwerber oder politische Partei die Freimachungsart „Regionalmedium Wahlen". Ihre Sendung wird innerhalb von drei Werktagen an alle Haushalte eines bestimmten geografischen Empfängerkreises versandt. Mit „Regionalmedium Wahlen" können auch Adressaten erreicht werden, die auf Werbung verzichten.

Track & Trace. Sie wollen genau wissen, wo sich Ihre Sendung gerade befindet und ob sie bereits vom Empfänger angenommen wurde? Dafür bietet Ihnen die Post den Zusatzservice Track & Trace. Bisher konnten lediglich einzelne Sendungen auf www.post.at abgefragt werden. Im neuen, erweiterten Service erhalten Sie eine CSV-Datei mit detaillierten Statusinformationen zu jeder Sendung. So sparen Sie nicht nur Zeit dank der einfacheren Handhabung, Sie haben auch alle relevanten Informationen zu Ihren eingeschriebenen Sendungen auf einen Blick und können so Bürgern jederzeit exakte Auskunft über den Status ihrer Sendung geben. Darüber hinaus ist eine automatische Integration in Ihre Systeme, dank der CSV-Datei, möglich.

Der Selfmailer – Mailing-Lösung für maximalen Response. Im Faltmailing können wichtige allgemeine Informationen rund um die Wahl sowie ein bis zwei Anforderungskarten für die Wahlkarten enthalten sein – am besten schon auf den Empfänger personalisiert und voradressiert. Dieser Selfmailer wird als „Amtliche Mitteilung", je nach Bedarf sowohl adressiert als auch unadressiert, versandt. Der Bürger muss nur mehr die Anforderungskarte ausfüllen und an seine Gemeinde/sein Bezirksamt zurücksenden, wo der Antrag umgehend bearbeitet wird.
Dieses variable Marketing- und Informationsinstrument bietet Ihnen folgende Vorteile:

- Aussagekräftig
- Aktivierend und motivierend
- Aufforderung zur Wahl
- Voradressierte Antwortkarte

WEITERE INFOS
Österreichische Post AG
Haidingergasse 1
1030 Wien
Business-Hotline:
0800 212 212

www.post.at/geschaeftlich

www.post.at/wahlservices

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

GIS GEBÜHREN INFO SERVICE

GIS-FORMULARE IM GEMEINDEAMT

Der GIS-Aufsteller mit den Gebühren-Formularen befindet sich auf den Gemeindeämtern.

In den meisten Gemeinden und den Wiener Bezirksämtern sind die Formulare der GIS Gebühren Info Service GmbH, die für die Einhebung der Rundfunkgebühren verantwortlich ist, erhältlich. Ein Service, der von vielen Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen wird und auf der Service-Linie der Ämter liegt, erste Anlaufstelle für Bürgeranliegen zu sein. Der GIS-Aufsteller mit den Formularen in den Amtsräumlichkeiten erspart dem Bürger also einen Weg und somit Zeit. Die von den Gemeinden in dankenswerter Weise eingeräumte – und vom Österreichischen Gemeindebund unterstützte – Serviceleistung bezieht sich ausschließlich auf die Auflage der Formulare, damit für die Bürgerinnen und Bürger ein einfacher Zugang zu den Vordrucken ermöglicht wird. Keinesfalls soll den Gemeinden ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand für individuelle Beratungsleistungen entstehen.

Denn dafür steht die GIS zur Verfügung – mit ihrem Internet-Auftritt (**www.gis.at**), einer Service-Hotline (0810 00 10 80), einer E-Mail-Kontaktadresse (**kundenservice@gis.at**), bzw. der Postadresse (Postfach 1000, 1051 Wien) sowie dem Servicezentrum in Wien. Auch ist nicht vorgesehen, dass die Gemeinde für die BürgerInnen die Formulare entgegennimmt. Mit den Rückversandkuverts in den GIS-Aufstellern können Anträge und Formulare bequem von den Bürgern an die GIS gesendet werden.

KONTAKT
GIS Gebühren Info Service GmbH.
Dr. Herbert Denk,
Ltg. Marketing
Tel.: 05 0200 – 147
Herbert.denk@gis.at
www.gis.at

GIS GEBÜHREN INFO SERVICE

„Grünstattgrau", der Verband für Bauwerksbegrünung, betreibt eine Versuchsanlage mit 72 Versuchsparzellen.

Wie sich Dachbegrünungen auch im sozialen Wohnbau rechnen

Dachbegrünungen leisten mehr als man denkt und kosten weniger als man vermutet. Der vermeintlich sorgsame Umgang mit Steuergeldern oder die Ansicht, dass Dachbegrünungen nicht notwendiger Luxus sind, werden oftmals als Argumente gegen Dachbegrünungen benutzt. „Die Realität ist, dass begrünte Dächer gesamt gesehen keineswegs teurer sind als beispielsweise Kiesdächer. Nicht nur hinsichtlich Lebensqualität der Menschen leisten sie enorm viel und helfen sogar mittel- bis langfristig kommunales Geld zu sparen", erklärt Ing. Gerold Steinbauer, Vorstandsvorsitzender des Verbands für Bauwerksbegrünung (VfB). Spät aber doch haben viele inernationale Stadtväter ihr Versäumnis, für mehr Grünflächen in der Stadt zu sorgen, erkannt und schreiben nun oft per Verordnung Gründächer bei allen Neubauten auf Flachdächern vor.

Positive kommunale Baubeispiele, wie der Umbau des 400 m² großen Kiesdaches des Amtsgebäudes der Wiener Umweltschutzabeteilung (MA22) in ein Gründach, zeugen von ökologischer, sozialer und ökonomischer Weitsicht, die für ganz Österreich und auch den sozialen Wohnbau maßgebend sein sollte.
www.gruenstattgrau.at

Rekordergebnis bei Betriebsansiedlungen

Die zum Wirtschaftsministerium ressortierende Betriebsansiedlungsagentur ABA-Invest in Austria konnte 2014 gemeinsam mit den Regionalgesellschaften 276 neue internationale Unternehmen in Österreich ansiedeln. „Das ist ein Plus von mehr als 21 Prozent und stellt das bisher beste Ergebnis in der 33-jährigen Firmengeschichte dar", teilte ABA-Eigentümervertreter Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner mit. Dadurch ist die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze gegenüber dem Vorjahr um 79 Prozent auf 2645 gestiegen.Mehr Infos unter: **www.bmwfw.gv.at**

Staatssekretär Harald Mahrer und ABA-Geschäftsführer René Siegl präsentieren die Sujets der neuen Marketingkampagne „Forschungsplatz Österreich".

„Wir wollen, dass künftig noch mehr **Wege mit dem Fahrrad** zurückgelegt werden."

Alois Stöger,
Minister für Verkehr, Innovation und Technologie

7,600.000

Fahrräder gab es nach Zahlen der Statistik Austria 2010 in Österreich.

80 %

der Haushalte in Gemeinden unter 10.000 Einwohner verfügen über ein Fahrrad, in Wien sind es lediglich 61 Prozent der Haushalte.

RADVERKEHR IN ALLER KÜRZE

2,2 Milliarden

Kilometer haben Österreichs Radler und Radlerinnen im Jahr 2011 zurückgelegt. Mit der Strecke haben sie es rund 55.000mal rund um die Erde geschafft.
Es entspricht weiters rund 180 Millionen Liter Treibstoff oder 440.000 Tonnen CO_2.

RADFAHREN

Wohin mit dem Drahtesel? Stellplätze auf engstem Raum

Das Fahrrad als Fortbewegungsmittel ist günstig, schont die Umwelt und ist oft die klügere Wahl, um schnell und direkt ans Ziel zu kommen. Längst ist Fahrradfahren nicht mehr nur eine Sportart, sondern eine praktische Alternative für Auto oder Bus und zeugt von gesundem Lebensstil und ökologischem Bewusstsein. Mit der wachsenden Zahl an Fahrrädern steigt jedoch auch der Bedarf an Stellplätzen: in Innenstädten, an Bahnhöfen, Schulen oder Büro- und Geschäftshäusern. Mit ihrem intelligenten Fahrrad-Parkhaus bietet die Otto Wöhr GmbH jetzt eine Lösung, die raumsparend dafür sorgt, dass Fahrräder diebstahlsicher verstaut werden können.

Vor allem an Plätzen, wo viele Fahrräder abgestellt werden, wie es zum Beispiel an Bahnhöfen, Schulen, Sportarenen oder großen Geschäftshäusern der Fall ist, sind neue Lösungen gefragt, denn häufig ist nicht genügend Raum verfügbar. Die Otto Wöhr GmbH hat sich jetzt des Themas angenommen. Die neue Technologie, welche im Jänner erstmals auf der Weltleitmesse Bau 2015 präsentiert wurde, heißt Wöhr Cycle und bietet Städten, Gemeinden und privaten Bauherren eine intelligente Lösung des Platzproblems.

Mehr Information unter:
www.woehr.de

9. – 11. SEPTEMBER: KOMMUNALMESSE UND GEMEINDETAG

ANMELDUNGEN AUF VOLLEN TOUREN

Seit März laufen die Anmeldungen zum 62. Österreichischen Gemeindetag mit der Kommunalmesse auf vollen Touren. Deutlich mehr als 2000 Bürgermeister und Gemeindemadatare werden erwartet.

Das Motto des Gemeindetages lautet „Gesunde Gemeinde – lebenswerte Zukunft“ und bezieht sich auf gesunde Finanzen. Aber auch auf Fragen der staatlichen Aufgabenverteilung und Mittelverwendung werden Antworten gesucht. Die Entwicklung der Verhandlungen rund um das kommunale Rechungswesen und den kommenden Finanzausgleich und die Auswirkungen der Steuerreform sind weitere Themen des Gemeindetages und vor allem der Fachtagung am Donnerstag. Und dementsprechend hochkarätig ist diese Fachtagung besetzt. So haben Finanzminister Dr. **Hans Jörg Schelling** und Univ.-Prof. Dr. **Gottfried Haber**, Leiter des Forschungsbereichs Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Donau-Uni Krems, sowie Politikforscher Prof. **Peter Filzmaier** die Teilnahme zugesagt. Wiens Vizebürgermeisterin **Renate Brauner** wird erwartet*. Sie alle werden auf dem Podium mit Gemeindebund-Präsident Prof. **Helmut Mödlhammer** und den anderen Teilnehmern der Fachtagung diskutieren.

Weit mehr als 2000 GemeindevertreterInnen werden am Gemeindetag und zur Kommunalmesse erwartet. Bei diesem fulminanten Startprogramm ist eines jetzt schon klar: „First come, first serve“ – wer sich zuerst anmeldet hat die größere Auswahl, denn die Platzauswahl ist nicht unendlich. Die Kombination Kommunalmesse und Gemeindetag hat sich schon in den vergangenen Jahren als sehr gut erwiesen, da eine geballte Präsentation an kommunaler Präsenz vorhanden ist – von den kommunalen Unternehmen einerseits bis hin zu den inhaltlichen Schwerpunkten, die die Gemeinden bewegen. Nicht zuletzt wegen der engen Verbindung zwischen Gemeinden und Wirtschaft eröffnet Gemeindebund-Chef Mödlhammer gemeinsam mit WKO-Präsident Dr. Christoph Leitl und Wiens Bürgermeister und Präsident des Österreichischen Städtebundes, Bgm. Dr. Michael Häupl, den Gemeindetag offiziell auf der Kommunalmesse. Im Anschluss findet der erste von mehreren Messerundgängen der prominenten Teilnehmer statt.

Am Donnerstagabend folgt dann traditionellerweise ein Galadinner mit Programm, bei dem sich die Bundeshauptstadt den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern präsentieren wird. Musikalisch wird für alles gesorgt sein, die Auswahl reicht vom Wiener Kabarett bis zu musikalischen Gustostückerln aus den Bundesländern – vorgetragen von der Wiener Gardemusik.

Die Haupttagung am Freitag steht ganz im

> „Was Fragen der Steuerstruktur betrifft, ist man noch sehr konventionell geblieben. Da bleibt noch **viel Raum für zukünftige Reformen.**“
>
> **Gottfried Haber,** Leiter des Forschungsbereichs Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Donau-Uni Krems

* Stand der Zusagen 9. April, Alle Daten und teilnehmende Personen können sich noch ändern.

Der 62. Österreichische Gemeindetag und die Kommunalmesse 2015 finden auf dem Gelände der Wiener Messe im Wiener Prater statt.

„Die Kommunalmesse ist eine **Netzwerk- und Informationsveranstaltung.**“

Michael Zimper, Geschäftsführer des Kommunalverlags

Zeichen der lebenswerten Zukunft von Gemeinden im Spiegel der Entwicklungen in den Bereichen Finanzausgleich, Steuerreform und Haushaltsrechtsreform. Und wie jedes Jahr seit seinem Amtsantritt wird Bundespräsident **Heinz Fischer** auch heuer wieder Gast bei der Festveranstaltung sein. Und auch heuer wieder wird er die KOMMUNALMESSE besuchen. Vizekanzler **Reinhold Mitterlehner**, der die Festrede hält, wird sich – als ressortzuständiger Wirtschaftsminister – nach der Festveranstaltung ebenfalls bei einem Rundgang ein Bild vom breiten Angebot der Wirtschaft für die Gemeinden machen.

Die bislang größte KOMMUNALMESSE der Geschichte startet bereits am Mittwoch, 9. September mit dem KOMMUNAL Zukunftsforum. Ein Schwerpunkt soll auf der Entwicklung der Verwaltung liegen, weshalb nicht nur Bürgermeister, sondern auch Amtsleiter und Amtsleiterinnen angesprochen sind. Veranstalter und Chef des Kommunalverlags **Michael Zimper**: „Die Digitalisierung bringt in vielen Bereichen Erleichterungen für die Verwaltung, gleichzeitig ändern sich dadurch auch viele gewohnte Abläufe.“

Mit einer Ausstellungsfläche von 14.000 m² ist die heurige KOMMUNALMESSE die größte, »

Das sagen die Aussteller

Stephan Porth, Vertriebsleiter der H&G Entsorgungssysteme GmbH
„Wir freuen uns, in diesem Jahr zum ersten Mal unsere Unterflursysteme zur Wertstoff- und Abfallentsorgung auf der KOMMUNALMESSE dem österreichischen Fachpublikum vorstellen zu können. Wie man in der Stadt Salzburg sieht, mit der wir bereits seit zwei Jahren zusammenarbeiten, bietet unser Unterflur-Sammelbehältersystem eine zukunftsorientierte Möglichkeit der unterirdischen Abfall- und Wertstoffsammlung, die für ein sauberes und ordentliches Stadtbild sorgt. Zusätzlich lassen sich durch die großvolumigen Sammelbehälter und die dadurch seltener nötigen Entleerungsvorgänge Betriebskosten sowie CO_2-Emissionen reduzieren. Die KOMMUNALMESSE bietet das geeignete Forum, um den Entscheidern österreichischer Kommunen unsere vielfach erprobten Lösungen präsentieren zu können.“

Das sagen die Aussteller

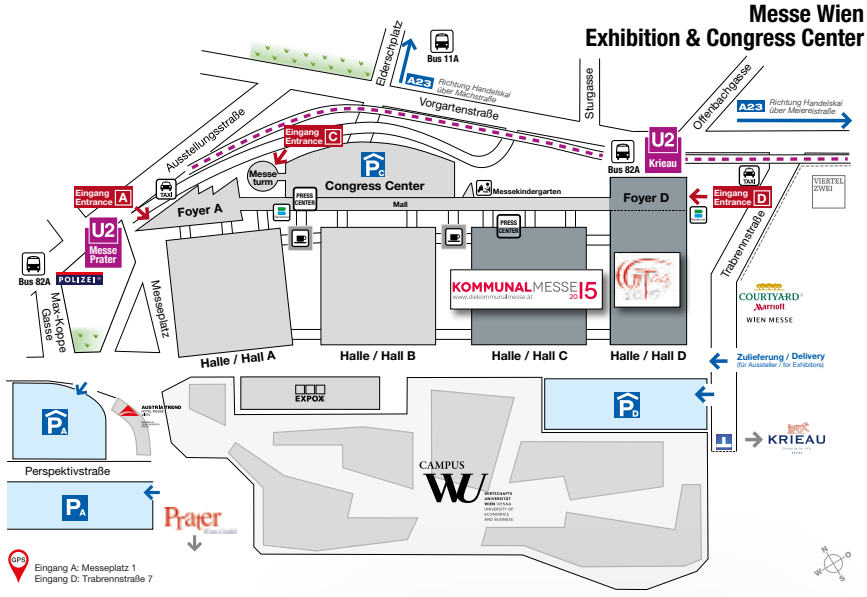
Johannes Mirwald, Director Commercial Business, Dyson Austria GmbH

„Die Kommunen sind für uns wichtige Partner, denen wir Lösungen präsentieren wollen, die diese bisher oft nicht im Fokus hatten.
Als innovative Firma und Technologieführer bieten wir Produkte an, die den Gemeinden helfen können, ihre Aufgaben wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig zu erfüllen. Für uns sind die Kommunen auch deshalb eine wichtige Zielgruppe, weil wir über die Gemeinde auch Schulen und Kindergärten ansprechen und sie für unsere Produkte begeistern können."

Stefan Maix, Vorstandsvorsitzender Salinen Austria AG

„Die Salinen Austria AG ist ein traditioneller und verlässlicher Partner für alle Kommunalverbände. Für uns als Streumittelanbieter bietet sich auf der Kommunalmesse die ideale Gelegenheit, uns mit Kunden auszutauschen und natürlich auch die speziellen Produkte für die Gemeinden zu präsentieren.
Wir werden den Messebesuchern unser Kernprodukt im Winterdienst, das Auftausalz DEFROST, präsentieren. Zudem wollen wir heuer auf unsere Vielfalt hinweisen. Erstmalig präsentieren wir unseren Bestseller im kleinverpackten Speisesalzbereich, die wohl bekannteste Speisesalzmarke Österreichs: Bad Ischler.
Wie auch die Gemeindeverbände blickt die Salinen Austria AG auf eine lange Tradition zurück. Auch wir legen großen Wert darauf, dass die Wertschöpfung im Land bleibt. Es gibt also einige interessante Parallelen, die uns mit den Gemeinden verbinden."

FOTO: Saline©MirjaGeh



In den Hallen C (Kommunalmesse) und D (Gemeindetag) der Wiener Messen geht der größte kommunalpolitische Event des Jahres 2015 über die Bühne.

LINKS ZUM THEMA

www.gemeindetag.at
www.gemeindebund.at

Auf den Seiten des Gemeindebundes sind nicht nur Programmdetails zu finden, auch ein Link zur Anmeldung und mehr Infos sind hier angeführt.

www.kommunalmesse.at
Hier finden Sie alle Infos und Unterlagen für einen perfekten Messeauftritt.

KOMMUNALMESSE 2015
www.diekommunalmesse.at

die bisher jemals in Österreich stattgefunden hat. Die Aussteller decken das gesamte Spektrum kommunaler Aufgaben und Dienstleistungen ab. Das Angebot geht von der Abfallwirtschaft über Wasser- und Kanaltechnik bis hin zu IT-, E-Government- und Bankdienstleistungen. Kommunale Entscheidungsträger finden vor Ort alle Informationen, die sie für ihre tägliche Arbeit brauchen, und knüpfen wertvolle Kontakte untereinander und mit der Wirtschaft. Kontakte, die sie brauchen, da sie in ihrer täglichen Arbeit unser Zuhause entscheidend mitgestalten. Wie ist das Ortsbild geprägt? Wie sieht die Energieversorgung aus? Wie und wo werden Straßen, Plätze und Parks angelegt? All diese Entscheidungen haben Einfluss auf unsere Lebensqualität und unsere Zukunft. Um beides zu gestalten, brauchen die Gemeinden Partner, die sie mit innovativen Ideen unterstützen. Die Kommunalmesse ist die unverzichtbare Drehscheibe für Ideen und Lösungen aus der Wirtschaft für Gemeinden. Die kommunalen Entscheider informieren sich auf der Messe über Produkte und Dienstleistungen, die ihre Gemeinde fit für die Zukunft machen.

KOMMUNALMESSE 2015

www.diekommunalmesse.at

9.-11. September 2015, Messe Wien, Halle C

Im Rahmen des 62. Österreichischen Gemeindetages

Jetzt informieren!
www.diekommunalmesse.at

LEBENSRÄUME SCHAFFEN
ZUKUNFT GESTALTEN

- 14.000 m² Ausstellungsfläche
- mehr als 150 Aussteller aus allen Branchen
- Partner und Experten für erfolgreiche Kommunalprojekte
- Hoher Praxisbezug

IMPULS 2015
Best-Practice-Gemeinden auf die Bühne!
Seite 68

BÜRGERMEISTERTAG
„Probleme lösen, die man alleine nicht hätte“
Seite 71

DER MENSCH HINTER DEM BÜRGERMEISTER

„ICH HAB’ MIR **DIESEN JOB** AUSGESUCHT“

Reinhard Reisinger, Bürgermeister von Spital/Semmering, über den Grund, warum er nach mehr als 25 Jahren noch immer gerne Bürgermeister ist und warum ihn „seine“ Bevölkerung bei der vergangenen Gemeinderatswahl mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet hat.

Wie sieht ein normaler Arbeitstag bei Ihnen aus?
Ich bin ja auch Gemeindebediensteter und zuständig für Meldeamt, Standesamt, Staatsbürgerschaft, EDV-Administrator und – wie in einer kleinen Gemeinde fast üblich – Mädchen für alles. Mein Dienst beginnt um 7.00 Uhr früh und dauert meist bis rund 9.00/10.00 Uhr abends.

Was bedeutet ein erfülltes Leben für Sie?
Ich hab' mir diesen Job ausgesucht. Ich mache das gerne, weil sonst ich nicht seit 25 Jahren Bürgermeister in Spital wäre. Und ich bin seit fast 35 Jahren Schriftführer und Rennsekretär beim Sportverein und kümmere mich im Winter um die Zeitnehmung bei den Rennen. Ich war früher recht sportlich als Schirennläufer – und das ist mein Hobby, das ich nicht aufgeben will.

Was bedeutet Familie für Sie?
Die Familie ist irrsinnig wichtig. Aber durch meinen Beruf hat sie in den vergangenen 25 Jahren viel auf mich verzichten müssen. Die Erziehung meiner Tochter hat beispielsweise fast gänzlich meine Frau übernommen. Und Gott sei Dank habe ich eine so verständnisvolle Frau.

Was ist Ihre prägendste Erinnerung?
1990 – erstens bin ich damals beim ersten Antreten mit 26 Jahren zum Bürgermeister gewählt worden. Und im selben Jahr ist meine Tochter auf die Welt gekommen.

Wann haben Sie sich zuletzt eingestanden, dass sie etwas nicht wissen?
Das passiert mir täglich.

Wann waren Sie das letzte Mal traurig?
Erst vor einigen Tagen, als ich als Standesbeamter einen Todesfall eines guten Bekannten beurkunden musste.

Wann waren Sie das letzte Mal glücklich?
Am 22. März, als das Ergebnis der Gemeinderatswahl mit plus einem Mandat für die SPÖ feststand.

Sie haben in Ihrer Gemeinde die absolute Mehrheit gehalten. War die vergangene Gemeinderatswahl Ihrer Ansicht nach nun eine „Denkzettelwahl" oder nicht?
Nein – in unserer Gemeinde nicht.

Was ist Ihre Lieblingsbeschäftigung?
Ich gehe irrsinnig gerne Bergsteigen und Wandern, wenn's die Zeit zulässt. Auch alleine, da kann ich am besten abschalten.

Was haben Sie für kommende Woche / kommenden Sonntag vor?
Beinahe jeder Tag ist mit Terminen ausgefüllt.

Die perfekte Frau trägt für mich …
… sportliche Kleidung.

Ein guter Freund ist …
… jemand, der mir zuhört und mit dem ich über alles reden kann.

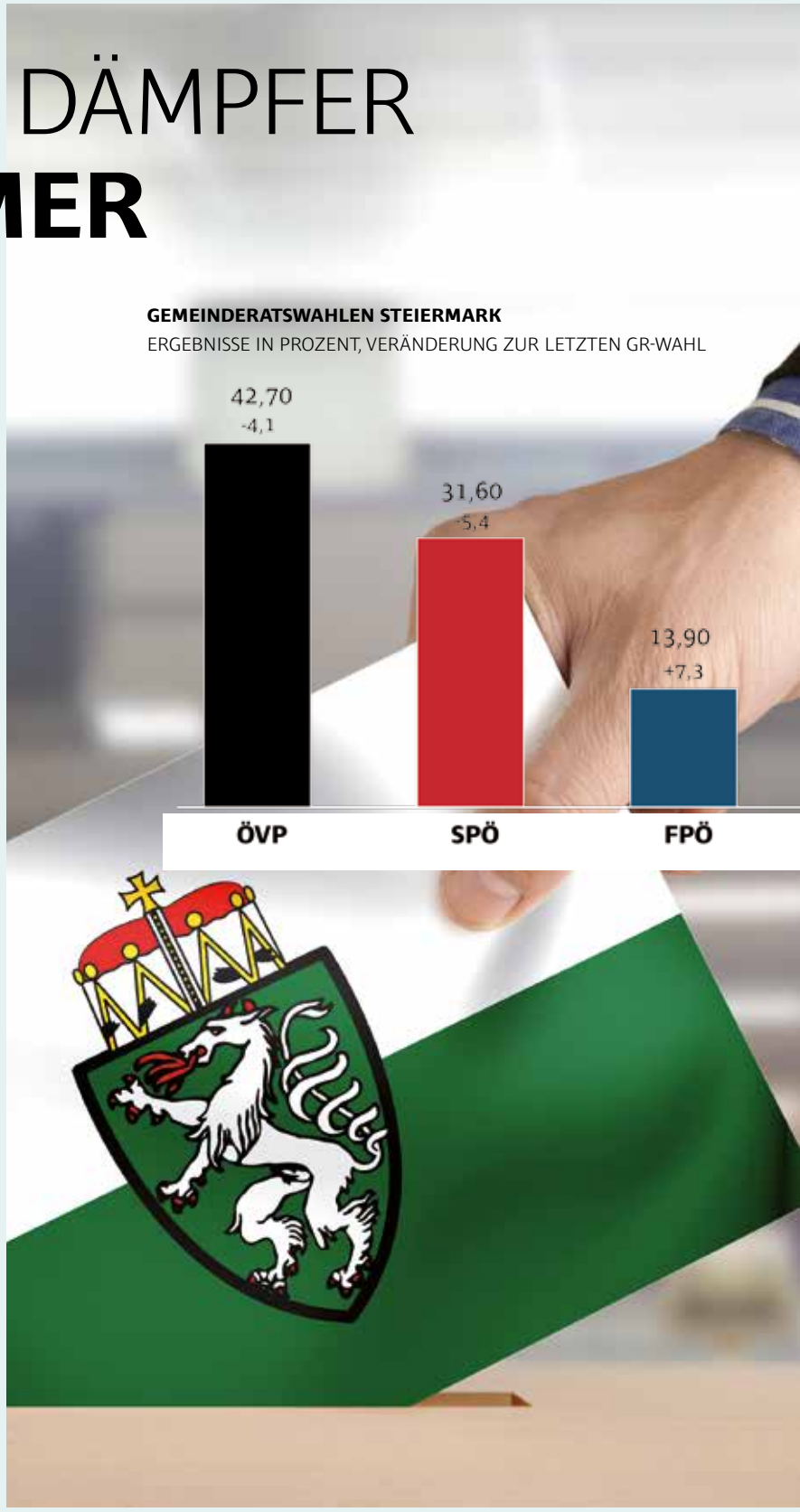
Wenn ich einen Wunsch frei hätte, würde ich …
… auf einer einsamen Insel vier Wochen mit meiner Familie Urlaub machen.

Wie würden Sie sich mit einem Wort beschreiben?
Idealistisch.

GEMEINDERATSWAHLEN STEIERMARK

NUR KLEINER DÄMPFER **FÜR REFORMER**

Die ersten steirischen Gemeinderatswahlen nach der Strukturreform wurden in ganz Österreich mit Spannung erwartet. Der große Erdrutsch blieb aber aus.



Die steirischen Gemeinderatswahlen wurden vielfach als Prüfstein gesehen, ob Reformer für ihren Mut von den Wählerinnen und Wählern bestraft werden. Immerhin wurden 542 Kommunen zu 287 geschrumpft, aus 17 Bezirken wurden 13. Die steirischen „Reformpartner" SPÖ und ÖVP kamen aber mit einem blauen Auge davon. Gemeinsam verloren sie rund 9,5 Prozentpunkte, was angesichts noch schlechterer Umfragewerte vor den Wahlen als Erfolg gewertet wurde.

„Die Fusionen haben höchstens punktuell Auswirkungen gehabt. Wichtiger waren aber sicher Ereignisse und Entwicklungen in den jeweiligen Gemeinden sowie die antretenden Personen", meint der Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes, Erwin Dirnberger.

Tatsache ist, dass sich kein genereller Trend feststellen lässt, wonach die Koalitionsparteien in fusionierten Gemeinden besonders stark verloren hätten. Signifikant ist eher, dass sie vor allem in den obersteirischen Industriestädten große Verluste einstecken mussten. Betroffen war vor allem die SPÖ, die in ehemaligen Hochburgen starke Einbrüche hinzunehmen hatte. So ging etwa in Bruck an der Mur mit einem Minus von 14 Prozentpunkten erstmals in der Zweiten Republik die absolute Mehrheit verloren. Auch in Judenburg, Zeltweg und Mürzzuschlag setzte es zweistellige Verluste. In Leoben konnte die SPÖ die absolute Mehrheit gerade noch halten.

„DIE FUSIONEN HABEN HÖCHSTENS **PUNKTUELL AUSWIRKUNGEN** GEHABT."

Erwin Dirnberger,
Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes

Die ÖVP fiel wiederum in Leoben, Mürzzuschlag, Judenburg und Bruck an der Mur hinter die FPÖ auf Platz drei zurück. Im südsteirischen Leibnitz rutschte die ÖVP von 41,2 auf 24,1 Prozent ab, während die SPÖ dort zulegen konnte.

Trotz allem waren die Verluste der steirischen „Reformpartner" SPÖ und ÖVP nicht so groß, wie von mancher Seite befürchtet worden war. „Das heißt aber nicht, dass die Reformen, die in der Steiermark durchgeführt wurden, gegessen sind. Es lässt sich kaum vom Resultat der Gemeinderatswahlen schließen, wie das Ergebnis der Landtagswahl aussehen wird", meint Gemeindebund-Chef Dirnberger.

Profiteur war vor allem die FPÖ, die ein Plus von 7,3 Prozentpunkten verzeichnen konnte. Das Asylthema schien allerdings eine eher untergeordnete Rolle gespielt zu haben: Ausgerechnet in Vordernberg, wo ein Anhaltezentrum für Asylwerber eröffnet wurde, verloren die Freiheitlichen 4,3 Prozentpunkte.

VORARLBERG

Keine Überraschung bei den Stichwahlen

Bei den Bürgermeister-Stichwahlen in Vorarlberg gab es keine großen Überraschungen mehr.

Nachdem FPÖ-Landesparteichef Dieter Egger es in Hohenems überraschend in die Stichwahl geschafft hatte, setzte sich dort ÖVP-Bürgermeister Richard Amann – wenn auch nur knapp – durch. Vor der Stichwahl hatten sich SPÖ, Grüne und eine Bürgerliste für Amann ausgesprochen.

Auch in Bludenz und Hörbranz wurden die amtierenden VP-Gemeindechefs Mandi Katzenmayer und Karl Hehle bestätigt.

Mit Spannung erwartet wurde das Ergebnis im Schiort Lech. Dort hatten in der letzten Gemeinderatssitzung vor den Wahlen neun der 15 Gemeindevertreter ihren Rückzug angekündigt, weil sie Bürgermeister Ludwig Muxel nicht mehr vertrauten. Hintergrund war Muxels Vorgehen bei der Widmung von Ferienwohnungen. Nachdem sich aber 505 der 930 Lecherinnen und Lecher für Muxel ausgesprochen hatten, wurde er letztlich auch in der Gemeindevertretung klar wiedergewählt.

IMPULS
DER GEMEINDEINNOVATIONSPREIS 2015

BEST-PRACTICE-BEISPIELE **AUF DIE BÜHNE**

Mehr als 100 Gemeinden haben innovative Projekte für den Gemeindeinnovationspreis IMPULS eingereicht: Das Spektrum ist enorm vielfältig.

Der Gemeindeinnovationspreis IMPULS prämiert die innovativsten Gemeinden Österreichs und holt Best-practice-Beispiele vor den Vorhang. Vergeben wird der Preis in vier Kategorien:

- Verwaltung
- Klima und Umwelt
- Soziales Engagement
- Baukultur

Das Spektrum der eingereichten Projekte ist enorm vielfältig und reicht von einer Plattform, um Menschen für Sport zu begeistern, über ein Integrationsprojekt, das behinderten Menschen eine Arbeit am Bauhof ermöglicht, bis hin zu innovativen Bauprojekten.

Die Kategoriensieger werden nun aus einer Kombination von Online-Voting und Expertenjury gewählt und aus diesen der Gesamtsieger. Die Gewinnergemeinden dürfen das IMPULS-Gütesiegel für ihre Gemeinde verwenden und erhalten eine Plakette und Zusatzschilder für Ihre Ortstafeln. Der Gesamtsieger erhält zusätzlich einen wertvollen Sachpreis, zur Verfügung gestellt von Raiffeisen.
Zwei der vielen eingereichten Projekte:

Die Sieger werden am 9. September im Rahmen der **Kommunalmesse** und des **Gemeindetages** in der Messe Wien bekannt gegeben.

Vorstellung der Projekte unter **www.kommunal-impuls.at**

KATEGORIE „VERWALTUNG“

DIE PERCHTOLDSDORF-KARTE

Im August 2013 wurde in der Marktgemeinde Perchtoldsdorf die neue Perchtoldsdorf-Karte mobil umgesetzt. Jede Bürgerin, jeder Bürger hat einen individuellen QR-Code, der als Plastikkarte, Bild zum Herunterladen per SMS und Applikation für gängige Smartphones bereitgestellt wird. Durch die mobile Perchtoldsdorf-Karte entfallen die jährlichen Kartenkosten und die Nutzer genießen geförderte Taxirife, Vergünstigungen im Handel sowie im Sport-, Freizeit- und Kulturbereich.

KATEGORIE „UMWELT“

KULTURZENTRUM ST. NIKOLAUS IN ISCHGL

Das Projekt „Hinterstoder sanft mobil!“ ist nicht eine Einzelmaßnahme, sondern ein Kraftakt, durch den man innerhalb kürzester Zeit eine alltagstaugliche Mobilitätsinfrastruktur realisieren konnte. Ansatzpunkt war der Tourismus: Gästen soll es möglich sein, im Urlaub ohne Auto auszukommen. Das Besondere ist der Projektumfang, denn innerhalb der vier definierten Aktionsfelder wurde über einen Zeitraum von knapp vier Jahren eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen realisiert.

MITVERANSTALTER

Raiffeisen Meine Bank

PARTNER & SCHIRMHERREN

MINISTERIUM FÜR EIN LEBENSWERTES ÖSTERREICH

Österreichischer Gemeindebund

KOMMUNAL

MAHL-ZEIT

Feinkostladen Österreich: Jetzt #Mahlzeit @istlebenswert auf Instagram teilen!

Vinzenz Michael Stern
Milchbauer aus Hitzendorf
bmlfuw.gv.at/stern

MIT DER KRAFT DER LANDWIRTSCHAFT.

Vinzenz Michael Stern sorgt dafür, dass wir ganz genau wissen, was auf unseren Tellern landet. Denn Österreichs 146.000 Bäuerinnen und Bauern versorgen uns seit Generationen mit sicheren, hochwertigen und leistbaren Lebensmitteln. Die Qualität unserer heimischen Köstlichkeiten ist in ganz Europa bekannt: Das liegt sowohl am hervorragenden Geschmack der Produkte, als auch an der vorbildlichen Verfolgbarkeit der Produktionskette. Und auch bei der biologischen Landwirtschaft ist Österreich Spitzenreiter. Wie Sie diesen erfolgreichen Weg durch den bewussten Konsum regionaler und saisonaler Produkte aktiv unterstützen können, erfahren Sie auf **bmlfuw.gv.at/zukunftsraumland**

MINISTERIUM
FÜR EIN
LEBENSWERTES ÖSTERREICH

Entgeltliche Einschaltung

BUNDESMINISTERIUM
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT,
UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT

familienfreundlichegemeinde

Die erste familienfreundliche Region Österreichs - das Triestingtal

Gemeinsam mehr erreichen - wenn mehrere familienfreundliche Gemeinden zusammen an einem Strang ziehen verbessert sich die Familienfreundlichkeit in der gesamten Region!

Im Jahr 2012 erfolgte erstmalig die staatliche Auszeichnung mehrerer familienfreundlicher Gemeinden als gemeinsam familienfreundliche Region. Die 12 Triestingtaler Gemeinden Kaumberg, Pottenstein, Berndorf, Hernstein, Hirtenberg, Enzesfeld-Lindabrunn, Leobersdorf und Günselsdorf sowie Altenmarkt-, Furth-, Weissenbach- und Schönau an der Triesting stellten sich gemeinsam dem Auditprozess. Nach einer dreijährigen Umsetzungsphase der familienfreundlichen Maßnahmen wurde das Triestingtal heuer mit dem **staatlichen Zertifikat *familienfreundlicheregion*** ausgezeichnet.

© Region Triestingtal

Mehr Raum für alle Generationen in der familienfreundlichen Region Triestingtal.

Gemeindeübergreifend arbeiten

Nach gemeinsamen Workshops und stetigem Austausch konnten in der Region insgesamt 14 gemeindeübergreifende Maßnahmen entwickelt werden. Eine Informationsbroschüre, die Koordination der Ferienbetreuung in der gesamten Region, betreutes Wohnen für Seniorinnen und Senioren, ein Familiensicherheitstag, sowie eine gemeinsame Jobbörse, besonders für Lehrstellen und Ferialjobs innerhalb der Region, sind nur einige der vielen neuen Angebote.

Mit den gemeinsam entwickelten Maßnahmen konnten Lücken leichter ausgeglichen und regionale Angebote effizienter zusammengeschlossen werden. Von den so entstandenen Synergieeffekten profitieren alle Gemeinden sowie Bürgerinnen und Bürger der Region.

Mehr Raum für Familien

Im familienfreundlichen Triestingtal wird ganz besonders auch der Austausch der Familien untereinander gefördert. Mit dem regionsübergreifenden Eltern-Kind-Zentrum in Hirtenberg konnte mehr Raum für den Informations- und Erfahrungsaustausch für Eltern mit Kleinkindern geschaffen werden. Das EKIZ-Zentrum ist ein Zentrum der Begegnung, des Lernens, der Vernetzung – eine Plattform für werdende Eltern und Eltern mit Kindern bis zum Pubertätsalter. Auch unterschiedlichste Kurse beispielsweise zur Geburtsvorbereitung, Gesundheitsvorsorge, Informationen rund ums Baby bzw. Kind, sowie eine Eltern-Beratung und Diskussionsrunden stehen zur Verfügung. So wird nicht nur die Hilfe untereinander, sondern auch die Bindung zur Region durch das gegenseitige Kennenlernen gestärkt.

Interesse bekommen?

Bisher haben österreichweit bereits knapp 360 Gemeinden am **Audit *familienfreundlichegemeinde*** teilgenommen. Somit profitieren über 2 Millionen Bürgerinnen und Bürger von den familienfreundlichen Maßnahmen. Weitere Informationen zur Teilnahme am Audit sowie viele gute Beispiele finden Sie unter:

www.familieundberuf.at

Machen Sie mit und starten Sie noch heute mit dem Audit!

Familie & Beruf Management GmbH

E-Mail: audit@familieundberuf.at
www.familieundberuf.at

Sind Sie schon dabei?

UNTERNEHMEN FÜR FAMILIEN

www.unternehmen-fuer-familien.at

BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIEN UND JUGEND

Bezahlte Anzeige

BÜRGERMEISTERTAG WIESELBURG

„PROBLEME LÖSEN, DIE MAN **ALLEIN NICHT HÄTTE**“

Am 27. Bürgermeistertag in Wieselburg waren der kommende „Finanzausgleich“, „Aufgabenorientierung“ in der Poltik und „Österreichs Ausgabenproblem“ beherrschende Themen.

Finanzminister Hans Jörg Schelling ist ein geschickter Redner. Er ist unterhaltsam. Man sei in einer Koalition mit der SPÖ, sagt er oft. Das sei wie in einer Ehe. Man löse Probleme, die man alleine gar nicht hätte. So hat man die Lacher und damit oft auch das Publikum auf seiner Seite. Schelling beherrscht das perfekt. Und er argumentiert exzellent. „Wir gehen die Probleme oft von der falschen Seite an“, klagt er beim 27. Bürgermeistertag in Wieselburg (NÖ). „Bei der Bildungsreform diskutieren wir monatelang das Lehrerdienstrecht, bevor wir darüber reden, was für die Kinder gut wäre. Das Dienstrecht ist wichtig, gar keine Frage. Es sollte aber am Ende der Debatte stehen, wenn man weiß, wo man überhaupt hin will.“

Das Auditorium nickt zustimmend und ist nun bereit für härtere Kost. „Wir müssen natürlich auch über den Finanzausgleich reden“, sagt Schelling. Hier sei Aufgabenorientierung der entscheidende Punkt. „Bei uns in Österreich ist jeder zuständig, aber niemand verantwortlich“, weiß Schelling. „Wir müssen daran arbeiten, dass die Ebene, die etwas macht, auch die finanzielle Verantwortung dafür übernimmt. Das bedeutet, dass das Hin- und Herschieben von Geld zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufhören muss. Die hunderttausenden Transfers machen alles nur intransparent und unübersichtlich.“

Das sei auch der Weg, auf dem sich Schelling der Steuerreform annähere. „Ich kann es nicht oft genug sagen: Österreich hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. In einem vergleichbaren Zeitraum ist die Inflation um 23 Prozent gestiegen, die Staatseinnahmen aber um 40 Prozent. Aus meiner Sicht müssen wir 75 Prozent der Steuerentlastung über Einsparungen gegenfinanzieren. Ich halte nicht viel davon, dass wir im Hochsteuerland Österreich noch einmal die Steuern erhöhen.“

Organisator Sixtus Lanner mit Finanzminister Hans Jörg Schelling und dem Gast mit der längsten Anreise, dem Bürgermeister von Mayrhofen im Zillertal und Vizepräsidenten des Tiroler Gemeindebundes, Günther Fankhauser.

Nach Ende seines Referats stellt sich der Minister noch den Fragen der rund 200 Bürgermeister/innen, die nach Wieselburg gekommen sind, um ihn zu hören. „Ja, auch über den Missbrauch von Sozialleistungen muss man reden“, sagt er dann.

Aufmerksamer Zuhörer ist Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer. „Man darf keine Gelegenheit auslassen, um zu hören, welche Pläne der Finanzminister hat“, schmunzelt er. „Ich habe großen Respekt vor Sixtus Lanner, der diesen Bürgermeistertag seit Jahrzehnten organisiert und einen hochkarätigen Redner nach dem anderen nach Wieselburg holt. Er ist ein Schutzherr und ein Kämpfer für den ländlichen Raum.“

Mehr Infos auf www.gemeindebund.at

VERKEHRSSICHERHEIT

SICHER IN DIE NEUE MOTORRADSAISON

Die neue Motorradsaison hat längst begonnen. Doch gerade jetzt ist das Unfallrisiko besonders groß – die Fahrer müssen sich erst wieder auf ihre Bikes einstellen.

68 Motorradfahrer starben im Jahr 2014 auf Österreichs Straßen. Auf die Saison aufgerechnet verunglückten damit durchschnittlich zehn Motorradfahrer monatlich in der Saison 2014 tödlich. Im Durchschnitt von drei Jahren ereignen sich 3081 Motorradunfälle pro Jahr, bei denen sich fast 3200 Personen zum Teil schwer verletzten. Damit entwickeln sich die Unfallzahlen im Zweiradsektor entgegengesetzt zu den Gesamtunfallzahlen. Während diese Jahr für Jahr deutlich sinken, stagnieren die Unfallzahlen bei der Gruppe der Motorradfahrer seit Jahren auf hohem Niveau, weiß man im KFV.

Sekunden entscheiden! Traditionell ereignen sich die meisten Motorradunfälle in den Monaten April bis September. Insgesamt kamen auf Österreichs Straßen in den vergangenen drei Jahren 211 Motorradfahrer ums Leben, rund 95 Prozent (201 Personen) davon waren männlich. „Eines der größten Probleme ist, dass eigene Fahrfehler oder das Fehlverhalten anderer Verkehrsteilnehmer unmittelbare und meist schwere Auswirkungen auf den nicht durch eine Karosserie geschützten Motorradfahrer haben. Daher ist ein Training spezieller Fertigkeiten immer wieder, auch lange nachdem man den Führerschein gemacht hat, essenziell“, so der KFV-Direktor Othmar Thann.

Neues KFV-Programm „Nah dran für Motorradfahrer“. Diesem Umstand Rechnung tragend, bietet das KFV zum Start der diesjährigen Motorradsaison ein neues maßgeschneidertes Weiterbildungsprogramm an. Unter www.nah-dran-bike.at können sich Motorradfahrer realitätsnah mittels eines E-Learning-Programms Fertigkeiten flexibel und individuell aneignen. Nach erfolgreicher Absolvierung dieses Lernmodells wird auf den intensiven Aufbau von Fahrroutine gesetzt. Die Fahrpraxis wird auf der Straße, z. B. auf typischen Motorradstrecken, gesammelt. Dabei wird der Fahranfänger

MODELL

Mit einem neuen Ausbildungsmodell vom KFV (Kuratorium für Verkehrssicherheit) können Interessierte in der Praxis von erfahrenen Profis lernen und holen sich nützliche Tipps auf der Ausbildungsplattform **www.nah-dran-bike.at** mit dem Ziel, ein hohes Maß an Gefahrenbewusstsein zu schaffen.

TOSKANAINC / Shutterstock.com

von einem erfahrenen Biker begleitet. Bei den gemeinsamen Touren wird die Fahrweise beobachtet und diskutiert. Das Ausfahren kann unter Anleitung geübt und verbessert werden. Damit wird nachhaltig ein ständiges Beobachten der eigenen Fahrsicherheit und -routine gewährleistet: ein deutlicher Mehrwert für die Fahrer.

Übung macht den Meister. Um nach der Winterpause wieder Gefühl für Tempo und Fahrzeug zu bekommen, sollte man sich langsam einfahren, Bremsmanöver ausprobieren und Kurven fahren. Achtung bei Rollsplitt: Die Biker-Gefahr Nummer 1 kann auf dem Motorrad zur Geschicklichkeitsübung werden.

Nicht ohne Technik-Check. Vor Saisonstart sollte die Funktionstüchtigkeit von Batterie, Scheinwerfer, Rück- und Bremslicht bei Betätigung der Hand- und Fußbremshebel sowie von Blinker, Ölstand, Kettenspannung und Benzinleitung vom Fachmann überprüft werden.

TRAINING

BIKEN MIT BEGLEITER (NACHHALTIGKEIT)

Das Modell setzt verstärkt auf den intensiven Aufbau der Fahrroutine. Dabei wird der Fahranfänger über 2000 Kilometer von einem erfahrenen Biker begleitet. Bei den gemeinsamen Touren wird die Fahrweise beobachtet und diskutiert. Das Ausfahren kann unter Anleitung geübt und so verbessert werden.

Zu hohe oder nicht angepasste Geschwindigkeit als Hauptunfallursache. KFV-Messungen zeigen, dass jeder zweite Motorradlenker sich auf Freilandstraßen nicht an die 100 km/h-Begrenzung hält – im Ortsgebiet überschreiten sogar drei Viertel das 50 km/h-Limit. Zu hohe Geschwindigkeit ist bei etwa einem Viertel aller tödlichen Motorradunfälle die Hauptursache, bei weiteren 29 Prozent wurde das Tempo nicht den Witterungs- oder Straßenverhältnissen angepasst.

Risikolenker 40+. Die Zahl der Motorradunfälle stagniert seit Jahren auf hohem Niveau, die Altersstruktur der Beteiligten aber hat sich verändert: Waren vor 20 Jahren hauptsächlich 18- bis 25-jährige Lenker in Unfälle involviert, sind es nun die 40- bis 49-jährigen. Der Grund: Nachdem sie mit 18 Jahren den A-Führerschein gemacht haben, fahren sie danach selten oder nie Motorrad und „gönnen“ sich erst Jahre später eine schwere Maschine, die sie dann aufgrund fehlender Fahrpraxis jedoch nicht beherrschen.

BURGENLAND

„nordburgenland plus"-Obmann Christian Illedits und Stellvertreter Rudolf Strommer präsentierten eine Fibel, in der die umgesetzten Projekte präsentiert werden.

404 EU-Projekte umgesetzt

Die Aktionsgruppe „nordburgenland plus" zog eine positive Bilanz über die vergangene siebenjährige Förderperiode: In 70 Gemeinden konnten mehr als 400 EU-geförderte Projekte umgesetzt werden. Darunter beispielsweise das Jugendzentrum in Siegendorf, das Haus am Kellerplatz in Purbach, der Eisenstädter E-Cube oder der naturnahe Spielplatz in Neufeld. Die genaue Auflistung der Projekte liegt in Form einer Fibel auf den Gemeindeämtern auf.

Die Aktionsgruppe „nordburgenland plus" ist der Verein zur Umsetzung des LEADER-Förderprogramms im Nordburgenland. Sie wurde 2007 ins Leben gerufen, mit dem Ziel, ihre Mitglieder bei der „aktiven Gestaltung ihrer Region" zu unterstützen, wie es heißt. Insgesamt 70 Gemeinden gehören der Aktionsgruppe an.

Energie aus Schlamm

Der Wasserverband Wulkatal und der Abwasserverband Eisenstadt-Eisbachtal haben in Wulkaprodersdorf eine neue Anlage zur Behandlung von Klärschlamm errichtet. Aus dem in den Faultürmen fermentierten Schlamm entsteht Gas, das zur Erzeugung von Strom und Wärme verwendet wird. Damit wird der Energiebedarf der Kläranlage zur Hälfte abgedeckt.

Ortstafel zum 5. Mal gestohlen

Die Ortstafel der Gemeinde Unterwart wurde bereits zum fünften Mal gestohlen. Da es um eine zweisprachige (Unterwart/Alsoör) Tafel geht, beschäftigt sich nun auch der Verfassungsschutz mit dem Fall. Mit dem Verschwinden der Tafel wurde auch das Tempolimit von 50 km/h außer Kraft gesetzt. Deswegen wurde eine Geschwindigkeitsbegrenzung aufgestellt.

KÄRNTEN

Tourismus setzt auf Fische

In Kärnten will man die Bedeutung von regionalem Fisch stärken. Neuer Schwerpunkt der Tourismuswerbung ist daher das Thema „Fisch und Kulinarik".

Markus Payr, Obmann der Kärntner Fischzüchter, hofft, dass dieser Schwerpunkt dazu führt, dass Restaurants, die bisher nur Tiefkühlfisch anbieten, auf frischen Fisch aus der Region umstellen. „Früher haben viele Leute an den Seen Fischerei betrieben und die Fische selbst vermarktet oder am See in einem eigenen Lokal verwendet." Durch das Freizeitangebot an den Seen sei die Fischerei aber zurückgedrängt worden.

Mit Fischen aus regionaler Produktion will man in Kärnten Touristen anlocken.

Elektro-Carsharing in St. Veit

Die Stadtgemeinde St. Veit möchte Familien und Unternehmen helfen, die Mobilitätskosten erheblich zu senken. Deshalb wurde ein Elektroauto vomTyp Renault ZOE für ein Carsharing-System angekauft. Gedacht ist es nicht für Pendler, die jeden Tag ein Auto brauchen, sondern für Menschen, die Kurzstrecken fahren oder sich ein Zweitauto ersparen wollen.

www.sv.or.at/stadtmobil

Betroffen vom Zahlungsstopp

Der Zahlungsstopp des Landes Kärnten betrifft zumindest indirekt auch Gemeinden. „Die Kärntner Gemeinden sind vom Zahlungsstopp voraussichtlich in den Bereichen ländliches Wegenetz, Energieprojekte, Wohnbauförderung (wenn Gemeinden selbst Bauträger sind) und der Förderung in der Siedlungswasserwirtschaft aufgrund von Landes-Förderrichtlinien betroffen", sagt Peter Heymich vom Kärntner Gemeindebund.

NIEDERÖSTERREICH

Sigrid Schalhas, Manfred Perger, Walter Steinwander, Marcel J. Strebel, Annemarie Kretlein, Wolfgang Reisenhofer, Matthias Strebel, Elisabeth Steinacher und Bgm. Martin Leonhardsberger

Abfallhai eröffnete Schauraum in Mank

Die Firma ANTA SWISS AG eröffnete in Mank ihre erste Auslandsniederlassung. Bekannt wurde das Schweizer Unternehmen mit dem patentierten und ausgezeichneten Abfallbehälter „Abfallhai“. „Uns gefällt die zentrale Lage von Mank, die hohe Lebensqualität, und unsere Mitarbeiter kommen direkt aus Mank“, begründet Firmenchef Marcel J. Strebel die Standortwahl. In Österreich ist der Abfallhai bereits in Wien, Salzburg, Villach oder Pöchlarn und vielen Tourismusorten zu finden.
Neben dem Abfallhai biete das Unternehmen auch Stadtmobiliar „UrbanTiger“, LED-Beleuchtungen „Licht-Eule“ sowie Automatisierungstechnik „Butterfly“ an. Bei Voranmeldung kann im Schauraum in Mank auch der „Solarpress-Hai“ vorgeführt werden.

Die Geschäftsstelle in der Herrenstraße 10, 3240 Mank, ist Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr geöffnet.

Wr. Neustadt setzt auf Tourismus

Das schwer verschuldete Wiener Neustadt will sich stärker als Tourismus-Destination positionieren. Dazu will man zunächst der Initiative „Wiener Alpen“ beitreten und deren „Hauptstadt“ werden.
Ein wichtiger Bestandteil der Tourismusinitiative ist für den neuen Wiener Neustädter Bürgermeister Klaus Schneeberger auch das Krebsforschungs- und Krebstherapiezentrum MedAustron, dessen Patienten in der Stadt nächtigen sollen. Auch vom Kongress- und Messetourismus in der Arena Nova erwartet man sich Besucher.

OBERÖSTERREICH

Ärzte wollen wieder Hausapotheken haben

Die Ärztekammer fordert bessere Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten für Landärzte. Der Grund: Es finden sich immer weniger junge Mediziner, die als Gemeindearzt tätig sein wollen. So wurde in Hallstatt die Arztstelle bereits siebenmal erfolglos ausgeschrieben. Auch für die Gemeinden Neumarkt im Hausruck, Geinberg, Kallham und Gosau findet sich kein neuer Arzt.
Die Ärztekammer will eine Lockerung der Regeln für Hausapotheken.
„Um eine Landarzt-Praxis nur halbwegs ertragreich führen zu können, ist eine Hausapotheke oft Voraussetzung“, sagt der Präsident der oberösterreichischen Ärztekammer, Peter Niedermoser. Weiters fordert er eine verpflichtende Lehrpraxis für angehende Mediziner bei einem praktischen Arzt.

Ärzte wollen Medikamente nicht nur verschreiben, sondern auch ausgeben.

Österreichs größte Fischwanderhilfe

Die Verbundgesellschaft hat beim Donaukraftwerk Ottensheim/Wilhering mit dem Bau von Österreichs größter Fischwanderhilfe begonnen. Über einen rund 14,2 Kilometer langen Umgehungsarm über das Innbach-Aschach-Gerinne wird mittels einer jahreszeitabhängigen Wassermenge die natürliche Abflussdynamik der Zubringer simuliert und werden so neue Lebensräume geschaffen. Mit dem Projekt wird die EU-Wasserrahmenrichtlinie erfüllt, laut der alle wichtigen Fließgewässer in der Union in den kommenden Jahren durchgängig gemacht werden müssen. Insgesamt werden mit der neuen Fischwanderhilfe 30-40 ha Fließgewässerlebensräume aufgewertet.

FOTOS: LAG nordburgenland plus, Gottfried Sulzer

SALZBURG

In Salzburg nimmt man sich zwei bayerische Orte als Vorbild, die Gasthäuser vor dem Schließen gerettet haben.

Fahr nicht fort, iss im Ort

Immer mehr Gasthäuser sperren zu, und die Gemeinden verlieren einen wichtigten Treffpunkt. Das Salzburger Bildungswerk lädt nun Gemeindevertreter zu einer Fahrt in zwei bayerische Gemeinden, die interessante Modelle entwickelt haben, um Wirtshäuser zu erhalten. In Übersee am Chiemsee konnten die Einwohner Aktien kaufen. Mit dem Kapital hat die Aktiengesellschaft ein Lokal renoviert und dadurch einen Pächter gefunden. Jedes Jahr erhalten die Aktionäre eine Dividende – in Form von Schnitzel und Bier.
In Tittmoning haben die Einwohner eine Genossenschaft gegründet. Jeder konnte sich mit einem kleinen Geldbetrag beteiligen und damit die Renovierung eines Gasthauses mittragen.
Anmeldung bei **anita.moser@sbw.salzburg.at**, Tel. 0662/872691-18

Integration in den Gemeinden

Unter dem Motto „Die Gemeinde als Heimat für alle“ haben die Gemeindeentwicklung, die Erzdiözese, das Land Salzburg und der Österreichische Integrationsfonds eine Kooperation aufgebaut. Dabei wurden vielfältige Angebote zum Thema Zuzug entwickelt. Die Angebotspalette reicht vom vergnüglich-kritischen „Zuzugs-Kabarett“ mit Fritz Messner in neun Salzburger Gemeinden über Workshops, die sich speziell an Gemeindepolitikerinnen und -politiker sowie Beschäftigte in den Gemeindeverwaltungen beziehungsweise an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Vereinen, Bildungseinrichtungen und Pfarrgemeinden richten, über Vorträge und interaktive Spaziergänge in Gemeinden bis zu Exkursionen in Gemeinden, wo die Integration von Zugezogenen und Asylwerbenden gelungen ist.

STEIERMARK

Grazer Kinderbürgermeister gewählt

Die elfjährige Alexandra Lang und der neunjährige Lukas Leitner sind die wohl jüngsten Bürgermeister Österreichs. Die beiden wurden zur Kinderbürgermeisterin und zum Kinderbürgermeister der Stadt Graz gewählt.
Kinderbürgermeisterin Alexandra Lang wurde schon zum dritten Mal in Folge gewählt. Im vergangenen Jahr seien die wichtigsten Forderungen jene nach einem Rauchverbot auf den öffentlichen Spielplätzen und jene nach weniger Feinstaub in der Stadt gewesen – das habe sich teilweise erfüllen lassen: „Wir haben auch probiert, bei den Spielplätzen Leute anzusprechen und Tafeln aufzuhängen, dass man dort nicht rauchen darf“, so Lang.
Kinderbürgermeister Lukas Leitner wiederum will, dass Kinder bis 15 Jahre gratis ins Schwimmbad dürfen.

Verena Beshy (stv. Kinderbürgermeisterin), Bgmstv. Martina Schröck, Alexandra Lang (Kinderbürgermeisterin), Lukas Leitner (Kinderbürgermeister), Magistratsdirektor-Stv. Ursula Hammerl, Luki Lindsperger (stv. Kinderbürgermeister)

Flüsse in schlechtem Zustand

Fast zwei Drittel der steirischen Flüsse sind aus dem ökologischen Gleichgewicht geraten. Das Problem ist der strukturelle Zustand der Flüsse. Begradigungen aus früherer Zeit und Querbauwerke wie Rückhaltebecken und Wasserkraftanlagen haben den Flussläufen so stark zugesetzt, dass sie als Lebensräume für Tiere und Pflanzen zunehmend versagen. Artenverluste sind die Folge.
Laut EU-Wasserrahmenrichtlinie muss das Fließgewässernetz bis 2012, in Ausnahmen spätestens bis 2027, auf ökologisch gutem Niveau liegen.

TIROL

Derzeit gibt es in Tirol 15 Notarzthubschrauber. Das könnte auch in Zukunft so bleiben.

Entspannung im Hubschrauber-Konflikt

Der Konflikt über die Notarzthubschrauber scheint sich zu entspannen. Laut „Tiroler Tageszeitung“ könnte die derzeit bestehende Vereinbarung der Hubschrauber-Betreiber mit dem Land Tirol weiter bestehen bleiben.
Grundlage dafür ist – laut „Tiroler Tageszeitung“ – offenbar eine grundsätzliche Einigung unter den sechs Flugrettungsbetreibern.
Offen dürfte allerdings noch die Streichung von zwei Standorten sein, möglicherweise bleibt es aber bei den bisher 15. Neue sollen jedoch nicht mehr errichtet werden.
Auslöser des Konflikts war, dass ein Salzburger Flugunternehmen begonnen hatte, auch ins Zillertal einzufliegen, Daraufhin wollte das Land Tirol die Flugrettung gesetzlich regeln.

Novelle zum Jagdgesetz

Verjüngung der Wälder und Reduzierung des Wildbestandes – das sind die Eckpunkte der Novelle des Tiroler Jagdgesetzes. Es gibt neue Abschussplanungen, und Eigenjagden sind schon ab 115 Hektar Größe möglich. Vor allem Letzteres wurde von der Jägerschaft bis zuletzt abgelehnt.

Getränkesteuerverfahren abschließen

Der Tiroler Gemeindeverband rät, dass Gemeinden noch anhängende Getränkesteuerverfahren möglichst rasch abschließen sollen. Der Grund: In letzter Zeit hätten in einigen Fällen Abgabepflichtige Säumnisbeschwerden wegen Verletzung der Entscheidungspflicht erhoben.

VORARLBERG

1,2 Millionen Euro für Wasserinfrastruktur

Die Vorarlberger Landesregierung hat neuerlich 1,2 Millionen Euro für Wasserver- und Abwasserentsorgung freigegeben. Die Mittel gehen an insgesamt sieben Projekte: So für den Ausbau von Wasserversorgungsanlagen in Bizau (276.000 Euro), Bürs (rund 230.000 Euro), Götzis (rund 115.000 Euro), Feldkirch (rund 382.000 Euro) und Sulz (rund 50.000 Euro) sowie für den Wasserverband für die Gruppenwasserversorgung im Vorderland (rund 76.000 Euro). Weiters wird in Egg die Erneuerung einer Abwasserbeseitigungsanlage (rund 66.000 Euro) unterstützt.

Da die Lebensdauer von Trinkwasserleitungen und Abwasserkanälen im Schnitt etwa 50 bis 100 Jahre beträgt, sollten jährlich ein bis zwei Prozent des Netzes in Vorarlberg erneuert werden.

Widerstand gegen Bodenaushub-Deponie

In Egg-Großdorf soll eine Deponie für Bodenaushub aus dem Bau von Gebäuden entstehen. Gegen das Projekt des Bauunternehmens Rüf gibt es aber große Widerstände. Die in den Gemeinden Egg und Lingenau lebenden Anrainer fürchten, dass sie in Zukunft unter mehr Verkehr leiden müssen.
Aufgrund der Größe des Projekts haben die Gemeinden und Anrainer nur das Recht zu einer Stellungnahme, mitreden können sie damit jedoch kaum. Die Brüder Rüf weisen wiederum darauf hin, dass die Lkw nur über Lingenau von der Deponie abfahren, weil die Straße in Egg zu wenig breit ist.

FOTOS/Stadt Graz/Fischer,

PERSONALIA

19-Jähriger wird Kärntens **jüngster Stadtrat**

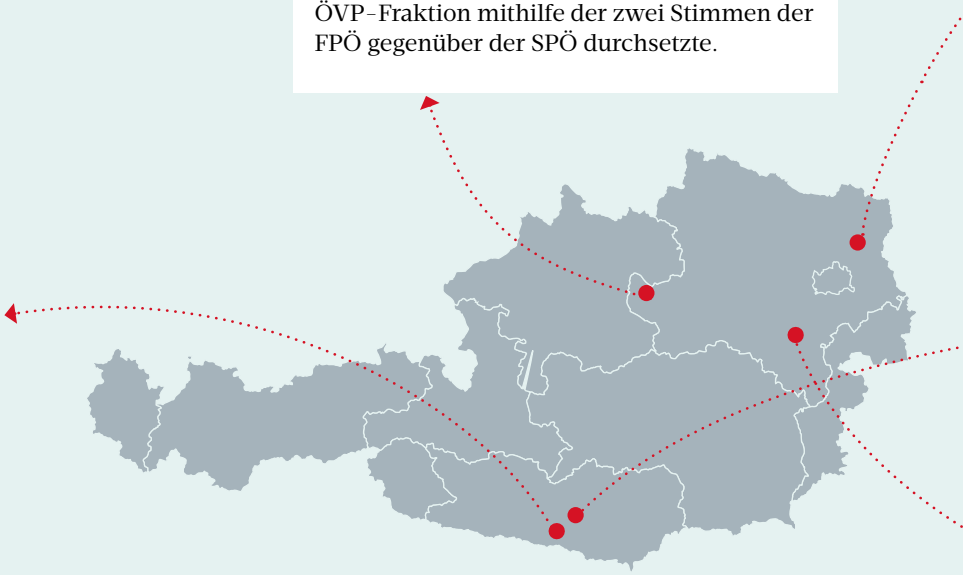
FERLACH // Erwin Hukarevic ist 19 Jahre alt und wird im Juni 2015 an der HAK Klagenfurt maturieren. Außerdem ist er ein auftrebender SPÖ-Politiker. Am 24. März 2015 wurde er als Stadtrat von Ferlach angelobt. Nun darf er sich „Jüngster Stadtrat Kärntens“ nennen. Er übernimmt die Ressorts Jugend, Integration und Umwelt.

Seit 2013 ist er in der SPÖ-Fraktion. Bei der Gemeinderatswahl am 1. März 2015 wurde er mit 84 Vorzugsstimmen auf Platz zwei gewählt, hinter den Bürgermeister der 7150-Einwohner-Gemeinde Ingo Appé. „Auch ich selbst bin überrascht, dass ich das Amt des Stadtrates übernehmen durfte, dass ich Gemeinderat werde, war mir nach der Wahl klar, aber damit habe ich eigentlich nicht gerechnet. Es ist toll, dass mir der Bürgermeister diese Chance gibt und die Jugend stärker einbindet“, erzählt Hukarevic im Gespräch mit kommunalnet.at.

Die Entscheidung, zur Wahl anzutreten, fiel erst, nachdem der Bürgermeister auf ihn und eine Gruppe anderer junger Engagierter, die die Sozialistische Junge Generation Ferlach wiederbelebten, zukam. Der 19-jährige Newcomer stand auf dem zwölften Listenplatz. „Ich habe keinen typischen Vorzugsstimmenwahlkampf geführt. Ich habe einfach mit vielen Jugendlichen gesprochen und sie gefragt, was sie in Ferlach verändern möchten, was ihnen am Herzen liegt. Ich habe viele Veranstaltungen und Fußballturniere besucht und so Kontakte geknüpft. Ich habe wohl einen bleibenden Eindruck hinterlassen“, meint der junge Ferlacher bescheiden.

Führungswechsel: Erstmals **„schwarzer“ Ortschef**

ST. PANTALEON-ERLA // In der 2500 Seelen-Gemeinde St. Pantaleon-Erla in Niederösterreich hat es einen Führungswechsel gegeben. Bei der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Gemeinderates am 25. Februar 2015 wurde mit Rudolf Divinzenz erstmals seit der Zusammenlegung der Gemeinden St. Pantaleon und Erla im Jahr 1971 jemand aus der ÖVP zum Bürgermeister gewählt. Die Mandatsverteilung hat eine 11:10-Mehrheit ermöglicht, mit der sich die ÖVP-Fraktion mithilfe der zwei Stimmen der FPÖ gegenüber der SPÖ durchsetzte.



Neuer Frequentis-Vorstand

Norbert Haslacher, übernahm am 1. April den Verantwortungsbereich Sales & Marketing bei der Frequentis AG, dem weltweiten Anbieter von Kommunikations- und Informationssystemen. Über 250 Kunden in knapp 120 Ländern vertrauen derzeit schon auf das Know-how und die Erfahrung von Frequentis – mit dem IT-Experten Haslacher, der außerdem noch ein hohes Maß an Kenntnissen im internationalen Vertrieb einbringt, sollen es bald noch mehr werden.

www.frequentis.com

VP-Kandidat setzte sich durch

GÄNSERNDORF // Nach der Gemeinderatswahl im Jänner 2015 blieb in Gänserndorf alles offen: Es kam zu einer Mandatsgleichheit bei SPÖ und ÖVP. Wegen der höheren Stimmenanzahl stellte der Spitzenkandidat der ÖVP, der Landtagsabgeordnete René Lobner, den Anspruch auf das oberste Amt der Gemeinde. Am 9. März wurde bei der konstituierenden Gemeinderatssitzung die mit Spannung erwartete Entscheidung gefällt, wer das Bürgermeisteramt künftig besetzt. Bei der Wahl des Gemeindechefs setzte sich Lobner (vermutlich mit Hilfe der Grünen) mit 18 Stimmen vor dem Altbürgermeister der SPÖ, Kurt Burghardt (15 Stimmen), durch.

Landeshauptstadt hat „rote Chefin“

KLAGENFURT // Aus der Klagenfurter Bürgermeisterstichwahl am Sonntag, den 15. März 2015, ging Maria-Luise Mathiaschitz siegreich hervor. Die ehemalige Vizebürgermeisterin löst ihren Vorgänger, den amtierenden Bürgermeister Christian Scheider (FPÖ), mit 53,31 Prozent Stimmenmehrheit im Chefsessel ab. Die 58-Jährige ist damit neben der Innsbrucker Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer schon die zweite Frau an der Spitze einer Landeshauptstadt.

Nach 42 Jahren erobert die SPÖ damit das Bürgermeisteramt von Klagenfurt zurück. Geschafft hat das eine Frau an der Spitze - die erste SPÖ-Landeshauptstadtchefin der Geschichte Österreichs.

Bei der regulären Kärntner Bürgermeisterwahl am 1. März 2015 lag Altbürgermeister Scheider mit 31,08 Prozent in der 96.000 Einwohner zählenden Stadt noch genau ein Prozent vor seiner Herausfordererin Mathiaschitz. Das mit Spannung erwartete Duell konnte die ehemalige Ärztin jedoch für sich entscheiden.

Vor zwölf Jahren hat Maria-Luise Mathiaschitz den Fuß in die Klagenfurter Politik gesetzt. Die Umweltärztin der Stadt und des Landes wurde 2003 vom damaligen SPÖ-Stadtchef Ewald Wiedenbauer als Stadträtin für Gesundheit und Umwelt in die Regierung geholt.

Bei den Wahlen 2009 trat Mathiaschitz als Bürgermeisterkandidatin an, musste aber eine klare Niederlage gegen Scheider einstecken. Sie ließ sich aber nicht von ihrem Ziel abbringen und ging von 2009 bis 2015 eine Koalition mit der FPÖ ein. Sie wurde Vizebürgermeisterin.

Rupert Dworak wiedergewählt

TERNITZ/KREMS // 218 Delegierte und rund 100 Gäste trafen sich am Abend des 27. März am Campus der Fachhochschule Krems zur 28. ordentlichen Vollversammlung des Verbandes sozialdemokratischer GemeindevertreterInnen in Niederösterreich. Dabei wurde der Ternitzer Bürgermeister und Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes, **Rupert Dworak,** mit 97,6 Prozent der Stimmen als Präsident des GVV SP wiedergewählt.

FOTOS/ Österreichischer Gemeindebund

TERMINE
MAI bis
AUGUST

11 / Juli

Neue Challenge: Gemeinde-Rad-Trophy

Was bis voriges Jahr nur den oberösterreichischen Gemeinden vorbehalten war, ist 2015 für ganz Österreich möglich: die Teilnahme an der ersten Österreichischen Mountainbike-Meisterschaft. Gemeindebedienstete, Gemeinderäte und Bürgermeister können sich auf der 37,9 Kilometer langen Strecke mit einer Steigung von 1114 Höhenmetern, die auf zwei bis drei Steigungen verteilt sind, austoben. Drei Startplätze pro Gemeinde sind gratis.
Anmeldung und mehr Info unter **www.trophy.at** oder unter **gemeindemeisterschaften@trophy.at**

www.trophy.at
Ort: Bad Goisern.

01 / Mai

Baukulturgemeinde-Akademie

Bau was g'scheits – Lernen von den besten Gemeinden! Das neue Weiterbildungsprogramm von LandLuft, KOMMUNAL und dem Österreichischen Gemeindebund zum Thema innovatives Bauen und Planen in Gemeinden geht in die nächste Runde. Diesmal stehen die strategische Gemeindeentwicklung, die Stärkung des Ortszentrums sowie der intelligente Umgang mit Leerstand und Mobilität im Vordergrund.
Die nächste Baukulturgemeinde-Akademie führt von 28. bis 29. Mai in die oberösterreichischen Gemeinden Hinterstoder und Ottensheim.
Anmeldung per Onlineformular unter: **http://akademie.landluft.at/anmeldung**
Bzw. per Mail an **servus@landluft.at** oder telefonisch unter **+43 699 10195197**

http://akademie.landluft.at
Ort: Hinterstoder & Ottensheim

FOTOS/Gemeindebund/Erwin Haiden, nyx.at

Neben der Arbeit kommt beim Treffen der Bürgemeisterinnen der Spaß nicht zu kurz, wie unsere Archivaufnahme vom Treffen 2013 in Dellach belegt.

29/Mai

10 Jahre IRE

Die 10-Jahres-Feier des Instituts der Regionen IRE findet am Freitag, den 29. Mai 2015, von 11.00 bis 13.00 Uhr im Mamorsaal des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres in Wien statt. Neben der Begrüßung durch Bundesminister Sebastian Kurz werden auch IRE-Vorstand Prof. Dr. Franz Schausberger und weitere prominente Persönlichkeiten sprechen.
Anmeldungen erbeten unter **martina.balazic@institut.ire**

www.institut-ire.eu
Ort: Wien.

30/Juni

Einreichschluss

KOMMUNALER WISSENSCHAFTSPREIS 2015

Gemeindebund und Städtebund vergeben in Zusammenarbeit mit dem Verlag MANZ auch 2015 wieder zur Förderung von kommunalwissenschaftlichen Arbeiten den „Kommunalen Wissenschaftspreis" im Gesamtrahmen von 7000 Euro. Förderfähig sind hervorragende Arbeiten zu kommunalwissenschaftlichen Themen. Das Preisgeld wird unter allen prämierten Arbeiten aufgeteilt.Die **Einreichung** der Arbeiten hat bis längstens 30. Juni 2015 (Einlangen) zu erfolgen. Bitte richten Sie Ihre Einreichungen per Post oder digital an den Verlag MANZ, Elisabeth Smejkal-Hayn, Johannesgasse 23, 1010 Wien, oder per E-Mail (PDF-Dateien) an **ha@manz.at**

www.gemeindebund.at

17-19/August

In Bernstein treffen sich die Bürgermeisterinnen

Beim Bürgermeisterinnentreffen, das von 17. bis 19. August in Bernstein im Burgenland stattfinden wird, gibt es wieder die Möglichkeit, von den gegenseitigen Erfahrungen unter Kolleginnen zu profitieren. Neben dem Kennenlernen der Gemeinden Bernstein, Rauchwart und Steinberg-Dörfl, an deren Spitze Bürgermeisterinnen stehen, steht der Dienstag heuer im Zeichen der persönlichen Entwicklung. Antworten auf Fragen wie „Wie schaffe ich es, persönliche Anfeindungen oder untergriffige Konflikte zu managen, ohne sie zu persönlich zu nehmen?" „Wie erhalte ich mir trotz vieler Hürden die Motivation über die lange Zeit, die Projekte für die Umsetzung brauchen?" sind Teil des Nachmittags. Dazu kommen Strategien zur Vermeidung von Überbelastung oder Burn-out.
Anmeldung bis 31. Mai 2015

www.gemeindebund.at
Ort: Bernstein, Rauchwart, Steinberg-Dörfl und Bad-Tatzmannsdorf.

UNNÜTZES WISSEN

WAS SIE NOCH NIE WISSEN WOLLTEN

Kopenhagens **„Sperm-Bike“**

In Kopenhagen werden Spermien von Kurieren auf speziell angefertigten Sperma-Fahrrädern transportiert. Die Fahrräder haben die Form eines Spermiums und können bis zu 30 Sperma-Proben tragen.

Als man sich in der dänischen Samenbank Nordisk Crybank Gedanken um ein neues, umweltfreundliches Transportmittel machte, kam man sehr schnell auf die Idee, ein Fahrrad mit der Form eines männlichen Ejakulates zu entwickeln. Ziel dahinter war es, die Öffentlichkeit auf den hohen Bedarf an Sperma-Spenden aufmerksam zu machen.

Das „Sperma-Rad“ – sowas kann nur den Dänen einfallen.

Die Entwicklung erwies sich als schwierig. Der Transport der Lebensspender erfordert auch ein ausgeklügeltes Kühlsystem. Außerdem erreicht das Fahrzeug voll beladen ein Gewicht von bis zu 50 Kilogramm. Eingesetzt werden die Fahrräder, um Spermien von der Samenbank zu Fruchtbarkeitskliniken zu liefern. Ob das Bike auch in anderen Städten eingesetzt werden wird, ist leider nicht bekannt.

www.unnuetzes.com
www.copenhagenize.com
www.griin.de
www.20min.ch (Videoclip)

IM NÄCHSTEN **KOMMUNAL**

Ländlicher Raum

Vorschau auf die zehnten Kommunalen Sommergespräche in Bad Aussee: Schicksalsthema „Strategien und Herausforderungen für den ländlichen Raum“.

ARBEIT & GESTALTEN

Thema „Verkehr“
Sicherheit ist das oberste Gebot im Straßenverkehr. Dabei muss nicht nur die Ausbildung der Fahrer und Fahrerinnen top sein, alle relevanten Systeme müssen auf dem neuesten Stand sein.

Gemeindetag und Kommunalmesse
Das kommunalpolitische Event des Jahres naht mit Riesenschritten:
Der 62. Österreichische Gemeindetag und die Kommunalmesse 2015.

KOMMUNAL 06/2015
erscheint am
28. 05.2015

Angekündigte Themen können sich aufgrund aktueller politischer Entwicklungen ändern.

IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at **Geschäftsführung** Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak - DW 37 andreas.hussak@kommunal.at;
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at
Grafik Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at
Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at;
Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28, martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11, martin.pichler@kommunal.at;
Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verbandsdirektor der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Dr. Gustav Fischer (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft), Dr. Clemes Hüffel (BM für Wissenschaft und Forschung), Daniel Kosak (Pressereferent des Österreichischen Gemeindebundes), Dr. Walter Leiss (Generalsekretär des Österr. Gemeindebundes), Mag. Alexander Marakovits (BM.I), Bgm. Helmut Mödlhammer (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Georg Möstl (BM für Wirtschaft, Familie & Jugend), Mag. Arnold Obermayr (BM für Europa. Integration. Internationales), Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen), Prof. Dietmar Pilz (Finanzexperte des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Christian Rupp (Geschäftsführer IKT-Board im BKA) Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer (Johannes-Kepler-Universität Linz), Mag. Andreas Wallner (BM für Inneres), Mag. Michael Zimper (Geschäftsführer Österreichischer Kommunalverlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at
Druckauflage 35.854 (rollierender Jahresdurchschnitt 2013/2014)
Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

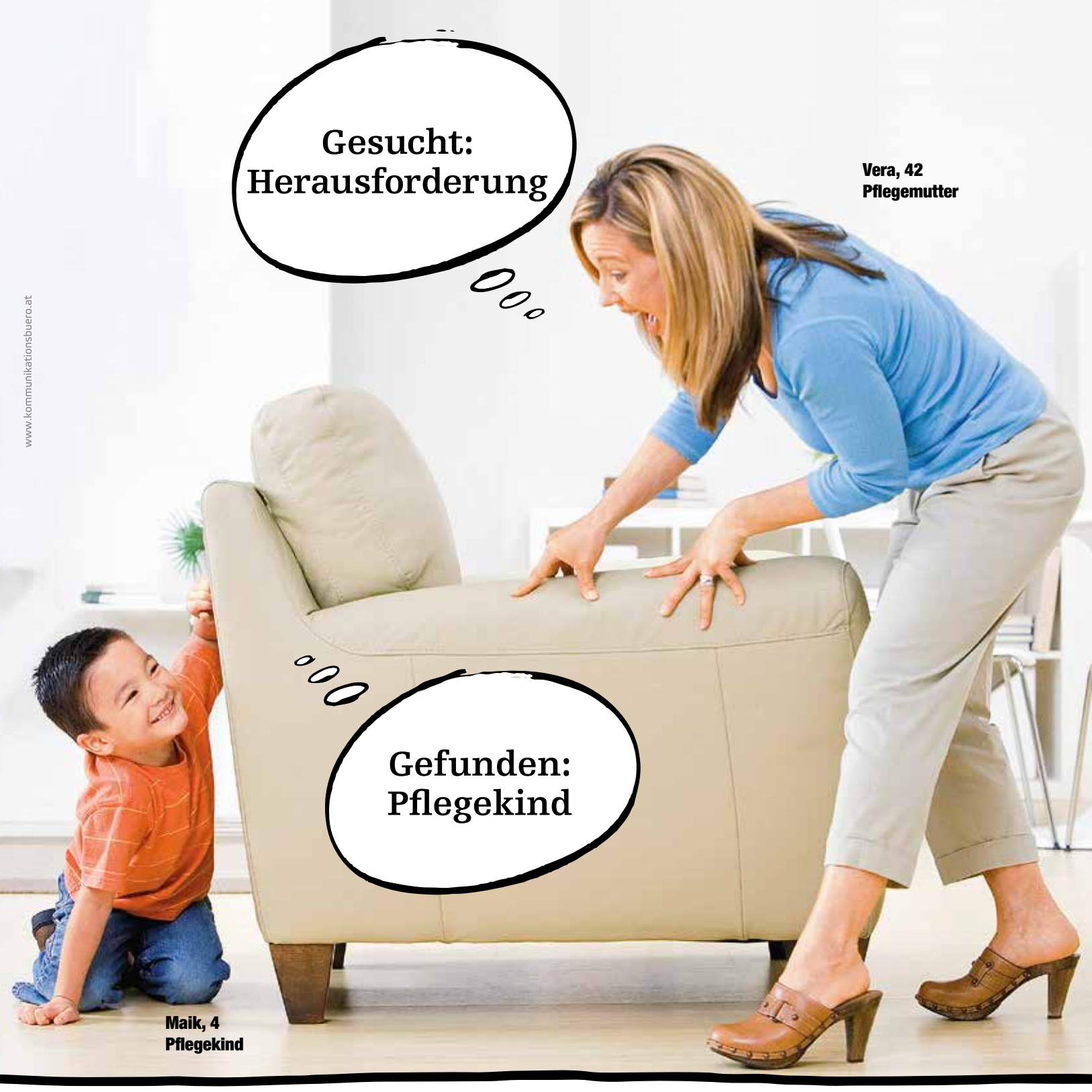
Wir sind da wo Sie uns brauchen.

Über 200.000 Gemeindebedienstete Österreichs in über 200 Berufsgruppen sind 365 Tage im Jahr da, wo Sie sie brauchen.

Die Gemeindebediensteten.

www.wirsindda.at

Eine Initiative der GdG-KMSfB



www.kommunikationsbuero.at

Wien.
Die Stadt fürs Leben.

Als Pflegemutter steht Vera mit beiden Beinen im Leben. Sie gibt Kindern, wozu deren eigene Familie nicht imstande ist. Immer mehr AlleinerzieherInnen und Paare entdecken diese herausfordernde, aber erfüllende Aufgabe für sich. Übrigens: Wien und die MAG ELF schauen drauf, dass Pflegeeltern unterstützt werden. Das macht Wien zur Stadt fürs Leben.

www.kinder.wien.at
Tel.: 01/4000 8011

MAG ELF Kinder•Jugend•Familie
Stadt Wien

Bezahlte Anzeige